+KRIEGS-ERKLÄRUNGEN+ +KRIEGS-ERKLÄRU

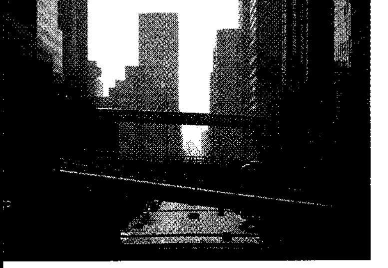
StadtStaaten – Glanz und Elend der Global Cities ▶ Außerdem: ▶ Kriegs-Erklärungen ▶ Zivilgesellschaft in Mexiko und Nicaragua ▶ Studiofotografie in Afrika ▶ Antisemitismus und die Asienkrise ...

E 3477

Mai/Juni 1999
Ausgabe □ 237
Einzelheft
DM 8,–
Abonnement
DM 60,–

iz3w ◀

▶ blätter des informationszentrums 3. welt



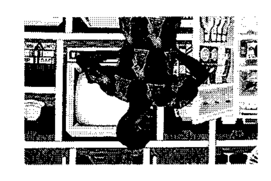
Titelbild: W. Blüggel

In dieser Ausgabe

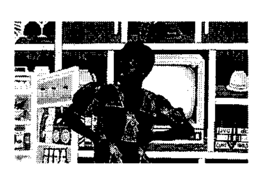
+++KRIEGS-ERKLÄRUNGEN+++

Politik und Ökonomie

Schwerpunkt: StadtStaaten – Glanz und Elend der Global Cities



Kultur und Debatte





Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Editorial

»Deutsche Außenpolitik ist Friedenspolitik« heißt es im Koalitionsvertrag von Rot und Grün. Wie mit dem Krieg gegen Jugoslawien Frieden gestiftet werden sollte, wird wohl nicht nur Rot und Grün, sondern vor allem in der Region für Generationen ein Geheimnis bleiben.

Unverständlich erschien der Krieg auch uns und so bemühten wir uns um Erklärungen für das Unsinnige: Stehen politische, ökonomische oder militärische Motive hinter diesem Krieg – ein Angriffskrieg der mächtigsten Industriestaaten gegen einen gewählten Despoten und ein nationalistisches Regime, von dessen Art es sicher zwanzig andere gibt auf dieser Welt? Welche Entwicklungen haben dazu geführt, daß in Deutschland aus dem »Nie wieder Krieg« ein »militärischer Humanismus« (Ulrich Beck) und aus »Nie wieder Auschwitz« das Recht zur Bombardierung Belgrads abgeleitet wird? Wie haben sich ehemalige Anti-Militaristen davon überzeugt, daß die Verletzung von Menschen- und Minderheitenrechten einen Krieg rechtfertige?

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion des **iz3w** gingen wir diesen Fragen nach. Dort wurde keine Pro- und Contra-Debatte geführt, sondern allein der bis dahin weithin sprachlos gebliebenen Fraktion der KriegsgegnerInnen Raum für ihre »Kriegs-Erklärungen« gegeben. Das unerwartet große Interesse sprengte die räumlichen Kapazitäten des Veranstaltungsortes und zeigte das Bedürfnis nach kritischer Information und Diskussion. In diesem Heft dokumentieren wir einen Teil der gehaltenen Vorträge.

Unsere eigene Darstellung, die wir dem letzten Heft in letzter Sekunde beilegten, müssen wir nicht wiederholen. Deshalb an dieser Stelle nur noch zwei Bemerkungen zur Diskussion. Erstens: Viele KriegsgegnerInnen berufen sich auf Völkerrecht und UNO. Das halten wir für zu kurz gegriffen. Das Völkerrecht bezieht sich auf souveräne Staaten, die unter anderem darin übereinkommen, sich nicht gegenseitig zu überfallen. Deshalb besteht in den Vertreibungen im Kosovo kein Bruch des Völkerrechts, wohl aber im Angriff der Nato auf Jugoslawien. Kriegsbefürworter sprechen nun von einer Rechtslücke und deutsche Volksideologen fordern die Reformierung des Völkerrechts und seine Anwendung auf alle möglichen Völkerschaften. Dabei garantiert das bestehende Recht ebensowenig seine Einhaltung wie es ein reformiertes täte. Denn nicht nur was Recht unter Staaten ist, sondern vor allem wo und wie es durchgesetzt wird, bestimmen die mächtigsten unter ihnen. Eine neutrale, objektive und souveräne Instanz, ein tätiger Gott, eine sich selbst verwirklichende Moral oder ähnliches gibt es nicht. Das gilt auch für die UNO. Hier setzen sich meist die westlichen Industriestaaten im Sicherheitsrat durch. Wir wären allerdings auch dann nicht für den Krieg, wenn Rußland und China sich für ihn entschieden hätten, und er im Namen der UNO hätte geführt werden können. KriegsgegnerInnen sollten die Verschiebung von der UNO zur Nato nicht parallel nachvollziehen, indem sie jetzt nach einer UNO rufen, die sie im Golfkrieg noch völlig zu recht als Instrument des Westens kritisiert haben.

Zweitens: Jeder Vergleich von Mord und Vertreibung im Kosovo mit Deportation und industrieller Massenvernichtung im NS-Faschismus ist so falsch wie dumm. Die geschichtliche Verantwortung für Auschwitz als spezifisch deutsche Kriegslegitimation zu benutzen, ist heuchlerisch und unerträglich. Die Unzulässigkeit solcher Parallelen gilt auch für KriegsgegnerInnen, die entweder meinen, Schröder mit Hitler und Fischer mit Goebbels vergleichen zu müssen, oder selbst von Deportationen und Völkermord »der Serben« reden, um nicht der Solidarität mit Milosevic bezichtigt zu werden. Wer diese Parallele zieht, kann kaum gegen den Jugoslawienkrieg eintreten – denn die Berechtigung des Krieges gegen den deutschen Faschismus läßt sich nicht bestreiten, selbst wenn es den USA bei Kriegseintritt nicht primär um die Rettung von Menschen und ihrer Rechte ging.

Der regierungsverlautbarten Version eines »rohen und brutalen Faschismus« (Fischer) von Jugoslawen und Jugoslawinnen, mit dessen Bekriegung Deutschland nun endgültig seine Geschichte hinter sich lassen möchte, steht die Version vom innenministeriellen »Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge« gegenüber. Dort wurden drei Wochen vor Kriegsbeginn Kosovo-Albaner mit der Begründung abgeschoben, daß »ein staatliches Programm zur Vertreibung aller Albaner aus dem Kosovo (...) bis heute nirgends belegt (ist)«. Das Amt konstatierte bis dahin »über tausend« Todesopfer und 300.000 Flüchtlinge, was aber »nicht die Annahme einer unmittelbaren staatlichen Gruppenverfolgung« rechtfertige. Weiterhin spricht das Bundesamt einen Teil der Gewalt (»Tötung von Zivilisten und Geiselnahme«) der UCK und den »albanischen Aufständischen« zu und kommt zu dem Schluß, daß »eine rechtserhebliche Gefährdung zurückkehrender Kosovo-Albaner als unwahrscheinlich anzusehen (ist).« Hier soll nicht die Kriegsgegen die Abschiebungsbegründung ausgespielt werden. Zumindest zeigt die Widersprüchlichkeit der verschiedenen offiziellen Versionen jedoch, was von ihnen jeweils zu halten ist.

Die unterschiedlichen Positionen, die in diesem Heft zum Ausdruck kommen, werden den Kriegs-Unsinn nicht befriedigend erklären können. Nicht zuletzt, weil Kriegsursachen immer geleugnet werden – ob bewußt oder in Form von Selbstbetrug. Und in der Dynamik eines medialen und politischen Diskurses, der sich auf Greuelnachrichten beschränkt, so daß am Ende selbst Pazifisten in den Kriegschor einstimmten, muß man wohl selber stecken, um ihn nachvollziehen zu können. So können wir nur hoffen, diesen Krieg ein wenig zu »erklären« und – auch das ein Fall von Selbstbetrug – den nächsten damit ein wenig unwahrscheinlicher zu machen.

die redaktion

Neue Aufgaben

Die Entwicklung von Bundeswehr und Nato nach dem Kalten Krieg

von **Wolfram Wette**

Die wenigsten Menschen in Deutschland – so scheint es – wollen einen Krieg. Aber die Nachrichten über die gewaltsame Vertreibungspolitik der jugoslawischen Regierung im Kosovo lassen auch diejenigen mit einer eher pazifistischen Grundstimmung schwankend werden: Ist die Gewalt in diesem Falle nicht doch gerechtfertigt? Das Argument wiegt schwer: Man dürfe der gewaltsamen Vertreibung von Minderheiten nicht tatenlos zusehen. Gibt es einen Ausweg oder gibt es nur schlechte Lösungen? Das Dilemma erklärt die verbreitete Sprachlosigkeit, die bei vielen Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegnern zu beobachten ist.

► In dieser Situation ist es sinnvoll, den Versuch zu machen, den Ursachen des Jugoslawienkrieges nachzuspüren – so weit man das heute schon kann. Mit Sicherheit jedoch gehört die Entwicklung der Nato seit dem Ende des Ost-West-Konflikts dazu. Mit ihr hängen die – im gleichen Zeitraum zu beobachtenden – Wandlungsprozesse in der deutschen Außenpolitik zusammen. Die Grundthese lautet, daß die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik eng mit der US-dominierten Nato verzahnt ist. Hier haben im vergangenen Jahrzehnt fundamentale Veränderungen stattgefunden. Im November 1992 erließ der damalige Verteidigungsminister Volker Rühe (CDU) die »Verteidigungspolitischen Richtlinien«. Es handelte sich dabei um eine grundsätzliche und verbindliche Anweisung für die Bundeswehr. Sie hat den Charakter eines Schlüsseldokuments. Der Bundeswehr wurden jetzt neue Aufgaben zugewiesen, die über den herkömmlichen Verteidigungsauftrag weit hinausgingen. Künftig sollte die Bundeswehr auch außerhalb des Territoriums der Nato-Länder eingesetzt werden können.

Nato out of business?

► Es ging hier nicht allein darum, neue Betätigungsfelder für die Streitkräfte ausfindig zu machen, als nach dem Kalten Krieg viele fragten: Wozu nun noch die Bundeswehr? Und wozu noch eine Nato? Gab es nicht »Freunde ringsum«, wie selbst die Bundesregierung feststellte? Amerikanische Sicherheitsexperten beschrieben die Legitimationsprobleme ganz offen so: Würde die Nato nicht »out of area« gehen, so könnte sie schon bald »out of business« sein. Darüber hinaus leiteten die Verteidigungspolitischen Richtlinien eine gravierende Änderung der deutschen Außen- und Verteidigungspolitik ein, ohne daß die neue Interventionspolitik im Bundestag oder in der Öffentlichkeit breit diskutiert worden wäre. Lag es daran, daß die Verteidigungsplaner ihre Sache gut zu verkaufen wußten? Daß sie das Vokabular der Friedensbewegung okkupierten und behaupteten, die neuen Aufgaben der Bundeswehr dienten ausschließlich dem Frieden – der Friedensbewahrung, der Friedenserzwingung, dem peace keeping und peace inforcement, wie es in der UNO- und Nato-Sprache heißt?

Oder war die ausbleibende Diskussion das Ergebnis jener Salamitaktik, mit der die Bundesregierung und besonders die Hardthöhe die deutsche Öffentlichkeit allmählich an die neue Praxis gewöhnten? Die neue Praxis, daß Bundeswehrsoldaten nun auch in Kambodscha, Somalia, Bosnien und anderswo auf der Welt eingesetzt werden konnten. Eine Praxis, in der auch einmal »Kampfeinsätze« zur Wahrung deutscher Interessen notwendig werden könnten? Die Politik der Gewöhnung war in der Summe betrachtet erfolgreich, wie Minister Rühe 1996 zufrieden feststellen konnte.

Wer die neue Militärpolitik kritisch betrachtete, tat dies vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte mit verständlicher Besorgnis, daß sie die Tür zu deutschen militärischen Alleingängen aufstoßen könnte. Rückblickend scheint dies jedoch nicht das zentrale Problem zu sein. Vielmehr ist mittlerweile deutlich geworden, daß die Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 nur in Deutschland eine grundlegende Entscheidung umsetzten, die schon vorher getroffen worden war. Bereits zwischen Sommer 1990 und Herbst 1991, also noch in der Phase der deutschen Vereinigung und der Neuordnung der politischen Verhältnisse in Europa, kam es zu einer Revision der Nato-Strategie auf der Grundlage der amerikanischen Vorstellungen von einer Neuen Weltordnung. Dieses Ziel hatte der damalige amerikanische Präsident George Bush benannt. Es wurde später von Bill Clinton im Sinne einer von den USA beanspruchten »World Leadership« aufgenommen. Ideen von Henry Kissinger und Samuel Huntington über den historischen Auftrag der USA flossen direkt in die globalpolitischen Konzeptionen einer auf die USA zugeordneten Welt ein, die nun im Pentagon und anderswo ausgearbeitet wurden.

Die USA hielten den eingespielten Apparat der Nato für dasjenige Instrument, das auch nach dem Ende des Ost-West-Konflikts erhalten und ausgebaut werden sollte – und nicht etwa die OSZE, die ein kollektives Sicherheitssystem in Europa unter Einschluß Rußlands hätte werden können, gleichsam als eine europäische Suborganisation der UNO. Diese Option wurde damals von den USA eindeutig verworfen, wie man der »Londoner Erklärung« vom 6. Juli 1990 entnehmen kann, in der es heißt, die Nato sei das »erfolgreichste Verteidigungsbündnis der Geschichte« und es solle künftig »noch stärker eine treibende Kraft des Wandels« in Europa werden.

Instabilität als Kriegsgrund?

► Wenn man vor diesem Hintergrund das sogenannte Naumann-Papier vom Frühjahr 1992 (benannt nach dem späteren Generalinspekteur der Bundeswehr Klaus Naumann) und die Verteidigungspolitischen Richtlinien vom November 1992 betrachtet, so wird folgendes deutlich: Sie waren keine genuin deutsche Erfindung. Vielmehr bestand ihre Funktion darin, die deutsche Militärpolitik in die – von den USA vorgegebene – neue Nato-Politik einzupassen. Die Option der out-of-area-Einsätze wurde erst später, nämlich im Jahre 1994, durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts als rechtmäßig bestätigt. Kritiker fürchteten nun eine »Militarisierung der deutschen Außenpolitik«. Als diese Charakterisierung bei der Regierung Empörung auslöste, fand man mit der abgeschwächten Formulierung, es handle sich um eine »militärisch abgestützte Außenpolitik«, einen offenbar für alle gangbaren Weg.

Um die Politik des weltweiten militärischen Engagements vor der Öffentlichkeit zu begründen, sprach die Regierung fortan nicht mehr, wie früher, von Bedrohung, sondern von »Instabilitäten«. Diese Interpretation eröffnete der Bundeswehr eine ganze Palette



Erst NATO-Bomben, dann UNO-Frieden? Foto: P. Scherrer

von neuen Einsatzmöglichkeiten. Bereits damals wurde der Begriff der »humanitären Intervention« in die politische Terminologie eingeführt. Das Recht zu solchen Interventionen ergäbe sich aus der »gewachsenen Verantwortung Deutschlands für Europa und für die Welt«. Dieser Position stimmten seit 1994 Regierung und Opposition zu. Es gab fortan einen breiten Konsens darüber, daß solche Einsätze der Bundeswehr »dem Weltfrieden und der internationalen Sicherheit im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen« dienten, wie es in den Verteidigungspolitischen Richtlinien heißt.

Im Kontext der Neuorientierung der Nato-Politik 1990/91 wurde auch das System der Bindungen zwischen Deutschland und den USA neu bestimmt. In Washington ging man davon aus, daß amerikanische und deutsche Interessen für die voraussehbare Zukunft weitgehend übereinstimmten. Dieser Konsens sollte zugleich eine Übereinstimmung hinsichtlich der Vorstellungen vom instrumentellen Gebrauch des Militärs herbeiführen. Ein solcher ist in der amerikanischen Geschichte seit langem üblich, wie die Beteiligung der USA an mehr als 150 bewaffneten Konflikten seit 1950 belegt. Robert G. Livingston, ein Berater der Clinton-Regierung, entwickelte Anfang 1997 in einem Aufsatz mit dem Titel »Die Erwartungen der Clinton-Administration an Deutschland« (Aus Politik und Zeitgeschichte 1-2/1997) eine Perspektive, die helfen kann, die Ursachen des Jugoslawienkriegs besser zu verstehen. Der Einsatz der Bundeswehr auf dem Balkan, schrieb er, signalisiere die Bereitschaft Deutschlands, »auch an anderen Missionen der Friedenserhaltung außerhalb Europas teilzunehmen«.

In der rotgrünen Koalitionsvereinbarung wie auch in der Regierungserklärung Gerhard Schröders nimmt der Gedanke der Kontinuität in der Außenpolitik einen zentralen Rang ein. Erst vor dem Hintergrund der Weichenstellungen von 1990/91, welche die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik langfristig neu strukturierten, wird nun klar, welche große politische Bedeutung diese Kontinuität hat. Schon damals wurde jene sehr enge Bindung Deutschlands an die USA festgelegt, die sich jetzt auch in der rotgrünen Koalitionsvereinbarung wieder findet: »Die enge und freundschaftliche Beziehung zu den USA«, heißt es dort, »beruht auf gemeinsamen Werten und gemeinsamen Interessen. Sie bleibt eine unverzichtbare Konstante deutscher Außenpolitik.« Das also ist die »Neue Normalität« des vereinigten und souveränen Deutschlands: Als normaler Staat im engen Bündnis mit den USA und der Nato nimmt es an der globalen Machtausübung teil.

Im Bündnis mit USA und Nato nimmt Deutschland an der globalen Machtausübung teil

No German Sonderweg

► Könnte es also sein, daß dieser Krieg als ein Glied in die Kette der out-of-area-Einsätze der letzten Jahre eingereiht werden muß? Daß er in seiner Grundlinie einem Drehbuch verpflichtet ist, das die USA und die Nato bereits am Anfang dieses Jahrzehnts geschrieben haben? Daß schon damals die Militärlogik Vorrang vor einer langfristig präventiven Politik erhielt? Ist die Nichteinbindung Rußlands nicht das Ergebnis einer Weltmachtpolitik der USA, die ganz auf die Nato setzt und nicht auf die UNO? War das Verlassen der UNO-Ebene wirklich so zwingend, wie es dargestellt wird? Hätte sich durch eine UNO-gestützte Sanktion gegen Jugoslawien nicht der Völkerrechtsbruch, der in der sogenannten Selbstmandatierung der Nato zum Krieg steckt, vermeiden lassen – mit seinen unabsehbar negativen Auswirkungen in der Zukunft? Könnte es sein, daß die Verhandlungen in Rambouillet im März diesen Jahres so geführt wurden, daß die kriegerische Form des Konfliktaustrags unausweichlich wurde? War es nicht eine provozierende Machtdemonstration, daß die Luftangriffe auf Jugoslawien just begannen, als die Nato-Osterweiterung vollzogen wurde? Könnte es sein, daß das Verhalten der deutschen Bundesregierung nur vor dem Hintergrund des genannten Drehbuchs zu verstehen ist? Als Devise wurde ja ausgegeben: »No German Sonderweg!«

Mit dieser Analyse der Neuorientierung der Nato seit den frühen neunziger Jahren – vom Verteidigungsbündnis hin zu einem weltweit agierenden Interventionsbündnis – soll die gewaltsame Vertreibungspolitik Milosevics in keiner Weise beschönigt werden. Dieser Diktator instrumentatisierte den serbischen Nationalismus seit 1989 systematisch für seine machtpolitischen Interessen. Er braucht Konflikte zum Machterhalt. Die Macht- und Militärlogik bietet jedoch auf beiden Seiten kaum einen Ausweg. Die Nato sagt sich: Wir können uns doch nicht von einem Provinzdiktator auf der Nase herumtanzen lassen und bereitet sich auf den Bodenkrieg vor. Die serbische Regierung beharrt darauf, ihre Gewaltpolitik betreffe innere Angelegenheiten eines souveränen Staates. Der kriegerische Konfliktaustrag vertieft eine Verfeindung, die Generationen überdauern kann.

Auch nach Ende des Kalten Krieges leben wir noch in einer Weltmilitärordnung. Aber noch selbstverständlicher als in den Zeiten des Kalten Krieges wird Gewalt wieder mit Gewalt beantwortet.

► **Wolfram Wette** ist Professor am Historischen Seminar der Universität Freiburg

Vom »Gewinnen« im Krieg

von **Klaus Theweleit**

▸ Solange es sie gibt, haben dominante Teile der Grünen kritische Grundeinsichten oppositioneller Kräfte der BRD bekämpft. Bei dieser Sorte Grüner (und 68er Alt-Linker) war 1998 deutlich sichtbar, daß sie schon mit der Option auf die Bombardierung Jugoslawiens in die Wahl gegangen sind. Von Fischer und Cohn-Bendit kann kein Wähler sagen, er sei getäuscht worden: die waren schon vor der Wahl für den Krieg. Die Kriegsbetreiber jetzt unterliegen eher politischen Allmachtsphantasien als strategischen Kalkülen; dieser alten linken Meise, die aus Fernanalysen die richtige Politik für alle Weltteile ableiten zu können glaubt, ein purer Wahnsinn, den sie aber, die Fingerspitzen am Trugbild des Machthebels, für Rationalität halten.

Hermann Scheer, Mitglied des Bundesvorstands der SPD seit 1993, erscheint in der taz vom 30.3.99 mit der Feststellung, daß die westliche Politik der Zerstückelung Jugoslawiens total gescheitert sei. Er stellt fest, »daß nie ernsthaft versucht wurde, die Aufsplitterung des von Tito geschaffenen jugoslawischen Bundes zu verhindern. Alles hätte versucht werden müssen, Jugoslawien zusammenzuhalten (...) in einer Konföderation, die den auseinanderstrebenden Bundesstaaten mehr Kompetenz gegeben hätte (...). Niemals hätte man dem sich radikalisierenden ethnischen Geist in Jugoslawien international anerkannte eigene Staatsräume geben dürfen – doch davon wollten unsere historisch unkundigen Anerkennungspolitiker nichts wissen. Man dürfe, so hieß es, den jugoslawischen Teilstaaten nicht das Selbstbestimmungsrecht verweigern (...). Dabei wurde übersehen, daß es einen fundamentalen Gegensatz gibt zwischen einer nur ethnisch begründeten Selbstbestimmung und jenem Selbstbestimmungsprinzip, das Demokratie für die in einem Staatsgebiet lebenden Menschen vor ethnische Autonomie stellt (...). Kroatien wurde sogar auf der Basis einer Verfassung anerkannt, die den serbischen Minderheiten das volle Bürgerrecht verweigerte.« – Sieh an, und warum erst jetzt, diese Einsicht, wo die Bomben fliegen, SPD-gelenkt, wo das Kind wirklich im sprichwörtlichen Brunnen liegt und ersäuft?

Genau mit dieser Argumentation, die uns jetzt aus der SPD-Spitze als neue Einsicht verkauft wird, lag Peter Handke schon 1991 ganz richtig. Sein in *Das Neunte Land* eher melancholisch vorgetragenes Plädoyer für den Verbleib Sloweniens in der jugoslawischen Konföderation fand ich nicht nur nachvollziehbar, sondern politisch richtig. Nur der Erhalt des Bundesstaates Jugoslawien erschien mir als eine Barriere gegen sonst drohende Balkan-Kriege. Wo stand denn eigentlich geschrieben, daß jede sog. »Ethnie« ihren eigenen politischen Staat haben muß? War das nicht ein Gedanke, den das vernünftigere Europa doch gerade zu den Akten zu legen im Begriff war, nach dem Ende von WW II. Und jetzt sollte diese vom Westen beschleunigte Ethno-Zerschnipselung Jugoslawiens der Weisheit letzter Schuß sein? Handke war nicht verrückt Anfang der 90er, wenn er es jetzt sein sollte, ist er verrückt gemacht worden durch eine westliche Idiotenpolitik und zugehörige Presse. Auch liegt seine momentane »Verrücktheit« für mich nicht darin, daß er für Serbien spricht – warum soll unter 10.000 deutschen Schreibern nicht einer für die Serben reden dürfen; wie totalitär muß es denn sein im Meinungskrieg der Pen-Soldaten? – sie liegt für mich darin, daß er sich für einen regierenden Staatschef ausspricht, für den Kopf einer Militärmaschine. Die militärischen Hantierer sind aber sämtlich Gangster, ob Milosevic ein größerer als Schröder, Clinton, Blair & Fischer, wäre eine andere Diskussion. Die Zahl der von der jugoslawischen Armee und von Milizen im Kosovo ermordeten Albaner ist hier noch nicht bekannt. Die hohe Zahl der Vertriebenen legt aber andere Wörter nahe als Genozid. Auch wenn Fischer acht mal stochert und dabei »Auschwitz« aus dem Ärmel pokert. Liegt nicht vielmehr der – im Sinne der Strategie-Spieler – ziemlich geniale Coup der jugoslawischen Regierung vor, der Nato als Ergebnis ihrer Angriffe die genaue Erfüllung von Milosevics Wunschpolitik zu präsentieren, die Entleerung des Kosovo von albanisch-separatistischer Bevölkerung, und dem Westen das zu bescheren, was er am allerwenigsten mag: Flüchtlingsströme. Zu einem Genozid könnten die NATO-Länder beitragen, die den Willen dieser Menschen nach anderem Staat tatkräftig mit Bomben gegen Jugoslawien unterstützen, wenn sie sich weiter standhaft weigern, diejenigen, die zu vertreiben sie so erfolgreich mitgeholfen haben, auch aufzunehmen, sie zu verpflegen und ihnen Unterkunft und Arbeit zu geben. Ich mache das Fernsehen an und höre Otto Schily: wenn wir die Flüchtlinge aufnehmen, gestehen wir ein, daß wir nicht mit ihrer Rückkehr in den Kosovo rechnen, das nützt nur Milosevic. Humanitäre Hilfe, die eine wäre, ist nicht angesagt, ist unerwachsen. Also: Deutschland, großzügig, nimmt zehntausend. (Die Kosovo-Albaner wollte noch nie jemand haben, in Europa. Als Kriegsgrund sind sie zum ersten Mal vollwertige Menschen.)

Die Grünen haben die Bundeswehr aus ihrer Verfassungsfessel befreit

Am schlimmsten bei diesem eröffneten Krieg ist aber, daß die Grünen den Hemmpunkt beseitigt haben, der Militärmächte in Europa daran hinderte, sich gegen andere Länder in Bewegung zu setzen unter Berufung auf »humanitäre Absichten«. Die Nato ist als militärische Eingriffskraft damit freigesetzt, und die Bundeswehr aus ihrer bisherigen Verfassungsfessel befreit. Das haben die Grünen gemacht. Deshalb sind sie auch in die Regierung gelassen worden. Weil man genau das von ihnen wollte. Man läßt das die alten Pazifisten machen. Und wenn die ein paar Dinge gelockert haben, dann fliegen sie wieder raus, dann braucht man sie nicht mehr. Ob sie den Dank für den kriminellen Akt, die Fessel von Nato und Bundeswehr sehenden Auges heruntergenommen zu haben, je einheimsen können, ist dabei zweifelhaft. Nicht wissend, ob sie in einem Jahr überhaupt noch in der Regierung sind und wer von diesem Mittel Bundeswehr und Eingriffskraft Gebrauch machen wird oder kann oder will. Eine Umfrage unter Parteimitgliedern aller Parteien Ende März 99 ergibt, daß die Grünen bei der Befürwortung des Militärschlags mit 73 % die höchste Zustimmung ihrer Mitglieder haben. Das ist wirklich irrsinnig.

Ja, natürlich hätte es sein können, theoretisch wunschgemäß, Mr. Milosevic hätte das Handtuch geworfen nach drei Tagen, die grüne Friedensstifterwelt wäre glänzend bestätigt worden, die alliierte West-Welt hätte das glatte 3:0 der Human-Konföderation mit deutschen Flügelstürmern über Jugoslawien enthusiastisch bejubelt, die Friedenskommissare wären einmarschiert, Frau Beer, der gequälte Engel, hätte wieder schlafen können und auch ich wäre, mit weichgeklopfter Birne, übergetreten in den Günter-Grass-Fischer-Chor der »Leicht-fällt-es-mir- nicht, aber-nötig-war-es«-Sänger, der Troubadoure der Marktneuheit Humanes Bomben. »Keine Alternative zum Bombardement«: Die zivilen Folgen dieser Erklärung sind unabsehbar. Wenn die politisch, wirtschaftlich und militärisch stärkste Koalition der Welt erklärt, angesichts des im Weltmaßstab relativ geringfügigen Kosovo-Problems, es gäbe keine Alternative zum gröbsten aller Mittel: dem kriegerischen Überfall auf ein anderes Land unter Bruch geltender Gesetze, dann ist jeder Schlag in die Fresse bei einem Kneipenstreit, in der Ehe, zwischen Fan-Gruppen, zwischen



»Humanitäre Katastrophen« gibt es nicht — Foto: P. Scherrer

politischen Meinungsgegnern, unter Schülern und wo immer man will, das erlaubte Mittel, zu dem es »keine Alternative« gibt, wenn der Verhandlungswille, wenn der Redewille bei einer der beteiligten Parteien versiegt. Wenn Rambouillet-Rambo Fischer uns weismachen will, daß damit das Repertoire aller diplomatischen Mittel erschöpft war, dann Gnade uns »Gott« vor den weiteren Zügen dieses Ober-Diplomaten. Die Zeitungen vermelden: die führenden Militärs der beteiligten Nato-Länder hätten die Politiker vor der eingeschlagenen Strategie gewarnt: Luftkrieg reiche nicht, wenn man hier gewinnen wolle. Wehe uns, wenn am »Gewinnen« festgehalten wird.

P.S.: Die Formel von der »humanitären Katastrophe«, die im Kosovo zu verhindern sei, macht keinen Sinn. Humanitäre Katastrophen gibt es nicht, humanitär kann eine Hilfe sein, nicht eine Katastrophe. Die ist immer anti-human bzw. nicht-humanitär. Eine »Katastrophe für das Humanitäre zu vermeiden«,·wäre die Formel gewesen; aber da die handelnden Herrn genau das nicht vorhaben, ist ihnen auch die Sprache nicht gefügig, und spricht (spricht wahr) gegen sie. Der Begründungsgestus dieser Haltung – »humanitäre Notwendigkeit« – ist dabei aus der NATO-Zentrale selber sogleich dementiert worden: Der Erfolg der Luftangriffe ist vor allem in humanitärer Hinsicht umstritten. »Ein NATO-Diplomat räumte ein, es sei ein »großes Kommunikationsproblem«, daß die NATO als Ziel ihrer Angriffe die Verhinderung einer »humanitären Katastrophe« genannt habe. Die deprimierende Entwicklung im Kosovo offenbare die »Lächerlichkeit« dieser Darstellung.« (taz, 31. 3.99).

▶ **Klaus Theweleit** ist Autor u.a. von »Männerphantasien« und »Buch der Könige«. Demnächst erscheint bei Stroemfeld »Der Pocahontas-Komplex«. (Der Abdruck eines von ihm bei der *iz3w*-Diskussionsveranstaltung gehaltenen Vortrags erscheint in der nächsten Ausgabe von *konkret.)*

Die Kontinuität deutscher Volksgruppenideologie ...

... ist ein weiterer Ansatz, der zu einer Erklärung des Krieges beitragen kann. Bereits Ende des vergangenen Jahrhunderts wurden – nicht nur von Deutschland – die Rechte von als Volksgruppen innerhalb souveräner Staaten identifizierten Minderheiten hervorgehoben, um eben diese Staaten zu destabilisieren und unter kolonialen Einfluß zu bekommen. Diese ethnographische Perspektive auf Völker und »Randvölker« und eine Politik, die nach geschlossenen Siedlungs- und Staatsgebieten für jedes selbsternannte Volk verlangte, bestimmte auch die Zergliederungs- und Desintegrationspolitik des Nationalsozialismus. Mit Propaganda gegen den jeweiligen, Qual und Leid verbreitenden Staat und humanitären Hilfsaktionen für das von diesem Staat unterdrückte Minderheitenvolk wurde die Öffentlichkeit auf die militärische Intervention eingestimmt. Süd-Ost-Europa, insbesondere der Balkan, sind das seit jeher bevorzugte Experimentierfeld dieser deutschen Außenpolitik. Das gilt bis in die Gegenwart: Organisationen wie die aus dem Bundeshaushalt finanzierte FUEV (Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen) oder das von SPD und Grünen mitfinanzierte und unterstützte EZM (Europäisches Zentrum für Minderheitenfragen) tragen die Volksgruppenideologie weiter, mit der allerorten Spannungen zwischen dem »Mehrheitsvolk« und »nationalen Minderheiten und Volksgruppen« diagnostiziert werden, und sie setzen eine Politik fort, die solche Spannungen schürt. Das schlußendliche »Eingreifen der internationalen Gemeinschaft« wird dann so legitimiert, daß nur auf diese Weise »die Eskalation der Spannungen zwischen den Volksgruppen verhindert werden kann« (Zitate: EZM). Die vorauseilende deutsche Anerkennung von Kroatien und Slowenien als Einzelstaaten ist Bestandteil einer solchen auf Volksgruppenidentität zielenden Desintegrationspolitik. Als Ende der 80er Jahre Jugoslawien in eine schwere Wirtschaftskrise geriet und der innere Ausgleich zwischen den einzelnen ökonomisch sehr unterschiedlich strukturierten Teilregionen nicht mehr funktionierte, verstärkten sich die Versuche der Abspaltung auf ethnisch-nationalistischer Grundlage. Von Beginn an unterstützte Deutschland diese Bewegungen vor allem in den reichen Nordregionen Kroatien und Slowenien. Damit beförderte man die Aufteilung des Landes nach ethnischen Kriterien und schürte die Dynamik der überall wuchernden nationalistischen Ideologien wie den Haß zwischen »Völkern«, die im Konfikt erst zu sich fanden. In der deutschen Jugoslawienpolitik verbindet sich deutsch-europäische Ordnungs/machtpolitik mit einer humanitär begründeten Ideologie, die (Klein)staaten für »bedrohte Völker« fordert.

Ein ausführlicher Beitrag von Hans-Rüdiger Minow zur Geschichte und Gegenwart deutscher Volksgruppenideologie und ihrer Bedeutung für den Krieg wird als Beitrag zum Themenschwerpunkt im nächsten Heft erscheinen.

Vorwand Menschenrechte

von **Jutta Ditfurth**

▶ Ein NATO-Offizier freute sich: Beim Krieg in Jugoslawien sei nicht, wie beim Golfkrieg, von ökonomischen Interessen die Rede. Dem Mann kann geholfen werden. Deutschland will die führende Rolle in EU-Europa. Auch deshalb haben die Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr seit 1992 eine offen aggressive und imperialistische Bestimmung. Auftrag der Bundeswehr und »nationales Interesse« sei die »Aufrechterhaltung des freien Welthandels« und der »ungehinderte Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt«. Nationale Interessen waren stets Kapitalinteressen.

Der deutsche kapitalistische Staat hatte ein Problem: Er konnte wegen des NS-Faschismus und des 2. Weltkrieges nicht uneingeschränkt als ideeller Gesamtkapitalist imperialistisch tätig werden. Jetzt soll diese Normalität im Rahmen EU-Europas erreicht werden. Eine unersetzliche propagandistische Hilfe ist dabei die in antifaschistische Rhetorik gekleidete Relativierung von Auschwitz und die Beihilfe zur Entsorgung der NS-Vergangenheit durch Scharping und ehemalige Linke wie Fischer.

Die politische Rechte ist vergleichsweise offen. Das Handelsblatt schrieb sechs Monate vor Kriegsbeginn: »Der gesamte ost- und mitteleuropäische Raum bietet gute Perspektiven für künftige Investitionen. Vom Grundsatz her läßt sich der osteuropäische Markt mit Südamerika vergleichen. Lokale Produktion in Osteuropa profitiert von dem dort herrschenden niedrigen Lohnniveau. Außerdem entfallen die zum Teil sehr hohen Importzölle.« Die WELT artikulierte es zeitgleich derber: »Die NATO hat sich den Balkan zu etwas gemacht, was die Amerikaner ´ihren Hinterhof´nennen würden. Das ist gut so. Denn der Balkan geht uns an.«

Die EU will sich als militärisch potente Weltmacht gegen die USA behaupten. USA und EU haben das gemeinsame Interesse, jedwede Infragestellung der Herrschaft der weltweiten kapitalistischen Zentren zu bekämpfen und die Verwertungsbedingungen des Kapitals auf dieser Welt zu sichern. Zu diesem Zweck soll die NATO die Rolle einer flexiblen Welteinsatzarmee übernehmen, welche von den USA angeführt wird und in dem die Interessen EU-Europas stärker als bisher berücksichtigt werden sollen. Das angebliche Verteidigungsbündnis wird zur offenen Interventionsarmee. Der Angriffskrieg gegen Jugoslawien ist der Probelauf.

Jugoslawien wird zerschlagen, weil es die letzte NATO-resistente Regionalmacht auf dem Balkan ist. EU-Europa und die USA destabilisieren Jugoslawien seit Jahren. Noch vor Titos Tod brachten wirtschaftliche Probleme das Land in die Abhängigkeit des internationalen Währungsfonds (IWF). Reallöhne und Produktivität sanken. Die jugoslawische Wirtschaft wurde systematisch konkurrenzunfähig gemacht und bewegte sich von einer Krise zur nächsten. Die politische Klasse in Jugoslawien, unter ihnen Milosevic, versuchte die Krise in den Griff zu bekommen, indem sie den Nationalismus schürte. Man nannte soziale Konflikte »ethnische« und spielte damit der deutschen Außenpolitik in die Hände, die in Jugoslawien ein »Vielvölkergefängnis« (FAZ; Der Spiegel) entdeckte. Deutschland stachelte den Bürgerkrieg auf dem Balkan an, indem es 1991 gegen geltendes Völkerrecht Kroatien und Slowenien als eigenständige Nationalstaaten anerkannte und diese Anerkennung 1992 auch in der EU erzwang.

Kapitalvertreter in den USA sprechen von einer neuen Runde des »Großen Spiels« und von einer neuen »Seidenstraßen-Strategie« um Zentralasien, das Kaspische Meer und den Kaukasus. Mit einer transkaukasischen Achse will die USA die Russische Föderation und den Iran umgehen. Es wird ein Ring um Rußland gelegt, der von Estland bis zur Türkei reicht. Die kaukasische Achse stärkt die Stellung des wichtigsten US-amerikanischen Partners in dieser Region, der Türkei. Die Türkei ist seit 1952 Vollmitglied der NATO und gilt als »zentrale Front für die Stabilität im Nahen Osten« (Papier des Verteidigungsministeriums, 1992). Das türkische Militär hat bis heute 4.000 kurdische Dörfer zerstört, 4 Millionen KurdInnen vertrieben, mehr als 30.000 Menschen getötet und Tausende gefoltert. Die Türkei darf das und wird auch von der rotgrünen Bundesregierung gestützt und aufgerüstet. Sie wird als NATO-Stützpunkt für den Krieg gegen den Irak gebraucht und als Zugang nach Zentralasien, wo es um die Ausbeutung von bis zu 10 Milliarden Tonnen Erdöl geht, dem zweitgrößten Erdölvorkommen der Welt.

Der Kosovo-Krieg gilt als Präzedenzfall z.B. für den Kaukasus

In einer Studie des Instituts für Internationale Politik der Bundeswehruniversität in Hamburg wurde dieses Interesse lange vor dem Krieg beschrieben: »Der Einsatz militärischer Kräfte der NATO im Kosovo wiederum ohne Legitimation durch den UN-Sicherheitsrat... wird als Präzedenzfall für mögliche künftige Einsätze im unmittelbaren Vorfeld Rußlands gewertet, etwa im Kaukasus ... wo in der Auseinandersetzung um die Erdölressourcen in der kaspischen Region und die Nutzung bzw. Verlegung von Pipelines ein heftiger Konkurrenzkampf zwischen westlichen und russischen Ölkonzernen bzw. Washington und Moskau im Kontext strategischer Interessen entbrannt ist...« Die USA will die wirtschaftliche Basis, die Profitmaximierung, für die weltweit agierenden Konzerne sichern. Dazu gehört der Zugiff auf Rohstoffe und vor allem die Sicherung des Erdöls als Energiebasis – auch für große Teile der chemischen Industrie. Aus keinem anderen Grund war zuerst der Irak fällig. Und jetzt, auf dem Weg zum Kaspischen Meer, Jugoslawien.

Die Brücken von Novi Sad sind nicht zerstört worden, um die Menschenrechte der Kosovo-AlbanerInnen zu schützen. Die Provinz Vojvodina, reich an Getreide und Rohstoffen, soll von Serbien getrennt werden und in den Einfluß des NATO-treuen Ungarn geraten. Montenegro wurde mit EU- und US-Kapitalinvestitionen gefügig gemacht. Ein souveräner, trotz aller Krisen überlebensfähiger Industriestaat wird auf das Niveau eines Agrarstaates heruntergebombt. So setzen EU und NATO den »ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen« durch. Der jugoslawische Präsident Milosevic und die Menschenrechte sind nur der Vorwand.

▶ **Jutta Ditfurth** arbeitet als Autorin und in der 'Ökologischen Linken'.

Was heißt »euro-atlantisch« im »globalen Kontext«?

▶ *Interessen- und Einsatzgebiet für die NATO als Friedensmanagerin soll zukünftig der nicht näher bestimmte »euro-atlantische« Raum sein. Das wurde im Rahmen der 50 Jahre-Tagung der NATO in Washington bestimmt. Zur »Erhöhung der Sicherheit und Stabilität des euro-atlantischen Raums« müsse jedoch auch der »globale Kontext berücksichtigt (werden)« heißt es im Washingtoner Abschlußdokument. »Ein breites Spektrum militärischer und nichtmilitärischer Risiken (...) in und um den euro-atlantischen Raum sowie die mögliche Entstehung regionaler Krisen an der Peripherie des Bündnisses« könnten »Probleme für die Sicherheit und Stabilität des Bündnisses aufwerfen.« Genannt werden »Terrorakte«, »Sabotage«, »organisiertes Verbrechen«, die »Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen« oder die »unkontrollierte Bewegung einer großen Zahl von Menschen insbesondere als*

Die Tautologie des Tötens

von **Thomas Cernay**

▶ Die Suche nach einem Motiv für das Morden verbindet Bellizisten und ihre Kritiker. Während erstere Kriegserklärungen bemühen, um sich mit zwingenden Gründen zum Töten zu ermutigen, erklären letztere den Krieg, indem sie glaubhaftere Gründe unterstellen. Aber da der Krieg nicht nur jenseits der Menschlichkeit, sondern immer auch jenseits aller Vernunft liegt, tun sich auf beiden Seiten, so verschieden die Absichten sein mögen, Rationalitätslücken und Widersprüche auf. Die Entfesslung des Krieges bedeutet gerade das Ende der durch Vernunft begründbaren Ordnung.

Die Deutlichkeit, mit der die Option der Kriegstreiber im Augenblick als rationales Mittel versagt, lässt nichts zu wünschen übrig. Über Nacht erweisen sich Monate der planvollen Vorbereitung als Makulatur. Die Europäische Gemeinschaft, der die Kosovaren so wenig willkommen sind wie den serbischen Nationalisten, steht vor den Flüchtlingsströmen, die sie verhindern wollte. Die Bewegung der Gewalt zeigt sich für ihre Urheber als eruptiv und unberechenbar. Aber auch Kriegsgegner befinden sich im Erklärungsnotstand. Vermutungen, wie der imperialistische »Zugriff des Westens auf den bodenschatzreichen Kosovo«, die im Falle des Golfkrieges ein ausreichendes Maß an Plausibilität reklamieren konnten, nähern sich bedenklich einem Ansatz, der in der völligen Selbstüberschätzung, der Blind- und Dummheit der Verantwortlichen den Schlüssel zur Erklärung sieht. Auch wenn andere kriegskritische Argumentationslinien, die hinter der Ausschlachtung der Menschenrechte ökonomische und machtpolitische Gründe freizulegen trachten, weiter reichen und zweifelsohne berechtigt sind, bleibt im Fall des gegenwärtigen Krieges das Paradox einer Vernunft bestehen, die neben vielem anderen vor allem sich selbst vernichtet.

Die Grenze, die im Krieg überschritten wird, ist vor allem die zum Mord. Die Irrationalität, die in der Bereitschaft zum Töten liegt, nötigt zu psychologischen Erklärungsversuchen. Um die Tötungshemmung zu überwinden, die die Triebe der Selbsterhaltung hervorrufen, bedarf es der Mobilisierung gewaltiger Energien. In der Freudschen Sicht der Dinge ist der Tod im allgemeinen der größte Feind des Lustprinzips, aber im Fall des Mordes lässt sich die Libido mit dem Tod auf paradoxe Weise versöhnen. Die Mordlust lebt von einer irrsinnigen Identifikation mit dem Opfer, es wird gestorben, man ist dabei, doch es sind notwendigerweise die anderen, die der Tod erreicht. Bei Canetti ist es der Überlebende, der die Lust oder eine Art von Sieg davonträgt. Diesem Typus der Erregung folgt schon die archaische Opferhandlung. Sie vergesellschaftet aber nicht nur das individuelle Motiv in ein kollektives Ritual, sondern verbindet darüber hinaus die Mordlust mit dem Versuch des Menschen, der Verdinglichung zu entfliehen. In der Deutung Batailles steht der Unterordnung in die profane Welt der Zwecke und Werkzeuge, die auch den Produzierenden zum Zweck und Ding macht, die sinnlose Zerstörung des Opfers als ritualisierte und kontrollierte Freisetzung der Gewalt gegenüber. Stellvertretend wird das Tier, selbst Mittel, im Opfer durch den gewaltsamen Tod der Ordnung der Dinge entrissen und dem Heiligen, der grenzenlosen Gewalt, überlassen. Die Erregung, die die Entfesslung des Tötens begleitet, wird symbolisch als Befreiung aus dem Druck der Ordnung begriffen und so als Form des Lustgewinns institutionalisiert. In dieser Tradition, im notwendig falschen Bewußtsein, begrüssten die Futuristen zu Beginn dieses Jahrhunderts den Krieg, das Stahlgewitter als Ort, an dem sich das Individuum aus dem stählernen Gehäuse der Unterdrükkung befreit.

Mordlust sagt, dass der letzte Grund des Tötens das Töten ist

Jahrtausendelang wurde die Gewalt durch das Vorzeigen des zerstückelten Körpers kommuniziert. Im »Fest der Martern«, das der absolute Souverän zur Abschrekkung und Freude seiner Untertanen noch am Vorabend der Aufklärung ausrichten lässt, beschreibt Foucault die längst säkularisierte Macht »sterben zu machen«. Die Mordlust wird nicht mehr im Rahmen der »heiligen« Handlung, sondern in der Form eines Volksfestes vermittelt. Mit der Aufklärung verschwinden Folter und Mord aus der Öffentlichkeit. Ebenso barbarisch zu sein wie die hingerichteten Mörder wird als schwer erträglicher Widerspruch empfunden. Die Guillotine, zum Zwecke der »humanen«,das meint kurzen und schmerzlosen, mit chirurgischer Präzision durchgeführten Hinrichtung erfunden, beginnt von den Märktplätzen hinter die Mauern der Strafanstalten zu wandern. Die fortschreitende Rationalität erfasst hierin sogar den Mord, der nur noch die Abschreckung und den Schutz der Ordnung bezwecken soll. Ohne an der Perversion des Lustgewinns wesentliches geändert zu haben, treibt die Aufklärung das Ausmaß der Verdinglichung ins Gespenstische. Heute vermitteln die Medien Bilder abstrakter Gewalt und ein Heer von Euphemismen. Dabei wissen alle um die Wirklichkeit des Tötens hinter der Inszenierung. Dass der Mord sorgsam verstellt wird, ist Teil des schlechten Spiels. Weit davon entfernt nur wirksame Propaganda zu sein, verdankt die Berichterstattung ihre Anziehung und Konsumierbarkeit dem Durchschauen der Lüge. Der willige Mitvollzug des sprachlichen Betruges wird vom Selbstbetrug seiner stillschweigenden Dechiffrierung noch überboten.

Nun muss – um einer Mythologisierung der Mordlust und schließlich des Krieges als anthropologischer Konstante zu entgehen – festgehalten werden, dass die psychologische Erklärung für den Mord die soziologische, ökonomische und politische Analyse nicht ersetzen kann. Aus dem Lustprinzip folgt der Mord gerade nicht zwingenderweise. Es sind die gesellschaftlichen Umstände, die seine Entfaltung bedingen. Genausowenig aber trifft die Wahrheit, wer den Krieg allein auf das Interesse der Profitmaximierung zurückführt. Rituale des Mordens bestehen viel eher als Rudimente nicht-kapitalistischer Ordnung in den Räumen der kapitalistischen Ordnung fort: »Sie sind«, nach Adorno, »nicht bloß nebeneinander, erhalten vielmehr durch einander sich am Leben.« So stellt der Rückgriff auf eine Strategie begrenzter Kriege in dem Moment, in dem die absolute atomare Zerstörung gebannt scheint, den wiederholten und rückwärtsgewandten Versuch einer kontrollierten – und mithin ritualisierten – Entfesselung der mörderischen Gewalt dar.

▶ **Thomas Cernay** ist Mitarbeiter im **iz3w**.

Folge bewaffneter Konflikte«. Explizit erwähnte US-Präsident Clinton die Interessen der NATO an Stabiliät in einem »Krisenbogen« von Nordafrika über den Mittleren Osten bis zum Transkaukasus. Zukünftig kann also alles – und zwar überall auf der Welt – den Anlaß für eine Intervention der NATO darstellen. Diese Interventionen sollten laut neuem NATO-Strategiekonzept mit der UNO erfolgen, müssen es aber nicht. *jm*



Foto: I.C. Hendel

Bombenstimmung zum 50sten
Deutschland und die NATO feiern

von **Stefan Gose**

Am 13. März unterzeichneten Polen, Ungarn und Tschechien in Independence/Missouri vorzeitig ihren Beitritt zur NATO. Die amerikanische Post verschob gleichzeitig die Herausgabe einer NATO-Jubiläumsmarke von April auf August. Die osteuropäischen Newcomer verbindet mit den Philatelisten eine Ahnung: Die Geburtstagsparty zum 50-jährigen Bestehen des Nordatlantischen Verteidigungsbündnis, geplant für den 24./25. April 1999 in Washington, könnte ausfallen. Der erste Kampfeinsatz des weltgrößten und höchstgerüsteten Militärbündnisses der Welt im Kosovo gibt Anlaß zu Zweifeln, ob sich die NATO auch gegen einen nur drittklassigen Despoten durchsetzen kann. Steht der »Mythos« NATO vor einem Scherbenhaufen?

► Die Geschichte der NATO ist schnell skizziert: Nach der deutschen (8.5.45) und der japanischen (2.9.45) Kapitulation strebten die europäischen Westalliierten nach einem Sicherheitsbündnis als Garanten gegen eine erneute deutsche Aggression. Innereuropäische Bemühungen krankten zunächst an nationalen Eigeninteressen und mangelnden Ressourcen. Sehr bald wurde ihre Entwicklung vom amerikanischen Engagement in Europa überlagert. Die USA waren aus dem 2. Weltkrieg als einzige maritime Supermacht hervorgegangen. Im ideologisch-territorialen Hegemonialkonflikt gegen die UdSSR in Europa und die VR China in Asien strebte Präsident Truman ein weltweites Netz von Militärbündnissen zur Einkreisung ('Containment' 1947-65) und Rückdrängung ('Roll Back' 1947-68) des Kommunismus an. Die am 4. April 1949 gegründete North Atlantic Treaty Organisation/NATO [1] war lediglich der europäische Pfeiler eines westorientierten Militärgürtels, der sich über CENTO, SEATO, ANZUS [2] und bilaterale Militärbündnisse bis in den Pazifik erstreckte.

Die USA verstanden die NATO in einer 'geopolitischen' Weltsicht: die Kontinente gelten als Inseln im Weltmeer, und damit verheißt maritime Überlegenheit auch die Kontrolle des Festlandes. Die europäische Funktion der NATO skizzierte Winston Churchill nüchterner: 'to keep the Americans in, to keep the Russians out and to keep the Germans down'. Nach dem ersten sowjetischen Atomtest 1949 und hohen amerikanischen Verlusten im Koreakrieg (1950-53) entwickelten die USA die Strategie der 'massiven Vergeltung' (massive retaliation): Jeder Angriff auf ein Bündnismitglied sollte mit einem Atomschlag beantwortet werden. Für den 'Roll-Back'-Krieg in Korea verzichtete Präsident Eisenhower jedoch bereits auf den von seinem Oberbefehlshaber McArthur beabsichtigten nuklearen Einsatz – aus Angst vor einer Eskalation des Konfliktes. Mit der massiven Vergeltung wurde nur ein einziges Mal 1962 in der Kubakrise gedroht, als Präsident Kennedy sowjetische Raketen im 'amerikanischen Hinterhof' fürchtete. Noch 1948/49 waren die USA bei der Berlin-Blockade um ein Zurückdrängen der 'kommunistischen Gefahr' bemüht. Bei den Aufständen in der DDR 1953, in Polen und 1956 und der CSSR 1968 hatten sie den 'Eisernen Vorhang' längst akzeptiert. Dennoch übernahm die NATO die alternativlose 'Massive Vergeltung' bis 1967 als 'Abschreckungsstrategie'.

»Partnerschaft und Frieden«

Zwar trat die BRD erst 1955, sechsjährig, der NATO bei – die Geschichte des einen Nachfolgestaates des »Dritten Reiches« ist jedoch genauso untrennbar mit der NATO verbunden wie die des anderen, der DDR, mit dem Warschauer Pakt. Denn die Voraussetzungen für die ökonomische Entwicklung der Bundesrepublik – egal ob Marshall-Plan oder Londoner Schuldenabkommen (vgl. iz3w 235 und 236) – waren immer auch militärstrategische. Fast nahtlos hatte sich der Kalte Krieg an den Zweiten Weltkrieg angeschlossen, die beiden deutschen Staaten bildeten die Grenze, an der sich die Raketen gegenüberstanden. Die militärische Aufrüstung bestimmte die Beziehung zwischen BRD und DDR und führte zum Aufkommen einer breiten Friedensbewegung. Doch mit dem Ende der Blockkonfrontation schien die Legitimation des Militärbündnisses zu schwinden. Nicht erst seit dem Jugoslawien-Krieg orientieren sich die neue deutsche Außenpolitik und die NATO an neuen Feindbildern und neuen Zielsetzungen (vgl. iz3w 210). Der Krieg in Jugoslawien ist die Zuspitzung dieser neuen Politik, die Krieg nicht mehr als abschreckende Bedrohung formuliert, sondern als integralen Bestandteil ihrer Ziele begreift.

Europäisches Rasseln

► Ob die NATO also ein 'Kind des Kalten Krieges' oder dessen Mutter war[3] bleibt auch bei Betrachtung der flankierenden Ereignisse eine Frage des politischen Standpunktes. Für die Regierung Adenauer bedeutete der bundesdeutsche NATO-Beitritt vom 5. Mai 1955 nicht nur einen erheblichen Reputationsgewinn auf dem Weg zur westintegrierten Souveränität. Mit der Wiederbewaffnung Westdeutschlands wurde der Grundstein für die heutige deutsche Position in Europa gelegt, von der selbst konservative Kräfte zunächst nicht träumen durften. 1957/58 scheiterte Verteidigungsminister Strauß bei den Verbündeten mit seinem Vorhaben, die Bundeswehr atomar zu bewaffnen. Mit der Hauptlast der konventionellen Landverteidigung Mitteleuropas – und damit als potentielles Schlachtfeld – gewann die BRD aber schnell an Bedeutung in der NATO. Militärische Restiktionen für die deutsche Bewaffnung und Rüstungsindustrie wurden schrittweise abgebaut.

Die NATO war vertraglich und strukturell auf den europäischen Kriegsschauplatz ausgerichtet, wenn auch immer wieder einzelne Verbände zu nationalen Militäroperationen von Großbritannien, Frankreich und den USA genutzt wurden. Folglich präsentierte sie sich als europäisches Verteidigungsbündnis, zumal beide Supermächte im nuklearen Patt nur Stellvertreterkriege in Dritt-Welt-Staaten riskierten.[4] Zugleich war Bündnisverteidigung der größte gemeinsame Nenner in einer Allianz, deren europäische Mitglieder mehrheitlich Mitte der 60er Jahre eine politische Neubestimmung ihrer Standorte vornahmen, wozu die Hegemonialmacht USA erst nach der vietnamesischen Tet-Offensive 1968 gedrängt wurde.[5]

Der US-europäische Hegemonialkonflikt gipfelte im Austritt Charles de Gaulles aus der militärischen NATO-Integration 1966. Nicht zufällig prägte im Dezember 1967 der 'Harmel-Bericht' der NATO, ein internes Positionspapier, das die sowjetische atomare Aufrüstung miteinbezog, die Formel: 'Sicherheit = Verteidigung + Entspannung'. Die konfrontative NATO-Strategie wurde erstmals auf Verhandlungen verpflichtet. An die Stelle der 'Massiven Vergeltung' trat 1967 die NATO-Stategie der 'flexiblen Antwort' (flexible response). Damit soll im Verteidigungsfall abgestuft mit konventionellen Waffen, taktischen (atomaren) Gefechtsfeldwaffen und nuklearen Interkontinentalraketen reagiert werden. Zur Erprobung dieser imaginären Triade kam es nicht. Entspannungspolitik betrieben lediglich die USA und die BRD (Ostverträge) in nationaler Regie.

In den 70er Jahren erlebte die BRD im Schatten der unverdächtigen Entspannungspolitik und wirtschaftlicher Gewichtsverschiebungen) einen Bedeutungszuwachs gegenüber den USA in der NATO. Jimmy Carters Entspannungspolitik wurde vom US-Kongreß als Schwäche interpretiert.[6] Alarmierte NATO-'Falken' fürchteten, die zentralasiatische Renaissance der Breschnew-Doktrin (Afghanistan) könnte mit einer neuen Aufrüstungsrunde auf Europa übergreifen. Der 'NATO-Doppelbeschluß' (1979-83) bringt – wie sowjetische Archivaufzeichnungen später belegen – Europa an den Rand eines Atomkrieges.

Während Ronald Reagan mit Offensivstrategien wie dem Satellitenprogramm SDI für den Kampf gegen das 'Reich des Bösen' rüstete, reagierten in Europa selbst konservative Kräfte alarmiert auf den öffentlichen Protest gegen den »nuklearen Selbstmord«. Helmut Kohl sondierte mit Francois Mitterand ab 1984 europäische Sicherheitsstrukturen durch eine Wiederbelebung der Westeuropäischen Union (WEU) in Anlehnung an die EG. Doch diese zaghaften militärischen Parallelstrukturen sind bis heute keine ernsthafte Konkurrenz zur NATO. In Abwandlung der nuklearen Drohung, zugleich aber auch als Signal an die europäischen Verbündeten ging Präsident Bush Ende der 80er Jahre zu konventioneller 'Power Projection' mit amerikanischen NATO-Kontingenten über. Von Ramstein starteten 1985/86 amerikanische Kampfbomber gegen Libyen, 1987/88 zog die 6. US-Flotte aus dem Mittelmeer ab, um den 'Tankerkrieg' im Persischen Golf zu führen. Deutsche Flottenverbände ersetzten erstmals die amerikanischen Kriegsschiffe im Mittelmeer. Bereits 1984 ließ das Auswärtige Amt die Zulässigkeit deutscher 'out-of-area'-Militäreinsätze prüfen – mit abschlägigem Ergebnis. 1987 hielt des Bundesverteidigungsministerium Bundeswehreinsätze außerhalb des NATO-Vertragsgebietes bereits für bedingt möglich. 1988 starteten Bundeswehr-Maschinen zur Erdbebenhilfe nach Armenien, 1989 landeten BGS-Berater in Namibia.

Risiko statt Bedrohung

► Der Mauerfall traf Bundeswehr und NATO im Beginn einer Expansionsphase, zugleich aber auch in der Diskussion eigener europäischer Sicherheitsstrukturen. Die Legitimationskrise eines Verteidigungsbündnisses ohne Gegner überspielten die USA ohne öffentliche Debatte schnell, indem sie ihre Globalstrategie auch in der NATO durchsetzten. Auf ihrer Herbsttagung 1991 in Rom übernahm die NATO das US-Konzept eines Sicherheitsbündnisses zur Verteidigung weltweiter 'vitaler Interessen'. Nicht mehr nur die eigene Landesverteidigung, sondern auch die 'Aufrechterhaltung des freien Welthandels' oder die 'Sicherung der Rohstoffversorgung' galten nun als NATO-Aufgaben. Statt konkreter Bedrohungen sollte nun jedes erdenkliche Risiko die NATO legitimieren. Die Bundeswehr übernahm diese Ziele im Januar 1992 im sog. 'Stoltenberg-Papier' sowie im Novenber 1992 in den 'Verteidigungspolitischen Richtlinien' als Zielvorgabe. Auch die WEU machte sich die-



Peace-Keeping Foto: I.C. Hendel

se 'Petersberg-Aufgaben' – die von humanitären bis 'friedenserzwingenden' Einsätzen reichen – im Juni 1992 zur Aufgabe.

Mit UN-Mandat nahmen nicht nur NATO-Kontingente der Bundeswehr an den out-of-area-Einsätzen – 1990 Mittelmeer/Kreta, 1991 Kurdistan/Irak, 1991 Persischer Golf/Minen, 1991 UNSCOM/Bagdad, 1992 Kambodscha, 1992 Adria/AWACS, 1993 Somalia, 1994 Ruanda, 1994 Georgien, 1994 UNPROFOR/Bosnien – teil. Im zweiten Golfkrieg 1991 erhöhten die USA erheblich den Druck auf die Bundeswehr, künftig bei jeder Einsatzart beteiligt zu sein. Bei IFOR/Bosnien 1995 und der Folgeoperation SFOR wurden internationale Truppen – einschließlich französischer und russischer Kontingente – erstmals dem NATO-Kommando unterstellt. Bei der Evakuierungsaktion vom März 1997 in Tirana operierte die Bundeswehr sogar ohne jedes Mandat.

Lackmustest im Kosovo

► Europäische Sicherheitsstrukturen wurden – trotz mehrerer neu gegründeter multinationaler Korps – im Dezember 1996 auf der Berliner NATO-Tagung durch das 'Combined Joint Task Force/CJTF'-Baukastensystem mittelfristig verworfen, da weder einheitliche Vorstellungen noch entsprechende Ressourcen existieren. Die Aufnahme von Polen, Ungarn und Tschechien im März 1999 in die NATO erfolgte als politische Bringschuld, nachdem diesen Staaten zuvor die Distanzierung von der Russischen Föderation mit Versprechungen einer schnellen Anbindung an das westliche Bündnis schmackhaft gemacht worden war. Ein Konzept zur Verteidigung der neuen osteuropäischen Verbündeten hat die NATO so wenig wie substanzielle Planungen und Mittel zur NATO-kompatiblen Aufrüstung von deren weitgehend schrottreifen Armeen.

Mit ihrem 'selbstmandatierten' Kampfeinsatz im Kosovo seit 28. März 1999 ist die NATO nun bemüht, die Glaubwürdigkeit ihres selbstgebastelten Mythos vom 'Garanten von Frieden und Freiheit' – und damit ihrer Legitimation von Vergangenheit und Zukunft – herbeizubomben, was angesichts fehlender politische Konzepte und durch den Streit um den Einsatz von Bodentruppen immer schwieriger zu werden scheint. Ohne zivile Lösungsstrategien, ohne Rücksicht auf das Völkerrecht, ohne Gedanken über die Destabilisierung und ohne Bereitschaft zu substanzieller humanitärer Hilfe demonstriert die Allianz die tödliche Schlagkraft ihrer Luftwaffe und läßt andere für die Opfer spenden. Die Verantwortung wird an Slobodan Milosevic delegiert. Skeptikern dieser 'ultima ratio' wird die Mär entgegen gehalten, die Diplomatie habe 'alles' versucht. Nach einem Waffenstillstand wird sie unter katastrophal erschwerten Bedingungen allerdings weitersuchen müssen.

»... to keep the russians out and to keep the germans down«

Die Bilanz von 50 Jahren NATO ist selbst für Militärs keine Erfolgsgeschichte: Gewonnen hat sie keinen Krieg, verschärft hat sie viele. Noch nie bilanziert wurden die Billiardenverschwendungen der Militärallianz, ihre Toten in 'Friedenszeiten', ihre folgenschweren Unfälle, die ökologischen Belastungen, der Flächenverbrauch, die hierarchische Sozialisation von Millionen junger Männer sowie Szenarien, wie diese Ressourcen zur zivilen Konfliktbearbeitung hätten genutzt werden können. Bereits die skizzierten Daten charakterisieren ein Militärbündnis, in dem 'Abschreckung' jahrzehntelang mit Konfliktprävention oder gar Politik verwechselt wurde. Die unbedachten Ultimaten von Rambouillet veranschaulichen in erschreckender Weise, wie noch immer die Logik alter Drohgebärden für Außenpolitik gehalten wird. Der Kosovo-Krieg hat die Zweifel an der geplanten neuen Offensivstrategie der NATO spät geweckt. Die Erfahrungen von 1966/67 und 1983/84 sprechen dafür, daß sich 'Sicherheitspolitiker' immer dann erst die Mühe eigener Gedanken machten, wenn sie begriffen, zu welcher Selbstgefährdung sie durch ihren 'solidarischen' Kadavergehorsam beitrugen.

Anmerkungen:

1 Gründungsmitglieder: USA, CAN, GB, F, IS, I, N, B, DK, NL, LUX, PO; 1951 Beitritt TR und GR; 1955 Beitritt BRD; 1966 F tritt aus militärischer NATO-Integration aus; 1981 Beitritt E; 1999 Beitritt PL, CZ, H

2 1955-79 Central Treaty Organisation/CENTO [auch Badgad-Pakt] (GB, Iran, Irak, Pakistan, TR), 1954-75 South East Asia Treaty Organisation/SEATO (USA, GB, F, AUS, NZ, Pakistan, Philippinen, Thailand), 1951- ANZUS-Militärpakt (AUS, NZ, USA)

3 Die Warschauer Vertragsorganisation/WVO wurde am 14.5.1955 gegründet (-1.4.1991), Mitglieder: UdSSR, PL, RO, BU, DDR, CS, H, Albanien

4 Der Grenzfall Vietnamkrieg (1964-1976) war der einzige direkte Konflikt der USA mit einer Großmacht (VR China), wenige direkte US-Militäroperationen fanden im amerikanischen 'Hinterhof' statt (Schweinebucht/Kuba, Grenada, Panama), die Mehrzahl der US-Militäroperationen folgten verdeckten Counter-Insurgency-Strategien, wobei pro-amerikanische Regime oder Guerillagruppen unterstützt wurden (Guatemala, Iran, Chile, Philippinen, Angola, Mosambique, El Salvador, Nicaragua, Kambodscha, Libanon, Afghanistan uvm.)

5 Die wiedererstarkten europäischen Ökonomien hatten Mitte der 60er Jahre ihre Entkolonisierung weitgehend – oft blutig – beendet. In ihrer Rückbesinnung auf Europa sahen sie sich mit der Imperialmacht USA konfrontiert, die sie nicht nur zu Geiseln der atomaren Abschreckung machte – das mögliche Inferno führten die USA gerade in Vietnam mit erheblichen innenpolitischen Verwerfungen auch für Europa vor -, die US-Dominanz in Kultur, Geldpolitik und Wirtschaftsbeziehungen führte bei den alten Kontinentalmächten zu einer europäischen Rückbesinnung.

7 1978 vietnamesische Invasion in Kambodscha, 1979 Atomwaffenfreie Zone von Rarotonga, Sturz von Somoza in Nicaragua, Sturz von Rezah Pahlewi im Iran, sowjetische Invasion in Afghanistan. Am 18.6.1979 verweigert der US-Kongreß die Ratifizierung von SALT II.

► **Stefan Gose** ist Mitarbeiter der Zeitschrift *ami – anti militarismus information.*

Zapatistas zum Anfassen

Eine Befragung über die Rechte der Indigenen und für das Ende des Krieges

von **Ulrich Brand, Marlis Gensler, Juliane Hammermeister**

Nach zwei Wochen bewaffneter Konfrontation im Januar 1994 und fünf Jahren »Krieg niederer Intensität« durch die Regierung ist die Zapatistische Befreiungsarmee (EZLN) weiter darum bemüht, die mexikanische Zivilgesellschaft zu mobilisieren. Mitte März organisierte sie dazu eine landesweite Befragung (Consulta). 5.000 zapatistische Delegierte waren dazu im ganzen Land unterwegs.

▶ Die Befragung »Für die Rechte der indigenen Völker und für das Ende des Vernichtungskrieges« hat für eine Zeit das Schweigen der meist staatlich kontrollierten mexikanischen Medien über den Krieg in Chiapas und über die fehlende Umsetzung des Abkommens über indigene Rechte und Kultur gebrochen. Das Mittel der Befragung setzten die Zapatisten nicht zum ersten Mal ein: Im März 1994 wurden wenige Monate nach Aufstandsbeginn die ersten Verhandlungsergebnisse mit der Regierung in den zapatistischen Gemeinden zur Diskussion gestellt – und abgelehnt. Angenommen wurde dagegen das Abkommen zu indigenen Rechten und Kultur vom 16. März 1996. Dieses Abkommen von San Andrés ist bis heute Dreh- und Angelpunkt des ausgesetzten Dialoges zwischen Regierung und EZLN.

Darauf beziehen sich auch die ersten beiden Fragen der Consulta: Soll die indigene Bevölkerung stärker und mit all ihrer Vielfalt in die mexikanische Gesellschaft integriert werden, um ein »neues Mexiko« aufzubauen? Sollen die indigenen Rechte, wie sie im genannten Abkommen von 1996 von der Regierung anerkannt wurden, in der mexikanischen Verfassung festgeschrieben werden? Darüber hinaus lauteten die anderen beiden Fragen: Soll es zu einem »wahren Frieden« mittels Dialog, Rechtstaatlichkeit und Entmilitarisierung kommen? Soll die Bevölkerung sich selbständig organisieren und von der Regierung ein anderes Verhältnis zwischen Regierenden und Regierten einfordern, nämlich das Prinzip des »gehorchend befehlen« (mandar obedeciendo), was eine sehr weitgehende Form des imperativen Mandates ist? Das Projekt der Consulta, zu dem sich alle MexikanerInnen in allen Ländern, die älter als zwölf Jahre sind, zustimmend, ablehnend oder enthaltend äußern sollten, wurde auf einem Treffen mit 3000 TeilnehmerInnen in Chiapas im November beschlossen. Es ging der EZLN dabei nicht um ein quantitatives Ergebnis, sondern um die Initiierung von Selbstorganisationsprozessen und eine Mobilisierung im ganzen Land. Denn nicht die Übernahme staatlicher Macht steht im Zentrum der politischen Vorstellungen der zapatistischen Aufständischen, sondern gesellschaftliche Veränderungen durch die sogenannte Zivilgesellschaft. Die Consulta sollte auch zeigen, daß der Aufstand kein allein chiapanekischer Konflikt ist, wie es die Regierung behauptet, sondern daß die zapatistische Bewegung landesweite Dimensionen hat. Außerdem verbreitet die Regierung die Version, die Zapatisten seien zum Dialog nicht bereit und das Hauptproblem der indigen Bevölkerung sei ihre Armut und kulturelle Rückständigkeit, denen mit staatlichen Programmen abzuhelfen sei. Diese paternalistische Position lehnen die Zapatistas ab und fordern staatsbürgerliche Rechte.

Keine guten Zeiten für eine Guerilla, wenn die Menschen nur mit sich selbst beschäftigt sind

Impulse für die Zivilgesellschaft?

▶ Die Consulta führte 5.000 unbewaffnete Zapatistas aus Chiapas in Orte des gesamten Landes. Zu zweit, jeweils Mann und Frau, wurden sie eine Woche vor der Befragung von lokalen Brigaden empfangen. Sie sprachen ohne Erfahrungen mit dem Mikrophon und oft in gebrochenem Spanisch. Unterschiedlich verliefen die anschließenden Diskussionen: Während man in Mexiko-Stadt bei den Auftritten der Zapatistas in der Universität oder bei Gewerkschaften eher ihre Schüchternheit spürte, so traten sie in Chiapas selbstbewußter auf. Wo in Mexiko-Stadt viele Menschen das erste Mal mit den Aufständischen sprechen konnten und romantisierende Fragen nach Kultur und Sprache vorrangig waren, ging es in Chiapas konkreter um Armut, Hunger und gemeinsame Erfahrungen von Rassismus. Angesichts der Hetze der staatlich kontrollierten Medien gegen die Consulta war die persönliche Begegnung mit Zapatistas beeindruckend und für viele persönlich aufwühlend. Die Präsenz der Zapatistas in anderen Landesteilen sei, so Marcos, deshalb wichtig, weil der innerhalb der Linken weit verbreitete Rassismus sprechende, stolze und rebellische Indígenas immer noch als einen Affront betrachte.

Nicht, daß die allermeisten die Fragen mit ja beantworteten, machte die Befragung zum Erfolg, sondern, daß sich fast drei Millionen MexikanerInnen an ihr beteiligten (im Vergleich zu 1,3 Millionen im Jahr 1995). An den meisten Orten war das kein Problem. Aber in Gemeinden, wo die Verhältnisse zwischen BefürworterInnen und GegnerInnen des Aufstandes besonders zugespitzt sind, war die Teilnahme ein politischer Akt. Sich gegen die Dorfmehrheit öffentlich solidarisch mit dem Aufstand zu zeigen, hatte zweifellos etwas Politisierendes und Rebellisches.

Die Zapatistas wollen vor allem wieder Impulse im Bereich der sog. »Zivilgesellschaft« geben. Unsicher ist die zukünftige Strategie der Regierung, die offenbar weiter auf eine militärische Lösung setzt. Allerdings sind die einzelnen Staatsapparate zunehmend gespalten. Die Parlamentarierkommission COCOPA, die bis zum Abbruch der Verhandlungen zwischen Regierung und EZLN im Herbst 1996 eine entscheidende Rolle gespielt hat, tritt vehement für die Wideraufnahme der Verhandlungen ein. Die meisten Menschen in Mexiko sehen jedoch keine ernsthafte Alternative zur Regierungspartei PRI und sind infolge der neoliberalen Revolutionierung der Gesellschaft und der Peso-Krise Ende 1994 vor allem damit beschäftigt, ihr tägliches Überleben zu sichern. Das sind keine guten Zeiten für eine Guerilla und eine soziale Bewegung, die keine fertigen Rezepte und gesellschaftlichen Entwürfe präsentiert, sondern die Mühen der Selbstorganisation und der Diskussion über gesellschaftliche Verhältnisse und Entwicklungen fordert. Aber eine Alternative dazu gibt es nicht.

▶ **Die AutorInnen** gehören der Mexiko-Gruppe Penumbra an, bei der eine spanischsprachige Dokumentation der Consulta mit über 100 Artikeln aus der Tageszeitung *La Jornada* für 20 DM bestellt werden kann: Penumbra im Dritte-Welt-Haus, Falkstraße 42, 60487 Frankfurt/M.

Pläne für die Zeit nach »MITCH«

Der Staat, die Zivilgesellschaft und internationale Organisationen in Nicaragua

von **Uta Bischoff-Peters**

Nach dem Hurrikan »Mitch« ist Nicaragua nicht mehr wie früher. Die vernichteten Ernten, die zerstörte Infrastruktur, Tausende von Toten und bleibende physische und psychische Schäden bei den Menschen haben die Verwundbarkeit insbesondere der armen Bevölkerungsgruppen gezeigt. So gravierend ist der Einschnitt, daß sich im Land die Zeitrechnung geändert hat: man spricht jetzt von der Zeit »vor« und »nach« Mitch. Beim Wiederaufbau des Landes verfolgen nun nicaraguanische NGOs, der Staat und die internationalen Hilfs- und Entwicklungsorganisationen unterschiedliche Interessen.

► Wie andere mittelamerikanische Länder wurde Nicaragua nach der Katastrophe Ziel großer internationaler Hilfsaktionen. Seither wird der Wiederaufbau auch als Gelegenheit zur Neugestaltung der soziopolitischen und wirtschaftlichen Verhältnisse wahrgenommen. Im Streit um das »Wie« dieser Neugestaltung kristallisierten sich rasch zwei Positionen heraus: Auf der einen Seite steht die nicaraguanische Regierung, deren Anliegen sich größtenteils mit denen der multilateralen Finanzorganisationen decken. Auf der anderen Seite kann man eine Art »Allianz« von nicaraguanischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und bilateralen Kooperationspartnern vor allem aus Europa ausmachen.

In der heutigen Situation können die internationalen Geldgeber sowie die Hilfs- und Entwicklungsorganisationen mehr als je zuvor Einfluß auf Nicaragua nehmen. Daher richten die nicaraguanischen NGOs besonderes Augenmerk auf ihre Kooperationspartner, die Hilfs- und Entwicklungsorganisationen im Ausland. Von denen erwarten sie, daß sie ihren Einfluß nutzen, um Druck auf die Regierung hinsichtlich der Verwendung der Nothilfegelder sowie der Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Organisationen und den Autoritäten auf lokaler Ebene auszuüben – Präsident Alemán versuchte nämlich nicht nur, NGOs von Anfang an aus den Nothilfeaktivitäten auszuschließen und sämtliche Notfallhilfe über den Staat abzuwickeln, auch die gewählten lokalen Regierungen wurden zugunsten der katholischen Bischöfe ihrer verfassungsgemäßen Aufgabe enthoben, die Katastrophenhilfe zu koordinieren. Zudem instrumentalisierte Alemán die Situation für parteipolitische Zwecke. Immerhin breitete sich allgemeines Mißtrauen gegenüber der Regierung aus und etwa 50% der Notfallhilfe aus dem Ausland wurden über nichtstaatliche Kanäle abgewickelt, häufig auf Anraten der Experten vor Ort.

Modernisierung statt Armutsbekämpfung

► Nichtstaatliche Organisationen in Nicaragua und im Ausland haben sich auch hinsichtlich der geforderten Entschuldung der am meisten durch »Mitch« betroffenen Länder dafür ausgesprochen, diese an Bedingungen zu koppeln. Die freiwerdenden Gelder sollen unmittelbar den Katastrophenopfern zugute kommen. Von den lokalen zivilgesellschaftlichen und den internationalen Organisationen wurde massiv dazu aufgerufen, den Wiederaufbau vorrangig in den hauptsächlich betroffenen ländlichen Regionen anzugehen, an die Selbstversorgung zu denken und die Bevölkerung in die Planung einzubeziehen. Schließlich traf der Hurrikan die schwächsten Bevölkerungsgruppen am härtesten: zum Beispiel jene Teile der seit Jahren zunehmend verarmenden Landbevölkerung, die sich an gefährlichen Stellen wie Vulkanhängen und Flußufern ansiedelten, wo ihnen so schnell niemand das Land streitig macht. Und sogar bei der Vernichtung der Ernten hat »Mitch« selektiv gewütet: die Exportgüter Kaffee und Zucker waren in weit geringerem Maße betroffen, als die Grundnahrungsmittelversorgung der ländlichen Bevölkerung mit Reis, Bohnen und Mais.

Für Alemán sind niedrige Preise bei Grundnahrungsmitteln »Populismus«

Doch Alemán sieht das anders. Die Mittel für eine Senkung der Preise für Grundnahrungsmittel und die öffentlichen Versorgungsdienste wie Energie und Wasser zu verwenden, sei »Populismus« und eine »Falle«, in die er auf keinen Fall gehen werde. Für die ins Land fließenden Gelder hat er die Weichen der Aufbauarbeiten gestellt. Sein Ziel ist es, die schon vor der Katastrophe marode Infrastruktur des Landes umfassend zu modernisieren und damit ausländische Investoren anzuziehen. Zwei Drittel der Gelder seines Ende letzten Jahres vorgestellten Aufbauplanes waren für die Modernisierung der verkehrs- und energietechnischen Infrastruktur des Landes gedacht. Die entsprechenden Aufträge kommen vor allem den großen Unternehmern aus dem Umkreis der liberalen Partei zugute, aber auch neueren sandinistisch geführten Unternehmen.

In dieses Bild paßt auch die Nähe Alemáns zu den multilateralen Finanzorganisationen in der Frage der Strukturanpassungen. Der Direktor des IWF, Michel Camdessus, hatte bei seinem Besuch in Nicaragua im November letzten Jahres 80% der Schulden erlassen, aber die geltenden Strukturanpassungsprogramme nicht angetastet. Durch sie werden vor allem diejenigen weiterhin stranguliert, die am meisten durch den Hurrikan geschädigt worden sind. Als Gegenleistung bot Camdessus an, Nicaragua könne schon vor dem Jahr 2000 in die Initiative für hochverschuldete arme Länder (HIPC) einbezogen werden, falls die Strukturanpassung weiter durchgeführt würde. Der erklärte Wille der nicaraguanischen Regierung, diesem Verlangen nachzukommen, war für Camdessus nach eigener Aussage »Motivation« bei der IWF-Hilfe für Nicaragua, denn die langfristige Perspektive müsse sichergestellt werden.

Während die Regierung sich den internationalen Organisationen der Entwicklungspolitik und -hilfe als korrupt, inkompetent und unglaubwürdig präsentierte, gründeten die verschiedenen NGOs der nicaraguanischen Zivilgesellschaft ein »Nationales Koordinationsgremium für Notfallhilfe und Wiederaufbau« (Coordinadora Civil para la Emergencia y la Reconstrucción – CCER). Für sie sind die bilateralen Kooperationspartner die wichtigsten Verbündeten in ihrem Ringen mit der Regierung. Bereits im Frühjahr 1998 hatte sich beim Treffen einer Konsultativgruppe in Genf die Nähe der Vorstellungen dieser Organisationen und nicaraguanischer NGOs gezeigt. Ihre Forderungen an die Regierung entsprechen denen der NGOs: Dezentralisierung staatlicher Funktionen, Transparenz bei der Verwaltung öffentlicher Mittel, Regierbarkeit des Staates, sowie eine umfassende Partizipation der Zivilgesellschaft.

NGOs und ihre internationalen Kooperationspartner verlangen im Gegensatz zu den Plänen der Regierung, die Entwicklung der verarmten Landbevölkerung zu fördern und sie an allen Aufbauplänen zu beteiligen. Um sicherzustellen, daß die Wiederaufbauhilfe die tatsächlich Geschädigten erreicht, hat das Koordinationsgremium »CCER« mit allen Mitgliederorganisationen eine Auditoría Social y Financiera (Soziale und finanzielle Überprüfung) gestartet. Es wurden über 10.000 Familien und zahlreiche Bürgermeister sowie Führer von NGOs in über 150 Gemeinden über ihre Bedürfnisse und die Abwicklung der Notfallhilfe befragt. Aufgrund der vorliegenden Umfragedaten wird ein Entwicklungsplan für das Land erarbeitet, der im Frühjahr vorgestellt werden soll.



Rollenverteilung nach der Flut — Foto: U. Rzadkowski

NGOs planen mit dem Staat

▶ Die schwierige Lage in Nicaragua und die neuen Ambitionen der NGOs bietet für einige ihrer Vertreter auch einen Anlaß, ihre eigene Rolle und die der internationalen Kooperationspartner zu überprüfen.

So kritisiert Bladimir Varela, Direktor des Forschungsinstitutes INIES, wie bestehende ideologische Gräben zwischen den sogenannten »alten«, nämlich in ihrer Mehrheit sandinistisch orientierten, und den »neuen«, an den USA orientierten und von der US-amerikanischen Entwicklungsagentur AID unterstützten NGOs, zementiert wurden. Für ihn sind die nicaraguanischen NGOs daher auch Opfer einer nicht zuletzt an organisatorischen Eigeninteressen orientierten Logik der internationalen Kooperation: »Wenn ich von der Logik der internationalen Kooperation spreche, hat das auch damit zu tun, wie die internationalen Kooperationspartner irgendwie versucht haben, das Land unter sich aufzuteilen. Die Europäer auf der einen, die Amis auf der anderen Seite. Wir sind – ob wir wollen oder nicht – Teil dieser Politik, sei es, weil wir mit beiden Seiten oder mit einer von beiden zusammenarbeiten, oder sei es, weil die Bereiche und Gebiete, die uns noch bleiben, eben genau diejenigen sind, wo sie nicht aktiv sind.«

Weiterhin bleibt zudem der Einfluß der nicaraguanischen NGOs in hohem Maße abhängig vom Druck ihrer Kooperationspartner auf die Regierung. Vor diesem Hintergrund fordern NGOs die internationalen Organisationen auf, sich an der Erarbeitung eines langfristigen nationalen Entwicklungsplanes zu beteiligen. »Das muß eine Strategie sein, die über den heutigen Tag hinausgeht. Und da meinen wir, daß die internationale Kooperation bei dieser Aufgabe ein bißchen nachhelfen kann. [...] Das Ideal wäre wirklich, daß die Zivilgesellschaft und die politische Führung eine gemeinsame Agenda verantwortlich anerkennen und sie als Richtlinie benutzen«, so Mauricio Zúñiga vom »Institut für die Entwicklung der Demokratie«.

Doch das Verhältnis zwischen Zivilgesellschaft und Staat bleibt ambivalent. Auf der einen Seite wird die Regierung stark kritisiert, weil sie auf Strukturanpassungen setzt, dabei die Interessen der Bevölkerungsmehrheit außer acht läßt und die NGOs so weit wie möglich aus ihrer Planung ausschließt. Andererseits kämpfen die NGOs als Teil der Zivilgesellschaft um die Funktionsfähigkeit des Staates, die von der Regierung aufgrund von Parteiinteressen oder durch Strukturanpassung unterhöhlt wird. So suchen die verschiedenen Dachorganisationen der Zivilgesellschaft nach Spielräumen für Kooperation mit dem Staat, zu dessen ordnungs- und regulationspolitischer Rolle sie keine Alternative sehen. Angesichts der schwierigen Lage in Nicaragua räumen die NGOs dem Zusammenwirken aller Kräfte Priorität ein und der Staat wird nicht als Gegen-, sondern als Mitspieler aufgefaßt. Für sie liegt das Dilemma in der konfrontativen Haltung der Exekutive, die an der armen Bevölkerungsmehrheit kein Interesse hat. Außerdem fangen die NGOs, indem sie Aufgaben des Staates übernehmen, selbst die Folgen seines Abbaus auf.

▶ **Uta Bischoff-Peters** promoviert an der Universität Freiburg über die Demokratisierung in Nicaragua.

NGOs zur »internationalen Kooperation«

▶ Mauricio Zúñiga (Institut für die Entwicklung der Demokratie):

»Wir sind nicht damit einverstanden, daß die Schulden einfach so erlassen werden. Die Regierungen müßten dafür etwas verlangen. Sie können sagen, in Nicaragua müssen die lokalen Verfassungen respektiert werden, hier müssen Gelder auf die lokale Ebene transferiert werden, damit die Gemeinden der Notlage begegnen können. Wir erlassen Euch 80 Millionen Schulden, aber von diesen 80 Millionen müssen 40 oder 20 für solche [lokalen] Programme bestimmt werden. (...) Man muß sagen, gut, es wird wiederaufgebaut, aber nicht ohne Plan. Ihr habt zum Beispiel die Verpflichtung, 1% oder 10% in städtische und regionale Planungsbüros zu investieren, damit die Menschen nicht wieder in gefährlichen Gebieten siedeln, und so weiter. (...) Dazu muß die Regierung einfach verpflichtet werden. (...) Bei uns gibt es keinerlei Veränderung in der Politik, die der Krise und dem Notstand im Land Rechnung trägt.(...) Ich glaube, daß es in dieser Hinsicht Kohärenz geben muß, und die Zivilgesellschaft spielt eine grundlegende Rolle in diesen Institutionalisierungsprozessen.«

▶ Cirilio Otero (Vorschlagsgruppe für Bürgerinitiativen und Einflussnahme):

»Im Allgemeinen erfindet hier jeder »chele« – wir nennen die Geldgeber cheles, Blonde – sein eigenes Reich, sein eigenes Projekt. Er glaubt, mit seinen paar Mitteln die nationale Problematik lösen zu können. Da kommt ein chele von der Europäischen Union und sagt, daß man hier nur über Ernährungssicherheit sprechen soll, ein anderer sagt, daß es nur um die Wiedereingliederung der Rückkehrer gehe, ein Dritter hält Bildung für das einzig Wichtige. Jedes Projekt der EU ist isoliert, Holländer, Franzosen, Engländer, alle wollen ihre Sachen nur für sich machen. (...) Jeder chele, der nach Nicaragua kommt, sollte sich bei der Einreise fragen, ob er hierherkommt, um einen Beitrag zur Entwicklung zu leisten, oder ob er wegen einer Forschungsarbeit oder ähnlichem kommt (...).«

Mehr Geld für weniger Menschen

von **Monika Hoffmann**

► In den vergangenen Wochen startete die von einem privaten Unternehmer gegründete »Deutsche Stiftung Weltbevölkerung« (DSW) eine Medienoffensive. Anliegen der DSW ist es, die Weltbevölkerung zu reduzieren. Ihre Analyse entwicklungspolitischer Probleme beruht auf der Annahme einer demographischen Zeitbombe, die alle gutgemeinten Bemühungen um die Armen dieser Welt wegen deren ungehemmter Fortpflanzungswut zunichte macht. Solchen Analysen liegen die »Bevölkerungsgesetze« des Herrn Malthus zugrunde. Die begehen gerade ihren 201. Geburtstag und sind so alt wie falsch. In seinen Untersuchungen zog Malthus den Schluß, daß die Ursache der Armut wenn überhaupt, so nur in geringem Maße mit der Form der Regierung oder der ungleichen Verteilung von Besitz in Beziehung stünde, sondern vielmehr der Gebärfreudigkeit der Unterschichten anzulasten sei. Armut kommt von den vielen Armen. Malthus betonte neben der »natürlichen Hemmung« durch eine höhere Sterberate in Folge des Nahrungsmittelmangels – er trat als erbitterter Gegner der Armenfürsorge auf – die Geburtenkontrolle als Mechanismen, die das Bevölkerungswachstum eindämmen könnten. Doch obgleich Malthus bereits seinerzeit etliche WidersacherInnen fand und seine These von einem exponentiellen Anwachsen der Bevölkerungszahl durch die Geschichte widerlegt wurde, liegen seine reaktionären Schlußfolgerungen noch heute voll im Trend.

Zuletzt waren sie im Februrar zu hören, als in Den Haag das Vorbereitungstreffen zur UNO-Sondersitzung Kairo+5 stattfand. Auf dieser Sondersitzung soll im Juli in New York die Fünfjahres-Bilanz der Weltbevölkerungskonferenz von Kairo 1994 gezogen werden. In Den Haag wurde nun zum x-ten Mal die »Zeitbombe Mensch« bemüht: eine überdimensionierte Uhr aus Pappmachée mit elektronischem Laufwerk kündete von der Geburt des 6 Milliardsten Weltbewohners, und die Pharmaindustrie präsentierte sich mit »Informationsständen zu Neuentwicklungen auf dem Verhütungsmarkt«. Wie Karnickel vermehren sich in diesen Szenarien freilich nur die Menschen des Südens. Während also im Süden die Bevölkerungszahlen reduziert werden sollen, wird in den Industriegesellschaften die Angst vor dem Aussterben des »nationalen Erbguts« beschworen. Hier strebt alles nach Optimierung und Verwertbarkeit der Gene.

Mit der Angst vor zu viel Menschen wird wieder Politik gemacht

Gesundheitsfestival

► Im »Konsens von Kairo« war 1994 der bevölkerungspolitische Diskurs aufgrund der intensiven Lobbypolitik der beteiligten Frauenverbände aufgepeppt worden. Man sprach nun von der Wahrung der Rechte benachteiligter Gruppen, von Empfehlungen zur Investition in Gesundheitsförderung, vom Recht auf freiwillige und selbstbestimmte Geburtenkontrolle, besseren Bildungschancen und den Problemen struktureller Diskriminierung von Frauen. Doch unter den Titeln »reproduktive Gesundheit, empowerment, sexuelle Rechte und gender equality« verbarg sich kaum mehr als wohlwollende Rhetorik. Als Dankeschön für´s Mitspielen gab´s zwar in der Folgezeit den einen oder anderen Projektzuschuß für einzelne Frauenorganisationen. Daß am Ende der Konferenz aber nur ein nett ummänteltes ´business as usual´ der Bevölkerungsstrategen stand, zeigte sich zum einen in der Koppelung der Vergabe von Entwicklungshilfe an die Durchführung bevökerungspolitischer Maßnahmen durch die Empfängerstaaten. Zum anderen setzte sich der Einsatz von klassischen Instrumenten der Bevölkerungspolitik auch nach Kairo fort. So wurden in den Jahren 1996-98 in den Andenregionen Perus im Rahmen einer Sterilisationskampagne, die unter dem Motto »Festival der Gesundheit« stand, mehrere hunderttausend Menschen sterilisiert. Im Fall einer Weigerung war ihnen der Ausschluß von den Nahrungsmittelprogrammen angedroht worden. In der Folge kam es durch medizinische Komplikationen zu mehreren Todesfällen. Fujimori rechtfertigte diese Regierungskampagne mit dem Hinweis auf die in Kairo vereinbarten Beschlüsse und konnte sich damit Zugang zu Entwicklungshilfegeldern schaffen.

Der faule Kompromiß, den die Frauen-NGOs in Kairo eingegangen waren, wurde in Den Haag endgültig kompostiert. Im Gegensatz zur Konferenz vor fünf Jahren war man kaum noch auf die Vermeidung allzu offensichtlicher Überbevölkerungs-Terminologie bedacht. Der offizielle Konferenzton der Regierungsvertreter dominierte und mit ihm die statistische Berechnung demographischer »Erfolge« nach Kairo. Mit der Angst vor Überbevölkerung und damit einhergehender Migration wurde wieder unverblümt die Katastrophe einer Bedrohung von Sicherheit und Stabilität in den Industrieländern heraufbeschworen. Nur noch in kleineren Workshops einzelner Frauen-NGOs waren kritische Töne zu vernehmen, die den Zusammenhang zwischen Bevölkerungsentwicklung und ökonomischen Verhältnissen herstellten, und die die fortschreitende Verarmung vor allem von Frauen durch neoliberale Programme – etwa durch Gesundheitsreformen, die auf Privatisierung und Abbau von Versorgungsleistungen zielen – thematisierten. Im Großen und Ganzen jedoch gab frau sich bestenfalls befremdet über den mangelnden Einfluß, den die NGO-Foren zu verzeichnen hatten.

Das letztendlich entscheidende Thema von Kairo+5 wird also – wen soll es wundern – doch nur die Frage nach der Relation zwischen finanziellem Einsatz und den Kommastellen der pro-(Frauen)Kopf-Geburten sein. Und da der 1994 in Kairo für bevölkerungsreduzierende Maßnahmen beschlossene Finanztopf der Vereinten Nationen nicht gefüllt wurde – von den anvisierten rund 6 Milliarden US-Dollar jährlich wurden lediglich knappe 2 Milliarden von den Industrieländern aufgebracht – agitiert nun die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung. Als von der Regierung berufenes Mitglied der »Nationalen Kommission« zur Vorbereitung der UN-Sonderversammlung im Juli fordert sie die Einhaltung des Kairoer Beschlusses: Mehr Geld für weniger Menschen.

► **Monika Hoffmann** ist Mitarbeiterin im **iz3w**.

StadtStaaten

Stadtforscher prognostizieren, daß einige wenige »Global Cities« die bisherigen politischen Hauptstädte als Orte der Steuerung und Regulierung ablösen werden. Als Zentralen der Globalisierung werden diese Mega-Metropolen unabhängiger von Staaten und deren Verwaltungsapparaten, weil sie weit mehr am Weltmarkt als am Binnenmarkt orientiert sind. Mehr noch: Global Cities wie Tokio, New York, London oder Hongkong lösen sich nicht nur aus dem nationalstaatlichen Einflußbereich, sie übernehmen auch wichtige Steuerungs- und Entscheidungsfunktionen, die bislang staatliche Politik innehatte. Als Knotenpunkte von Finanz-, Kommunikations- und Migrationsbewegungen sowie als kulturelle Trendsetter sind diese Zentren schon jetzt einflußreicher als viele politische Hauptstädte.

Die vom Flächenstaat unabhängigen Städte sind keine Erfindung der globalisierten Welt. Schon im antiken Griechenland entwickelten sich Stadtstaaten, die »polis«. Sie konzentrierten wirtschaftliche, politische und militärische Macht auf engstem Raum. Die Stadt war der Staat. Anders als im Inka-Reich, in afrikanischen Handelszentren oder in römischen Verwaltungsstädten, wo der (territoriale) Staat jeweils den Rahmen vorgab, in den sich Zentren und Peripherien einzuordnen hatten, war die antike griechische Stadt selbst das Zentrum. Im Mittelalter tauchten Stadtstaaten wieder auf: Die Hansestädte waren zwar nicht gänzlich unabhängig von ihren Staaten, sie entwickelten jedoch untereinander ein Handelsnetz, das an den Zentralregierungen der Königs- und Fürstenhäuser vorbei organisiert wurde. Den »Freien Hansestädten«, wie sich Hamburg und Bremen noch heute nennen dürfen, wurden Bürgerrechte und Selbständigkeit zugestanden – auf neudeutsch vielleicht als »Teilautonomie« zu bezeichnen –, weil sie als gut organisierte Handelsstädte für die sie umgebenden Staaten von großer ökonomischer Bedeutung waren.

Parallelen zur aktuellen Entwicklung sind kaum zu übersehen. Die Unternehmen, Banken und Börsen in den »Global Cities« können in ihren multinationalen Organisationsstrukturen eine eigene »Binnenwirtschaft« betreiben, die von den Staaten immer weniger kontrolliert wird. Transaktionen zwischen Bayer do Brasil und der Leverkusener Konzernzentrale bieten verschiedene Möglichkeiten, bestehende nationalstaatliche Regulierungen zu umgehen oder auszuhebeln. Der Ausbau dieser weltweiten Verflechtungen entkoppelt die ökonomischen Steuerungszentralen zunehmend von ihrer räumlichen Umgebung. Der dafür häufig verwendete Begriff der »Entterritorialisierung« oder »Enträumlichung« läßt den Schluß zu, daß auch im Süden neue Zentren oder Sub-Zentren entstehen. Tatsächlich werden Städte wie Singapur, São Paulo oder Delhi zum erweiterten Kreis der »Global Cities« gezählt. Die wichtigsten Metropolen jedoch liegen allesamt im Norden – globale Hierarchien haben sich also nicht aufgelöst, sondern lediglich verschoben.

Wie aber sehen die Transformationen der Städte aus? Unser Themenblock versucht, globale (Stadt-)Entwicklungen nachzuzeichnen, ohne die pauschalisierenden Kategorien von den bedeutsamen Global Cities im Norden und den überbordenden Mega Cities im Süden zu übernehmen. Denn solche formalen Unterscheidungen erfassen die vielfältigen Transformationsprozesse von Städten nicht ausreichend. Brauchen beispielsweise die globalen Wirtschaftszentren nicht auch einen »Hinterhof«, um den alltäglichen Bedarf zu decken? Allerorten finden sich informelle Produktions- und Dienstleistungsbereiche – vom Taxi und Fensterputzer bis zum Restaurant und Handwerksbetrieb. Oft prägen MigrantInnen diese informelle Ökonomie. Die sozialen Differenzen zwischen ihnen und der Schicht transnationaler Vielverdiener in den Konzernetagen drücken sich auch in einer typischen stadträumlichen Segregation aus: den von Migrantencommunities dominierten Stadteilen stehen die ökonomischen Zentren und die Vorortstädte der modernen Eliten gegenüber. Die neu entstandenen Ghettos in den Städten bieten einerseits Chancen für sozialen Aufstieg und könnten den Ort zukünftiger sozialer Kämpfe darstellen, andererseits verkörpern sie die Gleichzeitigkeit von »Glanz und Elend« der Global Cities.

Auch wenn es universale Tendenzen der Stadtentwicklung gibt, die den Imperativen der ökonomischen und technologischen Globalisierung folgen, wirken sehr unterschiedliche und spezifische Einflüsse auf die großen Städte ein. Mannigfaltige historische, kulturelle, politische und lokalökonomische Faktoren prägen das Bild der Städte bis zum heutigen Tag ganz entscheidend. Einige »Stadt-Geschichten«, die den Themenschwerpunkt begleiten, geben Beispiele für diese Verschiedenartigkeit urbaner Prozesse.

die redaktion



Foto: R. Maro / version

Lokal lenken, global handeln

Die Verwandlung fordistischer Städte zu urbanen Großregionen

von **Christine Parsdorfer** und **Thomas Cernay**

Weltweit wachsen die Städte, bilden sich neue Siedlungs- und Produktionszonen heraus und verändern die Gesichter der Metropolen. Die Stadtforschung betrachtet die Urbanisierung im Süden in der Regel im nationalstaatlichen Kontext, während die Städte des Nordens als Zentren der Globalisierung gesehen werden. Folglich werden die einen nur nach ihrer Größe (»Mega Cities«) benannt, während die anderen wegen ihrer ökonomischen Bedeutung als »Global Cities« ausgezeichnet werden. Die bestimmenden Faktoren für die Stadtentwicklung sind jedoch weitaus vielschichtiger, als es diese Klassifizierungen auszudrücken vermögen.

► »In der Mitte dieses Jahrhunderts lebten 83 Prozent der Weltbevölkerung in ländlichen Gegenden. Zur Zeit entsteht eine neue Welt der Städte. Alte Städte platzen aus den Nähten und neue wachsen zu unvorstellbaren Größenordnungen heran. Zur Jahrhundertwende wird zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit die Mehrheit der Weltbevölkerung in Städten leben. Städte, die kaum in der Lage sein werden, für sie zu sorgen, in Ländern, die genauso arm, wenn nicht noch ärmer sind als heute«. Mit diesen Worten beschrieb Wally N'Dow, Generalsekretär der Habitat II, die Herausforderungen, die durch Landflucht und Bevölkerungswachstum auf die Städte zukommen. Mit der Habitat endete 1996 in Istanbul der Reigen der großen UN-Konferenzen zur menschlichen Entwicklung, der mit dem »Klimagipfel« 1992 begann. Der Paradigmenwechsel zwischen Auftakt und Ausklang der Konferenzserie könnte unvermittelter nicht sein. Die Schönwettererklärungen von Rio, die vorgebliche Einsicht in die Globalität der Umweltpolitik und in die Verantwortung der reichen Nationen für die Entwicklungsländer haben auf der Habitat II einem unmissverständlichen Pragmatismus Platz gemacht: Stadt und Standort lautet nun die Devise. Die sozialen und ökologischen Wirkungen des Wettbewerbs in der globalen Konkurrenz wurden nur noch als Nebenkosten hochgerechnet. Bei der Verabschiedung des Abschlußdokuments, des »Globalen Aktionsplans«, waren noch 16 Staats- und Regierungschefs, jedoch kein einziger aus den Industrieländern, zugegen.

Die Experten in Forschung, Planung und Verwaltung sehen dem Wachstum zunehmend atem- und mittellos zu. Die rekordverdächtige Präsenz der Zivilgesellschaft in Istanbul darf man vor allem für ein Symbol der regierenden Ratlosigkeit halten. Neben den 14.000 amtlichen saßen 6.000 ehrenamtliche Besucher mit im Boot, um an Lösungen der überbordenden Probleme mitzuwirken. Sicher scheint, dass die Städte die Zukunft beherrschen werden. Städte, deren neue Form die bisher dagewesene Stadt gesprengt hat. Der Tagungsort der Habitat war selbst das beste Beispiel. Die nachhaltige Zukunft à la Rio hat mit der von Istanbul nicht viel gemein. Die Schätzungen über die Einwohnerzahl Istanbuls liegen zwischen zehn und zwanzig Millionen. Etwa 60 Prozent der Einwohner leben in Slums. Wasserversorgung und Kanalisation sind für sie nicht vorhanden, Stromversorgung die Ausnahme. Weltweit werden die Slums zu dauerhaften Wohnräumen der arbeitenden und Arbeit suchenden Bevölkerung. Und die Entwicklung macht nicht vor den westlichen Staaten halt. Das Elendsquartier stabilisiert sich als eine Strukturform der Gesellschaft, die die Globalisierung des Marktes begleitet. Im Süden umringen Slums das Zentrum der Megacity, während die Peripherien in den westlichen Ballungszentren den Stadtraum durchsetzen und verbinden. Hier wie dort zerfällt die Stadt zur Megastadt.

Globalisierung macht Stadt ...

► Die Aufgeregtheit, mit der die Stadt als Schlüsselkategorie der zukünftigen Zivilisation wiederentdeckt wird, spiegelt sich auch in der Inflation der Präfixe rund um die Stadt



Foto: H. Sachs/version

wider: Megastädte, Giant-, Global- und World-Cities bevölkern neben den Metro- und Megalopolen die Publikationen. Zwar hat der alte Begriff der Metropole, der »Mutterstadt«, seinen umgangssprachlichen Charakter des Zentralen und den Sinn von Kapitale, Haupt- oder Millionenstadt auch im wissenschaftlichen Sprachgebrauch erhalten. Und auch die superlative Schöpfung Megalopolis kreierte Jean Gottman bereits vor fünfzig Jahren, um die riesige Stadtregion, die sich von Boston über New York, Philadelphia und Baltimore bis Washington erstreckt, zusammenzufassen. Doch seit immerhin fünfzehn Jahren diskutiert die community der Weltstadtforscher, ohne eine verbindliche Definition der als Global- oder synonym World-City bezeichneten Städte hervorgebracht zu haben. Man ist sich einig[1], daß Global-Cities Orte sind, die erstens eine tragende Rolle in der Steuerung und der Kontrolle der Weltwirtschaft spielen, zweitens als Knotenpunkte (durch die die globalen Flüsse von Kapital, Gütern, Informationen und MigrantInnen fließen) die regionale, nationale und internationale Ökonomie integrieren und drittens nicht durch administrative oder politische Grenzen definiert sein sollen. Zuguterletzt wird die vorherrschende Kultur in den World-Cities als kosmopolitisch beschrieben, internationale Angelegenheiten interessieren mehr als lokale und nationale. Doch nur New York, London und Tokyo genügen diesen Kriterien. Gleichzeitig sind sie auch Megacities, als welche Städte mit mehr als fünf Millionen Einwohnern gelten. Giant-Cities schließlich sind noch deutlich größere Agglomerationen.

Noch unzureichender als ihre Bestimmung bleibt die Anwendung dieser Begriffe bei der Beschreibung der globalen Urbanisierung. Allzuoft dienen sie nur der Abbildung plumper Vorurteile und Stereotypen der Medien wie der Wissenschaft. Im SPIEGEL-Spezial[2], Prototyp der kulturindustriellen Verwertung des Themas, erschöpfen sich die Fallstudien aus aller Welt in der monotonen Wiederholung eines plumpen Dualismus. Die Metropolen des Nordens repräsentieren die Stadt als Hort (gefährdeter) Moderne, die des Südens die Zentren von Elend und Chaos. Die mangelnde Tiefenschärfe im journalistischen Bereich lohnte der Erwähnung nicht, wenn nicht auch der wissenschaftliche Diskurs mit ähnlicher Blindheit geschlagen wäre.

Eine offensichtliche Schwachstelle ist die Unverbundenheit der Paradigmen der Stadtforschung. Analysen der Urbanisierung in der 3. Welt basieren fast ausschließlich auf isolierten und nationalstaatlichen Betrachtungsweisen. Wesentliches Paradigma bei der Beschäftigung mit den Nordmetropolen dagegen ist, wie sich dem Begriff der Global-City ahnungsvoll entnehmen lässt, die Globalisierung. Wenn, wie oben angeführt, Konsens darüber besteht, dass Global-Cities die Knotenpunkte sind, die die globalen Flüsse kontrollieren, so setzt dies voraus, dass es eine einheitliche Weltwirtschaft gibt. Die wiederum wird als Effekt einer »Nodalisierung« (von node: Knoten)[3], der Verknüpfung regionaler bis internationaler Aktivitäten gedeutet. So erklären sich die Global-Cities tautologisch aus der Globalisierung und die Globalisierung aus den Global-Cities. Damit fällt die Theorie der Stadtentwicklung hinter längst erreichte Standards zurück. Seit dem 16. Jahrhundert, so die Erkenntnis der Weltsystemforschung[4], wirkt sich die internationale Arbeitsteilung auf die ökonomische und soziale Entwicklung von Zentren wie Peripherien aus und somit auch auf die Urbanisierung aller beteiligten Nationen. Die Globalisierung setzt in diesem Sinne die Geschichte von Handelskapitalismus, Kolonialismus und Fordismus fort. Die Vernetzung des Lokalen mit dem Globalen leisten, wenn auch auf je verschiedene Weise, alle Metropolen gleichermaßen.[5]

... Stadt macht Globalisierung

▶ Die Kritik der Globalisierung bewegt sich dabei häufig in simplifizierenden dualistischen und einseitigen Ansätzen, die Globalisierung als »Projekt« der Neoliberalen beschreiben. Doch »den prunkenden Papiertiger als garstigen und unbesiegbaren Popanz auf(zu)bauschen«, hat »potentiell verheerende Folgen für die Entwicklung geeigneter politischer Gegenstrategien« (Keil).[6] Tatsächlich wird das Globalisierungsgeschehen von verschiedenen räumlichen, politischen und sozialen Auseinandersetzungen nicht nur auf globalen, sondern auch auf lokalen, regionalen und nationalen Ebenen geprägt. Eine kritische Stadtforschung hat demnach ihren Schwerpunkt auf die Analyse der Dialektik von globalen und lokalen Entwicklungen, auf die konkreten materiellen Prozesse 'vor Ort' zu legen, in denen sich Globalisierung artikuliert und kristallisiert. Statt sie allein aus Kapitalbewegungen und Welthandel abzuleiten, sind die verschiedenen räumlichen, sozialen und politischen Auseinandersetzungen als strukturierende Momente des Globalisierungsprozesses zu verstehen. Das Städtische wird so »die Vermittlungsebene des Globalen mit dem Privaten und der Handlungsraum der Alltagspraktiken politischer Akteure sowie der Raum der 'Politik der Präsenz' strategischer Akteure im Globalisierungsprozeß« (Keil).

Diese sehr emphatische Bestimmung lokaler Politik trägt dem Tatbestand Rechnung, dass »die Stadt« im Rahmen des Übergangs vom fordistischen zum Regime »flexibler Akkumulation« eine neue Bedeutung einnimmt[7]. Zu Zeiten fordistischer Massenproduktion war die Kommune »verlängerter Arm« des Nationalstaats, d.h. untergeordnetes Ausführungsorgan einer zentralstaatlichen Planung, die auf die Herstellung eines einheitlichen Raums durch Ausgleich regionaler Entwicklungsunterschiede hingearbeitet hat. Jeder Region ihre Autobahn und ihre diversen Supermarktketten, in diesem Sinne war das zentralstaatliche Entwicklungsziel formuliert. Die fordistische Produktionweise der Stahl-, Automobil-, Chemie- und Elektroindustrie machte die räumliche Zusammenballung von Produktionsmitteln und Arbeitskräften erforderlich. Unflexible Gürtel um die städtischen Agglomerationen trugen zu relativ standardisierten und räumlich funktionalen Differenzierungen bei: Industrieansiedlungen und Satellitenstädte an der Peripherie, Discountmärkte auf der grünen Wiese und die Ansiedlung des Dienstleistungssektors in den Innenstädten. Diese Entwicklungen führten zu dem 70er-Jahre-Topos der Unwirtlichkeit der Städte.

Die neue »flexible Akkumulation« setzt die Zonierung und Standardisierung städtischer Räume auf globalisierter Ebene fort. Ein zentraler Unterschied jedoch führt zu einem neuen Verhältnis zwischen Zentrum und Peripherie: Während der fordistische Nationalstaat eine »Gleichheit im Raum« anstrebte, wird nun ein »Regime der Differenz« zentra-

le Ressource des globalen Verwertungsprozesses.[8] Dieses Regime basiert auf der Aufwertung subnationaler und lokaler Räume. Um im internationalen Wettstreit um die Attraktion von Kapital mithalten zu können, muss sich jede Region als Standort profilieren. Verwaltung und Vollzug nationalstaatlicher Vorgaben reichen für diese Strategie nicht mehr aus, sie sind zu unflexibel. Die Kenntnis der örtlichen Spezifik ist notwendig, um eine angemessen komplexe unternehmerische Strategie zu entwickeln. Lokale Unterschiede werden so bedeutender und bestimmen heute das räumliche Muster der globalen Arbeitsteilung, das mehr und mehr zum Patchwork unterschiedlich spezialisierter Regionen wird: Hier die Headquarter economy der World-Cities, die die weltweiten Kapitalkreisläufe und Produktionsprozesse kontrollieren, daneben industrielle Cluster – von den High-Tech-Industrien des Silicon-Valley, über alte fordistische Regionen, den Hinterhöfen an der europäischen und us-amerikanischen Peripherie – nach Lohn- und Qualifikationsniveau geschieden. Am Ende steht der »Rest der Welt«, der, von der globalen Kapitaldynamik mehr oder weniger abgehängt, außer Bodenschätzen vielleicht noch die Möglichkeit bietet, Giftmüll zu entsorgen.

Die Dialektik der Orte

► Aber nicht nur global, sondern auch lokal hat das »Regime flexibler Akkumulation« spezifische Konsequenzen. Bildete die fordistische Stadt mit der Zusammenballung von Produktionsmitteln und Arbeitskräften eine Agglomeration mit mehr oder weniger gut erkennbaren Grenzen, so entsteht nun die »urbane Großregion«, in der immer größere Teile des Raums in einem übergreifenden Einzugsgebiet zusammengefaßt werden. Die ehemals konzentrische Raumstruktur wird von einem »fragmentierten Nutzungsmuster« überlagert, das die bisherigen städtischen Einheiten in übergreifenden Strukturen integriert. Es entstehen vielerlei Standorte in einem städtischen Gebiet. »Mit der Ausdehnung der flexiblen Akkumulation wird das ganze Land – tendenziell – zu einer urbanisierten Zone. Gleichzeitig wird die starre, fordistisch-keynesianische Raumstruktur der konzentrischen Ringe und Sektoren aufgebrochen und der gesamte urbane Raum zersplittert in spezialisierte Fragmente: Die Struktur der Metropole beginnt sich der verästelten Struktur eines Chips anzugleichen.«[9] Weit entfernte Gebiete entwickeln sich dank neuester Verkehrsinfrastruktur und Informationstechnologien zum zentralen Standort; dazwischen herrscht Niemandsland. Gebiete ohne Anschluß ans Netz werden zur Peripherie in der Metropole.

Diese Ein- und Anpassung der Stadtentwicklungspolitik an Anforderungen der Globalisierung und Regionalisierung führen laut kritischer Stadtforschung zu neuen Spielräumen für eigenständige regionale Wirtschaftspolitik, jenseits von zentraler nationalstaatlicher Bevormundung. Dabei würden Potentiale frei, die die Städte- oder zumindest die World-Cities – als Orte des »postnationalstaatlichen Staats« (Keil) ausformen. Diese Ansätze, die sich intensiv mit der wechselseitigen Beeinflussung von globaler und lokaler Dynamik beschäftigen, vernachlässigen aber weitgehend den weiterhin bestehenden Stellenwert nationalstaatlicher Politik im Globalisierungsprozeß. Die neuen politischen Formen der Netzwerke auf regionaler Ebene haben nicht den Abbau, sondern eine Erweiterung des Staates zur Folge. Die klassischen Formen der Intervention durch Geld und Recht werden um sog. »Verhandlungssysteme« vor Ort erweitert. Auch die Bedeutung staatlicher Infrastrukturmaßnahmen nimmt keineswegs ab. So werden gerade in den letzten Jahren im Rahmen einer Politik der »territorialen Monopolisierung ökonomischer Wohlstandseffekte« (Röttger) staatsinterventionistische Maßnahmen im Bereich der Technologie- und Forschungspolitik verstärkt, um Weltmarktanteile zu vergrößern und Exportmärkte abzusichern. Sozialpolitische Deregulierungsprogramme flankieren eine Politik, die attraktive Rahmenbedingungen für das globale Kapital bereitstellen soll.

Auf dieser Ebene haben die Kommunen wenig bis gar keinen Einfluß, sie müssen sich den nationalstaatlichen Vorgaben beugen. Nicht umsonst belegen Studien der letzten Jahre, daß sich der politische Spielraum der Kommunen – zumindest was Europa angeht – zunehmend verengt.[10] Die in der kritischen Stadtforschung betriebene ideologische Aufwertung des Kommunalen und Lokalen steht im umgekehrten Verhältnis zu deren Einflußmöglichkeit. Das betrifft auch die »neuen Akteure« und deren Handlungsfähigkeit auf lokaler Ebene. Nach Keil weist der lokale Staat »Öffnungen in Richtung einer dynamisierten globalstädtischen Zivilgesellschaft auf. In diesen Öffnungen entstehen Widerstand und Alternativen (sic!) zur hegemonialen Globalisierung.« Moderation und Mediation gewinnen dabei zwar auf städtischer Ebene gegenüber hierarchischer Planung und Administration an Bedeutung. Allerdings wäre es verkehrt, den dabei entstehenden strategischen Allianzen und Netzwerken prinzipiell emanzipativen Charakter zuzusprechen. Denn dazu gehört auch das Engagement sozialer Bewegungen in der Stadt, die sie schöner oder lebbarer machen sollen. Ob davon zentrale politische Entscheidungsbereiche tangiert werden, darf bezweifelt werden.

Für die Attraktion von Wachstumsbranchen und dem dazugehörigen Personal sind zunehmend »weiche Standortfaktoren« ausschlaggebend. Eine »festivalisierte Stadtpolitik«, die auf Events, Messen und Shows ausgelegt ist, gehört ebenso dazu wie eine an den Bedürfnissen der aufstrebenden Mittelschichten orientierte Kulturpolitik, die mit der Inszenierung der Innenstädte als postmoderne Erlebnisräume einhergeht. Unter der Regie des globalen Wettbewerbs fördern die Städte ihre »endogenen Potentiale« und bilden dabei städtische Bündnisse aus IHK, Stadtverwaltung und Besitz-und Bildungsbürgertum die zwar nicht die Straße, dafür aber runde Tische reklamieren. Hier artikuliert sich weniger »rebellische Subjektivität« (Keil), als die Kolonisierung des Raums durch neue Mittelschichten. Dabei werden neue Wachstumskoalitionen auf städtischer Ebene etabliert, die mit der Disziplinierung bestimmter Bevölkerungsgruppen und der Ausgrenzung von »Nichleistungsträgern«, mit Privatisierung und Entstaatlichung einhergeht. Die kommerzialisierten flexiblen Räume verhindern räumliche Mobilität, schließen aus von dem überreichlichen Angebot, das über die Marktlogik reguliert wird. Das »Recht auf die Stadt« (Lefebvre) wird so zu einem Privileg, das immer stärker von individueller Kaufkraft abhängt.

Anmerkungen:

1 Friedmann, J.: Where we stand: a decade of world city research. In: P. L. Knox, P. J. Taylor (Hg.): World cities in a world system. Cambridge, University Press, 1995, 21- 47.

2 SPIEGEL-Spezial, 12/1998

3 Altvater, E., B. Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. Münster, Westfälisches Dampfboot, 1996.

4 Wallerstein, I.: Das moderne Weltsystem. Frankfurt a.M., Syndikat, 1986

5 Immerhin wird die Ausschließung der Megacities inzwischen auch von den Protagonisten der Global-City Debatte als Mangel eingestanden. Siehe dazu: Parnreiter, Christof. Globalisierung und Megastädte der Peripherie. In: Journal für Entwicklungspolitik XIV/4, S. 325-336, Wien 1998.

6 Keil, Roger: Globalisierung – Macht – Staat. Perspektiven lokalen Handelns im Zeitalter der World City. In: Kein Staat zu machen, 1998, S. 122.

7 Vgl.: Keil, Roger: Weltstadt – Stadt der Welt, Münster 1993; Hirsch, Joachim, Esser, Josef: Stadtsoziologie und Gesellschaftstheorie, in: Prigge: Die Materialität des Städtischen, Basel 1987.

8 Ronneberger, Klaus; Schmid, Christian: Globalisierung und Metropolenpolitik: Überlegungen zum Urbanisierungsprozeß der neunziger Jahre, in Hitz u.a.: Capitales Fatales, Zürich 1995, S. 364f.

9 Hitz u.a., Zur Dialektik der Metropole: Headquarter Economy und urbane Bewegungen, in dies.: Capitales fatales, S. 152.

10 Vgl. Heinelt, Hubert, Margit Mayer: Politik in europäischen Städten, Basel 1992.

► **Christine Parsdorfer** und **Thomas Cernay** sind MitarbeiterInnen im **iz3w**.

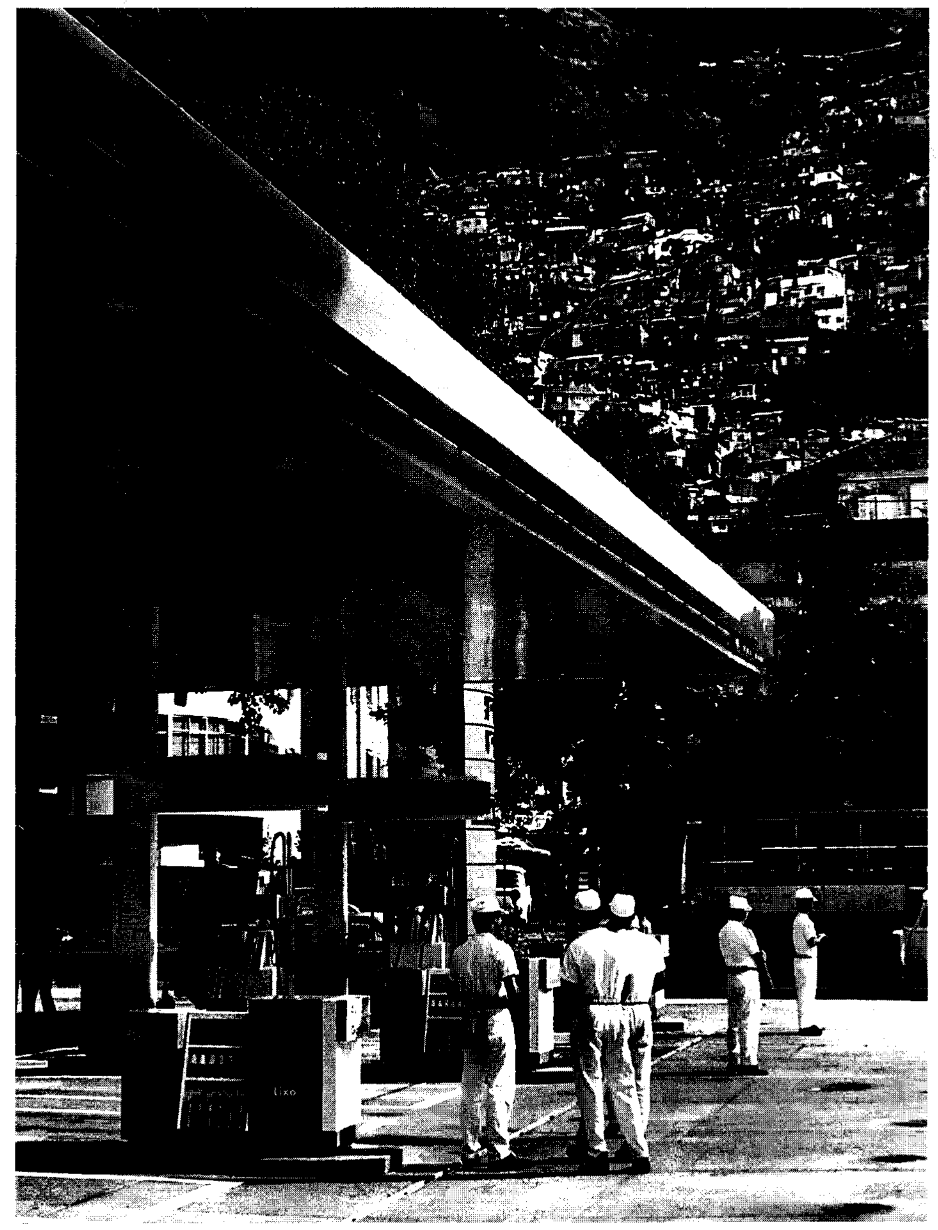


Foto: J. Holst

Stadt statt Staat

Illusionen von Global- und Mega-Cities

von **Michael Mönninger**

Mega-Cities, die großen Städte und Ballungszentren, gelten als schmutzig, laut und lebensfeindlich. Dennoch zieht es viele Menschen vom Land in die Metropolen, denn diese bieten oft die einzige Chance auf Arbeit, Ausbildung und Gesundheitsversorgung. Und die Entwicklung der wachsenden Städte zeigt zudem, daß dort weniger Raum und Ressourcen verbraucht werden als in den Vorstadtsiedlungen und Kleinstädten des Nordens.

► Als im neunzehnten Jahrhundert in Europa die Befestigungsmauern geschleift wurden, sahen die Städte paradiesischen Zeiten entgegen. Befreit von der Enge der alten Bollwerke, so predigten die Modernisten aller Länder, sollten sie sich endlich in die Landschaft ausdehnen und jedem Besucher der neuen Garten- und Trabantenstädte ein bißchen von jenem Freiraum geben, der zuvor nur Adligen auf ihren Landsitzen vorbehalten war. Der Traum von der Überwindung der Zentralstadt beflügelte in den zwanziger Jahren die größten Geister. So entwickelte der Schweizer Kunsthistoriker und Architekturpropagandist Siegfried Giedion sein Konzept der raum-zeitlichen Stadterfahrung: Durch Dauermobilität verliere der Mensch jeden festen Bezugspunkt und bewege sich durch die Stadtlandschaften wie durch kubistische Kunstwerke. Und der große amerikanische Architekt Frank Lloyd Wright entwarf sein Gartenstadtmodell der endlos ausgedehnten »Broadacre City«, deren Raum ebenfalls nur noch durch Bewegungszeit erfahrbar ist.

Die Logik des Verkehrs

► Solche Prophezeihungen klingen gerade heute überaus plausibel. Auf den westlichen Wohlstandsinseln ufern die Städte durch wachsende Wohnflächen und fortwährende Randwanderung und Zersiedlung immer mehr zu Stadtregionen aus. Tag für Tag werden in der Bundesrepublik 1,2 Quadratkilometer Freiraum mit neuen Straßen und Siedlungen bebaut. Aber noch entscheidender als diese privaten Ansprüche an neue Flächen und Wohnstandorte ist die ökonomische Globalisierung. Die Wirtschaft lagert ihre Produktionsstätten in alle Welt aus; Standortfragen gelten nunmehr als überholt. Die beste Erklärung hierfür liefert der amerikanische Soziologe Robert Fishman. Für ihn liegt das ganze Geheimnis der Stadtgeschichte in der Logik des Verkehrs begründet: »Weil früher der Transport langsam und kostspielig war, mußte die traditionelle Stadt eben die Menschen und die Ressourcen an einem einzigen Punkt konzentrieren.« Im Zeitalter des Massenverkehrs hingegen könnten sich die Städte ohne jede räumliche Beschränkung ausdehnen. Zentren wie London, New York und Tokio hält Fishman für Auslaufmodelle; sie glichen eher dem Antwerpen des sechzehnten Jahrhunderts (dem Handelszentrum des damaligen Europa) als modernen Stadtlandschaften.

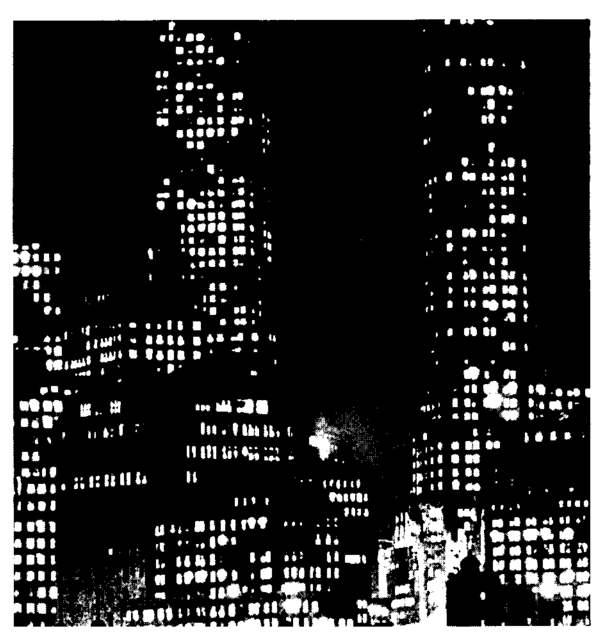
Die Ansicht, daß Standorte keine Rolle mehr spielten und jede Zentrenbildung überholt sei, entpuppt sich im weltweiten Vergleich allerdings als extrem westliche Perspektive. Und als eine ausgesprochen kulturbetonte zugleich, die nicht einmal die

Stadtökonomie vor der eigenen Haustür berücksichtigt. Denn die räumliche Zerstreuung von Fabriken, Lagern, Zulieferern und Märkten täuscht darüber hinweg, daß gleichzeitig mit dem Verfall der alten Industriezentren neue internationale Kommandostellen des Kapitalmarktes und der Finanzindustrie entstanden sind. Diese Antwerpen des 21. Jahrhunderts haben heutige Stadtforscher noch gar nicht in den Blick genommen. Betrachtet man den Sitz der fünfhundert größten multinationalen Konzerne und Banken als Gradmesser, ist die gesamte Weltwirtschaft heute auf drei Orte konzentriert: New York, London und Tokio. Seit 1997 zählt auch Hongkong dazu, weil dort der Wirtschaftsgigant China bereits sein gesamtes Steuerungspotential versammelt hat und es nun endlich auch entfalten kann. Und diese Hitliste wird bald um ein weiteres Dutzend Global Cities von Frankfurt am Main bis São Paulo wachsen.

In solchen Superzentren gibt es eine enorme Konzentration von Kapitalbesitz und Kontrollmacht. Denn die Globalisierung der Ökonomie kann nur funktionieren, so die New Yorker Stadtforscherin Saskia Sassen, wenn neue Ballungszentren mit ungeheurer Dichte entstehen. Doch läßt sich die Macht dieser Städte nicht mehr allein an der Präsenz von Großfirmen messen. Deren zunehmende ökonomische Zersplitterung in Unterfirmen, Beteiligungsgesellschaften und Share-Holding-Einheiten wird nämlich immer unüberschaubarer. Sassen hält es für weitaus wichtiger, zu untersuchen, wie diese Firmen ihre Macht und Kontrolle selbst herstellen. Um die Außenstellen und Absatzmärkte in aller Welt kontrollieren zu können, wächst in den sogenannten Global Cities neben den Finanzzentralen und Finanzdienstleistern eine neue städtische Industrie von Consulting-, Kontroll- und Informationsdiensten heran. Ihre Aufgabe ist das Long distance Management, die Fernbedienung der Weltwirtschaft. Zu diesen »Producer Services« zählen auch Werbeagenturen, Anwaltskanzleien, Softwarefirmen, Hotelketten, Transportunternehmen und unzählige andere nichtproduzierende Zulieferbetriebe, das heißt Dienstleistungen für Dienstleister, deren Wertschöpfung mittlerweile höher ist als die der Industrieproduktion.

Trend zur unipolaren Stadt

► So bleiben die Entscheidungszentralen in den Global Cities trotz aller räumlichen Zerstreuung weiterhin von der Großstadt mit ihren hochqualifizierten Dienstleistern und verfügbaren Dienstboten abhängig. Selbst in ihrer Extremform liefert die Global City den Beleg für die These des französischen Philosophen Henri Lefèbvre, daß Städte nicht nur der Raum der Produktion und mithin ökonomisch bedingt, sondern auch Produzentinnen ihres eigenen Raumes sind. Er dachte dabei nicht allein an Bauwerke, sondern an gesellschaftliche Räume, Sozialverbände, innovative Milieus und eine intellektuelle Atmosphäre, die es nur in Städten gibt. Zwar weiten sich die peripheren Stadtlandschaften immer mehr aus, aber dorthin werden meist nur niedere Dienstleister und Firmen entlassen, die konventionelle Standardprodukte für begrenzte Märkte herstellen. Alle Theorien von der Stadtauflösung durch die neuen Informations- und Kommunikationstechniken entpuppen sich angesichts der Global Cities als schlichtweg falsch. Dieser Irrtum ist deshalb besonders gefährlich, weil die Global Cities ungeheure Gefahren bergen. Während die Städte früher von den Nationalstaaten abhingen, übernehmen sie heute deren Rolle als internationale Knotenpunkte der Handelsbeziehungen, ihr Aufstieg ist gar direkt mit der Schwächung der Nationalstaaten verknüpft. Das bislang stabile Gleichgewicht eines multipolaren Städtesystems in Europa und Nordamerika wird zunehmend durch die Dominanz einzelner Städte bedroht, so daß ein Charakteristikum von Entwicklungsländern – die klare Vorrangstellung einer unipolaren Stadt – eines Tages auch für die Länder der Ersten Welt zutreffen könnte.



Warten auf King Kong?

Die Wachstumsraten dieser Superzentren liegen mittlerweile weit über denen ihres jeweiligen Landes, weil sie ihren Aufstieg dem Verfall älterer Wirtschaftszweige verdanken. So wie New York über die einst mächtige Autokapitale Detroit triumphierte, so wurde die »Toyota City« Nagoya längst von Tokio und die Industrieregion rund um Manchester von London überflügelt. Die Überprofite der Service-Industrien sind laut Saskia Sassen direkt mit dem Ruin traditioneller Produktionssektoren verknüpft. Mit dem Aufstieg hochbezahlter Dienstleistungsberufe – von Anwälten, Banken, Programmierern – geht eine massive Abwertung anderer Beschäftigungszweige einher. Der Anteil miserabel bezahlter Servicejobs ohne gewerkschaftliche Organisierung, von Reinigungsfirmen bis zu den sogenannten Sweat-Shop-Industrien im Hinterhof, wird immer größer. Das deutlichste Indiz für diese soziale Polarisierung sieht die Stadtforscherin Sassen in dem großstädtischen Phänomen des Kunstmarktes, der nur durch die Extremgehälter der Spitzenverdiener entstehen konnte. Andererseits werden große innerstädtische Gebiete von ethnischen Minderheiten in Besitz genommen und zum Schauplatz einer staatlich nicht mehr kontrollierbaren, informellen Schattenökonomie.

Die Globalisierung wird sich in nur wenigen Städten abspielen, weil die gigantische Komplexität der Wirtschaftsflüsse eine ebenso große Hierarchie der Zentralstellen erfordert und räumliche Zerstreuung das gesamte System gefährden würde. Deshalb fallen immer mehr Weltregionen aus diesen Wachstumsbranchen heraus. So warnt der amerikanische Stadtforscher Manuel Castells davor, daß die meisten Städte nicht mehr durch »soziale Ausbeutung«, sondern durch »funktionale Irrelevanz« geschädigt werden: »Wir werden einen Tag sehen, an dem es ein Privileg sein wird, ausgebeutet zu werden, denn noch schlimmer als Ausbeutung ist es, ignoriert zu werden.«

Harmonisches Land – gefährliche Stadt?

► Aber nicht nur die Global Cities widersprechen den gängigen Theorien der Stadtauflösung. Nach über zweitausend Jahren Dominanz des abendländischen Stadtmodells sind vor allem die Riesenagglomerationen in Fernost und in den Entwicklungsländern dabei, die vorherrschende Stadtform für das 21. Jahrhundert abzugeben. Solche



»Funktionale Irrelevanz« Foto: I.C. Hendel

Ballungsgebiete entstehen deutlicher als je zuvor durch die Abstimmung mit den Füßen. Von 1950 bis heute stieg in der Ersten Welt die Zahl der Großstädte mit mehr als einer Million Einwohnern von 49 auf 112 an. Die Entwicklungsländer verzeichneten im gleichen Zeitraum ein explosives urbanes Wachstum von 34 auf 213 Millionenstädte. Und trotz aller Gefährdungen scheint sich dort unter weitaus schwierigeren Bedingungen ein stadtkulturelles Erbe zu erhalten, das die Bewohner der westlichen Industriestaaten mit vollen Händen zum Fenster hinauswerfen. In einem anderen Sinne ist das, was Manuel Castells »funktionale Irrelevanz« nennt, für eine Gruppe von Stadtforschern an der New York University ein bevorzugtes Betätigungsfeld. Während sich die Stadtökonomen hauptsächlich mit der internationalen Wirtschaftskraft der Global Cities beschäftigen, untersuchen sie in den Riesenstädten vor allem der Dritten Welt ganz andere Produktivitäten. 1987 gründeten sie in New York das »Mega-Cities-Project«, in dem mittelerweile vierzehn der weltweit 23 Megastädte mit über zehn Millionen Einwohnern organisiert sind. Diese privat finanzierte Organisation vertritt die provokante These, daß Riesenstädte wie Mexiko City, São Paulo oder Kalkutta keine Betriebsunfälle der Weltgeschichte, sondern die einzige Lebensform darstellen, die der Bevölkerung ein Minimum an Lebensstandard und Sicherheit geben kann. Das widerspricht nicht nur sämtlichen Prognosen über den Untergang der Mega-Cities, sondern auch der offiziellen Entwicklungshilfe, die weltweit nur knapp zwanzig Prozent ihrer Mittel für Großstadtprojekte ausgibt. Das größte Hindernis für die Mega-Cities sind die Vorurteile. »Die meisten Politiker und Planer glauben immer noch, daß das Landleben harmonisch und das Stadtleben gefährlich und ungesund sei«, ärgert sich Janice Perlman. Die New Yorker Anthropologin ist Leiterin des Mega-Cities-Verbandes. 1968 hat sie ein Jahr lang im Catacumba-Slum von Rio de Janeiro gearbeitet und ist seitdem überzeugt: »Die Riesenstädte haben genug Energie, Kreativität und Ressourcen, die aber nicht richtig genutzt werden.« Das Mega-Cities-Project geht schlicht von der Tatsache aus, daß drei Fünftel der Landbevölkerung in der Dritten Welt vor allem deshalb in die Städte ausgewandert sind, weil sie dort immer noch bessere Ausbildungs- und Arbeitschancen, Nahrungsmittel und Einrichtungen zur Gesundheitsvorsorge finden als auf dem Land. Und je größer die Stadt ist, so Janice Perlman, desto größer sind diese Vorteile.

Die Stadt ist Unheil und die Stadt ist Rettung

Über die Gründe der Landflucht, wie die Mechanisierung der Landwirtschaft, ökologische Katastrophen oder eine ungerechte Bodenverteilung, wollen die Mega-Cities-Vertreter nicht lange spekulieren. Sie wissen nur, daß sämtliche großen Stadtauflösungsprogramme – etwa Maos Zwangsumsiedlung von zwanzig Millionen Städtern auf das Land zu Beginn der sechziger Jahre – gescheitert sind, weil alle Menschen schließlich doch zurückkehrten. Während sich Innovationen im globalen Konsumgüterbereich rasend schnell verbreiten, funktioniert dieser Marktmechanismus in der Stadtpolitik nicht. Nach Janice Perlmans Berechnung vergehen durchschnittlich 25 Jahre, bis neue Ideen der Stadtbewohner von den Regierungen aufgegriffen werden. Ein krasses Beispiel: Die wilden Siedlungen, Favelas und Shanty-Towns am Stadtrand der Mega-Cities wurden jahrzehntelang regelmäßig von Bulldozern planiert. Mittlerweile haben nicht nur Vertreter des Mega-Cities-Project erkannt, daß die Hüttensiedlungen nicht das Problem, sondern die Lösung sind. Und jetzt kümmert sich sogar die Weltbank, die sonst nur Großprojekte unterstützt, um diese Siedlungen. Zum ersten Mal gibt sie den wilden Siedlungen von Kampung in Jakarta Geld, um sich ihren okkupierten Flecken Land zu kaufen, und finanziert sogar den Straßenbau, die Wasserversorgung und die Müllabfuhr. Immer mehr Politiker erkennen, daß Mega-Cities nicht nur ein gewaltiges Potential für das alltägliche Krisenmanagement, sondern insgesamt die besten Chancen für einen sparsamen Umgang mit Ressourcen und Flächen bieten. Zudem ist seit 1970 ein deutlich langsameres Stadtwachstum festzustellen: Wuchsen die Megastädte von 1950 bis 1970 jährlich um fünf Prozent, so waren es von 1980 bis 1990 nur noch drei Prozent. Laut einer UN-Prognose von 1980 sollte es bis zum Jahr 2000 insgesamt 58 Megastädte mit über fünf Millionen Einwohnern geben, eine Zahl, die in der Berechnung von 1987 auf 35 korrigiert werden mußte.

Ähnlich wie das Mega-Cities-Project hat das Worldwatch Institute in Washington bereits 1991 in einem weltweiten Ländervergleich die Ansatzpunkte umweltverträglicher Planungen zusammengestellt. Überraschenderweise geht daraus ein Idealbild ökologisch und sozial vertretbarer Siedlungsformen hervor, das eine verblüffende Ähnlichkeit mit traditionell vorindustriellen Städten aufweist. Denn Flächenfraß, Verkehrschaos, Verschmutzung, Energieverschwendung und die damit verbundene Umweltzerstörung sind genuin städtische Probleme, die hauptsächlich von der Stadtauflösung und der Zersiedlung ganzer Landschaften herrühren. Die dichte, kompakte Stadt, die ihre Räume und Ressourcen sparsam nutzt und ihre Verkehrs- und Menschenströme bündelt, erweist sich immer mehr als urbanistisches Zukunftsideal. Aber gerade die Erste Welt hat die größten Schwierigkeiten, sich von der Illusion zu verabschieden, daß es mit der Verteilung von Raum und Reichtum in den aufgelösten Vorstadtlandschaften immer so weiter gehen könne. Allen modernistischen Hoffnungen auf die Überwindung der Stadt zum Trotz verschwindet dieses Thema am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts nicht von der Tagesordnung, sondern taucht in zwei neuen Extremformen wieder auf. Global Cities und Mega-Cities vereinen die Pole im Kulturstreit über das Urbane: die Stadt als Unheil und die Stadt als Rettung.

Der leicht gekürzte Beitrag ist zuerst erschienen in: Walter Prigge (Hg.): Peripherie ist überall. Edition Bauhaus. Campus Verlag, Frankfurt a. M. 1998.

▶ **Michael Mönninger** ist Architekturkritiker und Redakteur der Berliner Zeitung.





Magischer Urbanismus

Die »Lateinamerikanisierung« der US-Metropolen

von **Mike Davis**

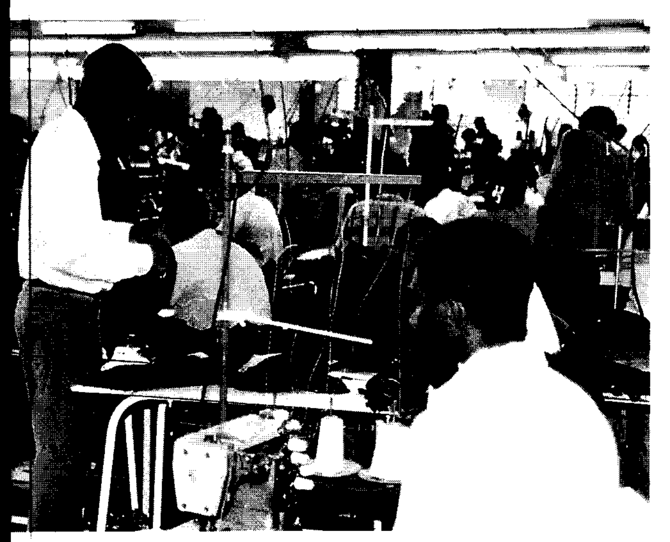
Die Migration aus Lateinamerika in die USA hat sich durch die Verschärfung sozialer Gegensätze einerseits und den erleichterten Reise- und Kommunikationsverkehr andererseits in den letzten Jahren grundlegend verändert. Das Leben findet zunehmend in zwei parallelen Welten statt: In den Heimatregionen der MigrantInnen und in den Communities amerikanischer Vorstädte – beide verbunden zu »virtuellen Dörfern«. So finanzieren die Auswanderer in ihren Heimatdörfern Schulen und Krankenhäuser, gleichzeitig gewinnen sie innerhalb der US-amerikanischen Gewerkschaften an Bedeutung.

► In sechs der zehn größten US-amerikanischen Städte (New York, Los Angeles, Houston, San Diego, Phoenix und San Antonio) leben inzwischen mehr Latinos als Afro-AmerikanerInnen. In Los Angeles, Houston und San Antonio sind sie sogar noch vor der nicht-hispanischen weißen Bevölkerung die größte Community. Diese folgenreiche »Lateinamerikanisierung« der mittleren und größeren Städte der USA stützt sich auf eine Bevölkerung mit spanischen Nachnamen, die jährlich um eine Million Menschen anwächst und somit das fünffache des allgemeinen Bevölkerungswachstums erreicht.[1] Die Hysterie der weißen US-AmerikanerInnen konzentriert sich dabei vor allem auf die angeblich »unbegrenzte« Einwanderung. Doch selbst wenn morgen ein Einwanderungsstopp verhängt werden sollte, würde sich die erheblich jüngere Latino-Bevölkerung (das Durchschnittsalter beträgt 26 Jahre) weiterhin proportional stärker als die schwarze und die nicht-hispanische weiße Bevölkerung (deren Durchschnittsalter 37 Jahre beträgt) entwickeln.

Ähnlich wie die asiatischen EinwandererInnen favorisieren Latinos ganz eindeutig die großstädtischen Zentren als Wohnorte, wodurch die Vorurteile über das Chaos der Metropolen von einer mehrheitlich suburbanen weißen Bevölkerung noch verstärkt werden. Mit Ausnahme der mexikanischen MigrantInnen, die vielerorts von Kalifornien bis Michigan auch das kleinstädtische Leben bestimmen, konzentrieren sich die wichtigsten Latino-Gruppen in den zwanzig größten Städten der USA. Alleine in Los Angeles und New York lebt circa ein Drittel aller spanisch-sprechenden BewohnerInnen. Demzufolge kann sich Los Angeles auf die Fahnen schreiben, die weltweit zweitgrößte mexikanische, guatemaltekische und salvadorianische Community zu beherbergen, während New York City damit angibt, die »wahre« Hauptstadt von Puerto Rico zu sein. Im vorherrschenden binären Diskurs innerhalb der US-amerikanischen Öffentlichkeit ist die historische Bedeutung dieser Transformation der städtischen Landschaft bisher jedoch noch nicht zur Kenntnis genommen worden. Die zunehmend von Asiaten wie auch Latinos bestimmte Dynamik der gegenwärtigen Großstadt wird weiterhin in der altmodischen Schwarz-Weiß-Optik wahrgenommen. So wurden z.B. die Rodney-King-Riots in Los Angeles County 1992 fast überall als Konflikte zwischen Schwarzen, Weißen und KoreanerInnen interpretiert, obwohl die Mehrheit der Verhafteten spanische Nachnamen hatte. Als 1994 75.000 junge Latinos überall in Kalifornien auf die Straße gingen, um gegen die rassistische *Proposition 187* zu demonstrieren, wurde der größte SchülerInnenprotest in der Geschichte des Bundesstaates von den nationalen Medien praktisch totgeschwiegen. Ein vergleichbarer politischer Protest von schwarzen oder weißen Jugendlichen dagegen wäre mit Sicherheit sofort zu einer mittleren Sensation aufgebaut worden.

Transnationale Vorstädte

► 1982 zerstörte ein furchtbarer Brand einen ganzen Wohnblock in der Nähe von Downtown Los Angeles. Es herrschte allgemeine Verwunderung, als die ermittelnde Feuerwehr herausfand, daß die mehreren hundert Bewohner des Blocks alle ehemalige Nachbarn aus einem einzigen Dorf, El Salitre, im mexikanischen Bundesstaat Zacatecas waren. Die Feuertragödie hatte ein zentrales Strukturmerkmal der neu entstehenden Latino-Metropole enthüllt: Die Substanz der neuen spanisch-sprechenden städtischen Nachbarschaften bilden nicht nur Individuen oder Familienhaushalte, sondern immer stärker ganze transnationalisierte Communities. Wichtig ist, zwischen alten und neuen Mustern der Kettenmigration zu unterscheiden. Die Vorhut der männlichen Migranten mußte in ihren Stadtteilen oder auf dem Arbeitsmarkt Nischen schaffen oder finden, um spä-





Pull-Faktoren im Migrationsprozeß

Fotos: J. Holst

ter ihre Landsleute aus ihrem Familienclan oder ihrem Heimatdorf nachzuholen. Diese Nischen und Netzwerke wurden über die Jahre und Jahrzehnte zu einem unschätzbaren »sozialen Kapital« für die zurückgebliebenen Communities, da sie ihnen erlaubten, Arbeitslosigkeit zu exportieren, neue Qualifikationen zu erwerben, ihre finanziellen Ressourcen aufzubessern und sich in gewisser Weise gegen die Brutalität und Unberechenbarkeit der Natur und des Weltmarktes abzusichern.

In der Vergangenheit wurden sie meist von jungen Männern am Leben erhalten, die in die USA gingen, hart arbeiteten und dann oftmals mit einem kleinen Vermögen und als lokale Helden in ihre Heimat zurückkehrten. Eine beträchtliche Minderheit blieb natürlich auch schon damals für immer auf der anderen Seite der Grenze und hat im Laufe der Zeit ihre Familienangehörigen in die Staaten nachgeholt. Aber das vorherrschende Migrationsmuster von MexikanerInnen in den 70er Jahren, das dem der Italiener im 19. Jahrhundert ähnelte, bestand aus der temporären Auswanderung von Arbeitskräften. Schließlich führten die Schuldenkrise in Mexiko und die grausamen Bürgerkriege in El Salvador und Guatemala zu einem gewaltigen Bedeutungszuwachs der sogenannten »Push-Faktoren« im Migrationsprozeß. Unabhängig von den ökonomischen und rechtlichen Rahmenbedingungen im Aufnahmeland USA (einer der zentralen sogenannten »Pull-Faktoren«) zwang die schiere Notwendigkeit des Überlebens immer mehr Menschen auf den zunehmend schwierigen und gefährlichen Weg Richtung Norden. Eine wachsende Anzahl junger Frauen schloß sich der Wanderungsbewegung an, genauso wie arbeitslos gewordene Facharbeiter, Akademiker und deklassierte Selbstständige. Zur gleichen Zeit brachte die Reform des Einwanderungsgesetzes 1986 sowohl erhebliche Vorteile (eine Amnestie für mehr als 2,5 Millionen vormals »illegale« EinwanderInnen) wie auch wesentliche Nachteile (Sanktionen für Arbeitgeber und eine Militarisierung der Grenze) mit sich, so daß sich immer mehr WanderarbeiterInnen dauerhaft in den USA niederließen.

Die etablierten Teile der Latino-Communities begannen, in ihre Wohnungen und Häuser, in die College-Ausbildung ihrer Kinder und in kleine Unternehmen zu investieren. Diese Entwicklung wurde fälschlicherweise als Zeichen für eine abnehmende Identifikation mit traditionellen Kulturen und Heimatländern interpretiert. Vielmehr sah sich ein Großteil der MigrantInnen gezwungen, sich immer mehr auf der nördlichen Seite der Grenze zu verschanzen, nur um ihre umkämpften sozialen Identitäten auf der südlichen Seite der Grenze verteidigen zu können. Mehr als jemals zuvor bilden die in die Heimat überwiesenen Migradollars (nach Schätzungen zwischen acht und neun Milliarden jährlich in den 90er Jahren) die zentrale Lebensgrundlage für viele ländliche Communities in Zentralamerika. Ein Ergebnis der zunehmenden »Inkorporation der MigrantInnenkulturen in das recht anpassungsfähige Gewebe des lokalen sozialen Systems« ist die effektive Transnationalisierung von ganzen Communities und Dörfern.[2] Diese neue Logik der sozialen Reproduktion – unter den Bedingungen einer rapiden und manchmal auch katastrophalen globalen Restrukturierung – zwingt die traditionellen Communities dazu, Besitz und Bevölkerungen zwischen zwei unterschiedlichen ortsverbundenen Existenzen auszubalancieren. Ökonomische und kulturelle Nabelschnüre verbinden heute Hunderte lateinamerikanischer und karibischer Lokalitäten dauerhaft mit ihren Gegenstücken, den städtischen Nachbarschaften in den Vereinigten Staaten. In dem Maße, wie die Communities im Auswanderungsland zum integrierten Bestandteil der Ökonomie der MigrantInnen-Metropolen wie auch der ihres eigenen Nationalstaates werden (ein Prozeß, den einige Forscher inzwischen »Nortenización« nennen), werden sie de facto zu »transnationalen Vorstädten und Stadtteilen« von New York, Los Angeles, Chicago und Miami. Es handelt sich hierbei nicht nur um eine reine Metapher. Dieser Vorgang, der vielmehr reale und radikal neue soziale und geographische Verbindungen verlangt, muß gerade von den Communities und Haushalten, die von den globalen Marktgesetzen zuallererst als »überflüssig« erklärt worden sind, Tag für Tag neu geschaffen und aufrechterhalten werden. Ironischerweise werden diese kommunalen Überlebensstrategien am wirkungsvollsten von all jenen Technologien unterstützt, die man in der Regel mit Prozessen der Globalisierung und der Ent-Lokalisierung identifiziert.

Tatsächlich haben sich die (ehemaligen) BewohnerInnen des Dorfes Ticuani im mexikanischen Bundesstaat Puebla, die nun in Brooklyn leben, in einer Art »virtuellem Dorf« neu eingerichtet. Alle wesentlichen kommunalen Angelegenheiten werden in wöchentlichen Konferenzschaltungen zwischen den Dorfältesten in Brooklyn und Mexiko diskutiert und entschieden. Verbindungen zur alten Heimat werden durch Familienausflüge und der Teilnahme an Dorffesten regelmäßig erneuert, während leidenschaftlich ausgetragene Rivalitäten zwischen den Volleyball-Teams der MigrantInnen in Brooklyn einen Beitrag zur kollektiven ticuanensischen Identitätsbildung in New York leisten. Gleichzeitig erhalten die loyalen Dorfmitglieder in der Diaspora ihre lebenswichtigen Transfers von Migradollars nach Hause aufrecht. Seit 1970 hat das Ticuani Solidarity Committee in New York City weitreichende Modernisierungsmaßnahmen in ihrem Heimatdorf finanziert: den Bau zweier neuer Schulen sowie die Renovierung der Kirche und mehrere Verwaltungsgebäude.

Auf der Markroebene stellen die durchorganisierten und mit der Ticuani-Gemeinschaft vergleichbaren Assoziationen und Fraternidades eine anpassungsfähige Infrastruk-

tur in den heutigen US-amerikanischen Metropolen dar. In Los Angeles z.B. haben Tausende ZapotekInnen aus Oaxaca nicht nur ihre lokalen Heiligen und Madonnen mitgebracht, sondern auch ihre traditionellen Dorfregierungen en bloc in die innerstädtischen katholischen Kirchengemeinden verpflanzt. »Die Zapoteken überlisten die Slumlords, indem sie aus einer gemeinsamen Kasse und mit dem Segen der Kirche Appartmentgebäude aufkaufen und mehrere Namen auf den Verträgen eintragen lassen. Ihre Räte haben ein gemeinsames Sparvermögen für Schul- und College-Gebühren eingerichtet, was den MigrantInnen erlaubt, ihre Kinder auf Universitäten zu schicken, von denen ihre oftmals armen und ungebildeten Eltern in der Vergangenheit nur träumen konnten.«[3] Innerhalb dieser transnationalen Netzwerke kommt es recht häufig vor, daß die einzelnen Individuen in den von ihnen bevölkerten Parallelwelten einen vollkommen unterschiedlichen sozialen Status besitzen. Die Stadt San Miguel el Alto in Jalisco z.B. hat über Jahre flexible Arbeitskräfte für Palm Springs in Kalifornien bereitgestellt. Während der Hochsaison im Winter und Frühling ist praktisch die ganze männliche Bevölkerung nach Norden gezogen, um in dem berühmten Urlaubsort mitten in der Wüste in den zahlreichen Steakhäusern, Restaurants, Hotels und Country Clubs zu arbeiten. Wenn sie nach Jalisco zurückkehren, wandelt sich ihre soziale Stellung erheblich. Ein Korrespondent der Los Angeles Times war verblüfft, als er bei einem Besuch in San Miguel feststellen mußte, daß Kellner und Bedienungshilfen dort in »Villen« wohnen und von ihren Nachbarn als Don angesprochen werden.

Ein inhärentes Problem der Kettenmigration jedoch sind eine Reihe unbeabsichtigter Folgen des Exports von Migradollars und sozialer Probleme aus den USA in die Herkunfts-Gemeinden der MigrantInnen. Angesichts der extremen Unterschiede zwischen den gewalttätigen Straßen der US-amerikanischen Innenstädte und den gewöhnlich friedlichen Dorfwelten im ländlichen Zentralamerika liegt hier eine virulente Gefahr. (Selbst in der mexikanischen Grenzstadt Tijuana, die in den USA oftmals als Hölle des Verbrechens und des Verderbens wahrgenommen wird, beträgt die aktuelle Mordrate nur ein Zehntel der ihrer wesentlich wohlhabenderen kalifornischen Nachbarstadt San Diego.) Gemäß einer lokalen Strafverfolgungsstrategie, die immer stärker auf Massendeportationen (gewöhnlich ohne ein Gerichtsverfahren) von Gangmitgliedern ohne US-amerikanische Staatsbürgerschaft setzt, wurden in den letzten Jahren Tausende enttäuschter und mittelloser Jugendlicher aus Los Angeles nach Mexiko, Belize, El Salvador und Gutatemala abgeschoben. Das Ergebnis ist eine sich ausbreitende und ursprünglich im städtischen Kontext entstandene Gewalt in vormals ländliche Gebiete. In der Kleinstadt Quezaltepeque in El Salvador (13.000 Einwohner) gab es im Jahr 1997 z.B. dutzende Morde infolge eines exportierten Gangkrieges zwischen Repatriados aus Los Angeles' 18th Street und den Mara Salvatrucha Sets. In anderen Fällen sind abgeschobene Jugendliche – teilweise mit Automatikwaffen, Handgranaten und Feuerwerfern vom Schwarzmarkt ausgerüstet – als Söldner von einflußreichen mexikanischen und kolumbianischen Drogenhändlern aufgetreten.

Die Armutsfalle

► Wie war es möglich, daß das rapide Wachstum der städtischen Latino-Bevölkerung gerade in einem Zeitraum stattfinden konnte, in dem die meisten US-amerikanischen Großstädte eine Phase der massiven Deindustrialisierung und Arbeitslosigkeit durchliefen? Die simple und beliebte Antwort vieler konservativer Politiker lautet: Die neuen MigrantInnen haben den einheimischen ArbeiterInnen eine ganze Reihe von Jobs einfach weggenommen. Eine kürzlich veröffentlichte Untersuchung der fünf wichtigsten EinwandererInnen-Metropolen ist zu dem Ergebnis gekommen, daß MigrantInnen in der Regel entweder in den Beschäftigungsnischen unterkommen, die erst durch die Einwanderung geschaffen worden sind, oder in den Bereichen eingestellt werden, die von den einheimischen ArbeiterInnen auf dem Weg zu besser bezahlten Jobs in den Vorstädten aufgegeben worden sind. Das heißt, MigrantInnen ersetzen die Einheimischen zwar in bestimmten Beschäftigungszweigen, sie verdrängen sie jedoch nicht.

Eine aktuelle Studie über Migrationsbewegungen fand heraus, daß 1996 elf Prozent der neu eingewanderten Familien mit einem Jahreseinkommen von weniger als 5.000 Dollar eindeutig unter die Armutsgrenze fielen, während ihr Anteil an den Ärmsten der Armen 1990 noch 5,5 Prozent betrug. Die Reform des Einwanderungsgesetzes von 1986 (IRCA) brachte zwar 2,5 Millionen einstmals »illegalen EinwandererInnen« eine Arbeitserlaubnis und das Anrecht auf Staatsbürgerschaft, Millionen andere, die nicht die Bedingungen für die Amnestie erfüllten und nach dem festgesetzten Datum ins Land gekommen waren, wurden jedoch zu rechtlosen Parias. Die Einführung von Sanktionen gegenüber den ArbeitgeberInnen hat ihre Beschäftigungsmöglichkeiten auf die miesesten Jobs innerhalb der städtischen Schattenökonomie beschränkt und gleichzeitig die Dog-Eat-Dog-Konkurrenz untereinander vorangetrieben. Hinzu kommt, daß Latinos und AsiatInnen die US-amerikanischen Großstädte just zu einem Zeitpunkt neu bevölkern, in denen die Parlamente ihre sozialen Aufgaben



Werkstatt informeller Netze

über Bord werfen, Sozialhilfe streichen, Krankenhäuser schließen, öffentliche Beschäftigung reduzieren und die Staatseinnahmen in die wachsenden Vorstädte investieren. Das durchschnittliche Jahreseinkommen von mehr als 30 Millionen Latinos in den USA ist zwischen 1989 und 1996 um 3.000 Dollar gesunken. In dieser Statistik ist vor allem die Armut der neu eingewanderten MigrantInnen erfaßt, doch auch die in den USA geborenen Latinos haben erheblich an Einkommen eingebüßt. Einer kürzlich veröffentlichten Studie über 34 ethnische Gruppen in der Greater Los Angeles Area (14,5 Millionen EinwohnerInnen) zufolge betrug das Durchschnittseinkommen von in den USA geborenen mexikanischen Männern (Chicanos) 1959 noch 81 Prozent des Einkommens von nicht-hispanischen weißen Männern, 1990 dagegen nur noch 61 Prozent. (Bei Migrantinnen fiel der Anteil im Vergleich zu weißen Frauen von 81 auf 51 Prozent.) Angesichts solch krasser und zunehmender Ungleichheiten ist die Suche nach größerer wirtschaftlicher und politischer Macht zu einem kategorischen Imperativ für die städtische Latino-Bevölkerung geworden.

Doppelte Staatsbürgerschaften

► Latinos gelten nach Meinung fast aller politischer BeobachterInnen als der »schlafende Drache« im US-amerikanischen politischen System. Mit Ausnahme der Exil-KubanerInnen in Miami sind Latinos vom politischen und öffentlichen Leben in den meisten städtischen Ballungszentren mehr oder minder ausgeschlossen. Mehr als acht Millionen Erwachsene (von insgesamt 18,4 Millionen Latinos im wahlfähigen Alter) besaßen 1996 noch nicht einmal die grundlegenden Bürgerrechte. Die lange Geschichte der politischen Marginalität der Latino-Communities scheint sich jedoch ihrem Ende zu nähern. Die aktuelle Welle von rassistischen politischen Kampagnen hat eine bemerkenswerte



Foto: J. Holst

Gegenreaktion innerhalb der Latino-Bevölkerung herausgefordert. (In der US-amerikanischen Geschichte gibt es hierfür einen legendären Präzedenzfall: Den gewaltigen Anstieg der katholischen und jüdischen Wählerschaft als Reaktion auf das Anwachsen des Ku Klux Klan während der Präsidentschaftswahlen 1928.) Im ganzen Land beantragen spanischsprechende MigrantInnen in bisher beispiellosen Zahlen die US-amerikanische Staatsbürgerschaft. Unter dem Andrang von mehr als 2,5 Millionen asiatischen und hispanischen BewerberInnen sind die Einbürgerungsbürokratien inzwischen fast schon zusammengebrochen. Insbesondere für MexikanerInnen ist der Weg zur Wahlurne in den USA durch das kürzlich vom mexikanischen Kongreß verabschiedete Gesetz zur doppelten Staatsbürgerschaft vereinfacht worden. 1997 wurden 255.000 mexikanische MigrantInnen eingebürgert.

In dem Moment, in dem sich demographisch machtvolle Latino-Communities aufmachen, ihre Ansprüche auf eine bessere Schulausbildung ihrer Kinder und mehr Stellen im öffentlichen Dienst anzumelden, finden sie sich in einem politischen Dilemma wieder: Angesichts gewaltiger fiskalischer Haushaltskrisen geraten sie immer stärker in einen erbittert geführten Konkurrenzkampf mit der lokalen Führerschaft der afro-amerikanischen Bevölkerung, die sich weigert, von ihren hart erkämpften Errungenschaften an andere Gruppen etwas abzugeben. Die alte Bürgerrechts-Koalition zwischen Schwarzen und Latinos, die zum ersten Mal während progressiver Kampagnen in den 40er Jahren zum Einsatz kam und in den 80er Jahren von Jesse Jackson neu begründet wurde, ist in den 90er Jahren daher fast überall im Land auseinandergebrochen.

Wie in den 30er und 60er Jahren hängen substantielle Reformen des politischen Systems insgesamt weniger von erfolgreichen Wahlmanövern ab, sondern vielmehr von den sozialen Kämpfen im Stadtteil und am Arbeitsplatz. Und ohne die Bedeutung der lokalen Auseinandersetzungen um Wohnungsfragen, Bildung oder Themen der Inneren Sicherheit mißachten zu wollen, bleibt der erfolgreiche Kampf der Gewerkschaften die zentrale Hoffnung für den Großteil der städtischen Latino-Communities. Aber auch in diesem Bereich gibt es eine lange Geschichte der Frustration und Enttäuschung. Über Jahrzehnte haben die Funktionäre der ArbeiterInnenbewegung wenig mehr als heuchlerische Lippenbekenntnisse abgegeben, wenn es um die Rechte und die Organisierung der hispanischen ArbeiterInnenschaft ging. Seit Ende der 80er Jahre jedoch haben hispanische AktivistInnen aus der ArbeiterInnenbewegung einen Durchbruch erreicht, sowohl auf der Betriebsebene wie auch bei internen Machtkämpfen und Gewerkschaftswahlen. Insbesondere Los Angeles County mit mehr als 500.000 hispanischen FabrikarbeiterInnen und 1,5 Millionen Latino-Beschäftigten innerhalb der Dienstleistungsindustrien ist zum Epizentrum und Schauplatz dramatischer MigrantInnenaufstände und -streiks geworden. Seit der Kampagne Justice for Janitors der Hausmeister und des Reinigungspersonals in den Wolkenkratzern von Downtown und Century City Ende der 80er Jahre wird Südkalifornien von Arbeitskämpfen erschüttert, bei denen Latinos in der ersten Reihe stehen: 1990 die Streiks in den Werken von American Racing Equipment, 1992 die besonders militanten Arbeitskämpfe der Steinmetze und Sandstrahlarbeiter, 1995 der Streik der Hotelangestellten des New Otani, 1996 der Streik von Tausenden von Hafenarbeitern, 1997 der erfolgreiche Arbeitskampf der Beschäftigten in der Tortilla-Fabrik Mission Guerrero und die aktuelle Organisierungskampagne der Gewerkschaften bei Guess Jeans. Dank der entschlossenen Unterstützung von Bürgerrechtsgruppen und MigrantInnenorganisationen, liberalen Geistlichen und hispanischen College-StudentInnen ist es gelungen, mit innovativen Kampfformen zahlreichen Arbeitgebern den Schlaf zu rauben.

Die beeindruckenden Energien der Basis, die in diesen Kämpfen freigesetzt wurden, beeinflußten sowohl die Lokalregierungen wie auch die Politik der Arbeiterbewegung. 1997 z.B. hat sich der Los Angeles City Council gegen den Willen von Bürgermeister Riordan einem Dutzend anderer Städte (darunter San Francisco und Baltimore) angeschlossen, indem er eine »Living-Wage-Verordnung«[4] für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst und in den Vertragsfirmen verabschiedete. GewerkschaftsaktivistInnen versuchen heute ihren Mitgliedern und den Menschen in den Stadtteilen verständlich zu machen, daß die Militanz der ArbeiterInnenbewegung die einzige denkbare und nachhaltige Alternative zu kurzfristigen und hauptsächlich von Verzweiflung angetriebenen Gewaltexplosionen (wie z.B. während der Rodney-King-Riots) darstellen kann. Ihrer Argumentation zufolge können auch die »post-industriellen« städtischen Ökonomien – unabhängig von den düsteren Einschätzungen zahlreicher Geographen und Stadtsoziologen – über kollektive Arbeitskämpfe um höhere Löhne und mehr Gerechtigkeit erfolgreich restrukturiert werden. (Auch wenn die Rückkehr zum »verlorenen Paradies« des Nachkriegs-Fordismus ausgeschlossen erscheint). Zudem sei die erfolgreiche Organisierung am Arbeitsplatz immer noch der effektivste Weg, um die politische Repräsentation der sozio-ökonomischen wie auch der kulturellen und sprachlichen Rechte der Latino-Bevölkerung sicherzustellen. Dies klingt nach einer sehr überzeugenden, wenn auch recht traditionellen linken Argumentationsweise. Ob die neuen Mobilisierungsversuche der Gewerkschaften im Bündnis mit Community-Organisationen der Latino-Bevölkerung tatsächlich eine Chance bieten, ihrer politischen Marginalisierung in den städtischen Ghettos und der Armutsfalle zu entgehen, wird sich nur in praktischen Experimenten in Brooklyn, Houston, Chicago oder Südkalifornien beweisen lassen. Nur weitere soziale Kämpfe werden zeigen können, ob die neu entstehende städtische Latino-Mehrheit in den US-Metropolen Hoffnungsträger für eine städtische Erneuerung darstellt oder nur das ruinöse Erbe schon längst vollzogener Niederlagen antritt.

Der Text ist die gekürzte Fassung eines Aufsatzes, der in Kürze in voller Länge in Davis, Mike: Casino Zombies, Verlag Schwarze Risse, Berlin 1999 erscheinen wird. Übersetzung: Britta Grell.

Anmerkungen:

1 Vgl. National Center for Health Studies: Birth of Hispanic Origin, 1989-1995, Washington D.C. 1998.

2 Vgl. Conway, Dennis / Jeffrey Cohen: Consequences of Migration and Remittance for Mexican Transnational Communities, in: Economic Geography Vol. 74, No. 1 (Januar 1998), S. 26-44.

3 O'Connor, Marie: Zapotecs in Los Angeles, in: Los Angeles Times 25. März 1998.

4 Als Reaktion auf den Druck eines breiten Bündnisses aus Gewerkschaften und Community-Organisationen haben sich zahlreiche Lokalregierungen der sogenannten Living-Wage-Kampagne angeschlossen. Weil der gesetzlich festgeschriebene Mindestlohn (derzeit in den USA 5,15 US-Dollar pro Stunde) zur Lebenssicherung nicht ausreicht, wurden Vertragsfirmen (und Unternehmen, die von den Regierungen Subventionen erhalten) in Los Angeles dazu verpflichtet, einen Mindestlohn von 7,50 US-Dollar pro Stunde zu bezahlen.

► **Mike Davis** unterrichtet Stadtsoziologie am »Southern California Institute of Architecture«

Im Zentrum sind die Anderen

MigrantInnen im informellen Sektor gehören zur Ökonomie der modernen Städte

von **Saskia Sassen**

Globale Prozesse hinterlassen ihre Spuren in den Großstädten. Auf engstem Raum driften Reichtum und Armut auseinander. Während sich in den städtischen Zentren die Kommandofunktionen der globalen Märkte bündeln, kämpfen nebenan die Deklassierten mittels Dienstleistungen um ihr materielles Überleben. Das Verhältnis von Kapital und Arbeit erhält in der Global City ein neues Gesicht. Die Wirtschaft wächst und mit ihr die Informalisierung als eine wesentliche Ressource des Kapitalismus.

► In New York bestimmen gegenwärtig zwei Größen den Prozeß der Entstehung und Aneignung des städtischen Raums: der innerstädtische Komplex der Konzerne und die Communities der Einwanderer. Diese zwei sich sozial wie räumlich gegenüberstenden Formen des Urbanen treten in immer mehr Großstädten der entwickelten Länder auf. Sie zeigen zum einen, wie sich Macht und Ohnmacht in die Stadtlandschaft einschreiben. Zum anderen sind mit ihnen verschiedene Diskurse verbunden. Der Komplex global agierender Dienstleistungsfirmen und hochbezahlter Arbeitskräfte mit ihrem teuren Lifestyle wird gewöhnlich für die Essenz der modernen post-industriellen Ökonomie gehalten. Sie steht für technologischen Fortschritt und kosmopolitische Kultur und stellt eine ganz neue Spielart des Internationalismus dar. Demgegenüber stehen die Gemeinden der MigrantInnen in den Städten – oder spezifischer, die Träger der informellen Ökonomie. Sie werden als unzugehörig (weil wirtschaftlich und kulturell rückständig) angesehen, und – obwohl von ihren Wurzeln her international – als lokale, einheimische Kollektive wiederhergestellt. Jenseits von »race und gender«[1] erscheint mittlerweile »Marginalität« als auffällige Kategorie der neuen Kultur- und Identitätspolitiken.

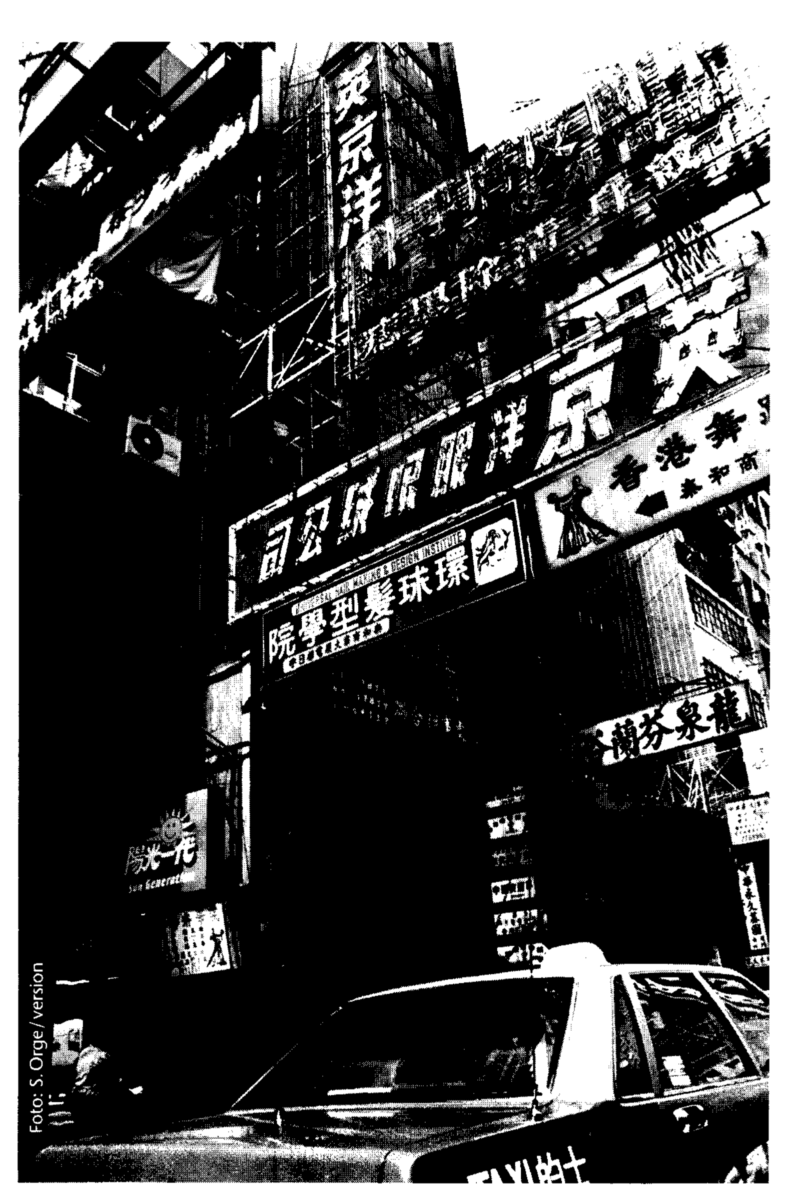


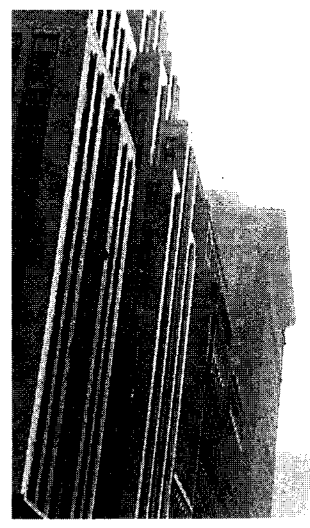
Foto: S. Orge/version

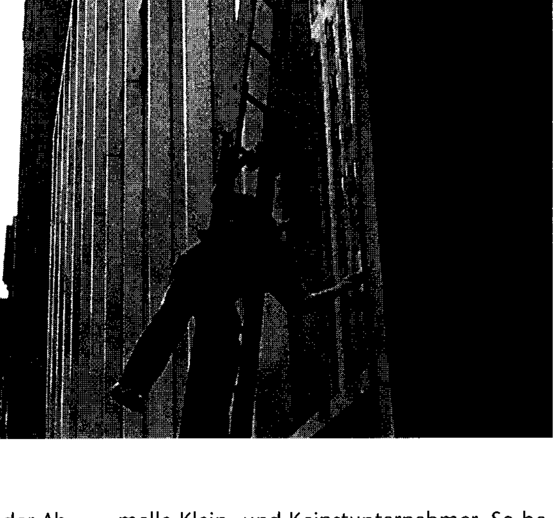
Informelle »gipsy cabs«

► Diese Marginalität hat ihren wirtschaftlichen Ort vor allem in der informellen Ökonomie. Unter »informeller Ökonomie« werden hier Einkommen schaffende Aktivitäten verstanden, die durch fehlende staatliche Regulation charakterisiert sind. Nach Dekaden einer deutlichen Verringerung und zeitweise sogar der scheinbaren Eliminierung ungeregelter Erwerbsarbeit, sehen heute einzelne Fälle informeller Arbeit in hoch entwickelten Ländern denen früherer Perioden ähnlich; dies, obwohl die Theorien der modernen Ökonomien – ob neo-klassisch oder marxistisch – eine schrittweise Eingliederung aller Aspekte der Arbeit in formelle Marktbeziehungen vorsehen und postulieren, daß die informellen Produktionsverhältnisse und informellen Einkommen mit fortschreitender Entwicklung verschwinden würden. Handelt es sich also bei der informellen Ökonomie lediglich um eine marginale Sphäre, die marginale Unternehmen mit billiger Arbeitskraft versorgt oder bilden sich Bestandteile der informellen Ökonomie gerade mit den bedeutendsten Wachstumssektoren neu heraus?

Ein Großteil des Anwachsens der informellen Ökonomie in den US-Städten ist in den Communities der Einwanderer angesiedelt. Dies hat zu der Erklärung geführt, die Informalisierung sei auf den massiven Zustrom der Dritte-Welt-MigrantInnen und deren Nachbildung von typischen Überlebensstrategien aus ihren Heimatländern zurückzuführen – kurz gesagt, das Wachstum der informellen Ökonomie werde von einem Angebot kulturell spezifisch geprägter Arbeitskräfte hervorgerufen. Verwandt mit dieser Ansicht ist die Behauptung, daß rückständige Sektoren der Ökonomie wegen der Verfügbarkeit billiger eingewanderter Arbeitskraft rückständig bleiben oder am Leben erhalten werden.

Wenn die informelle Ökonomie aber als Ausdruck extremer »Rückständigkeit« präsentiert wird, stellt sich die Frage, worauf







Dienstleistungen vor Ort

dann ihr Anwachsen in der modernen urbanen Ökonomie beruhen soll. Zwar kann es für MigrantInnen durchaus günstig sein, die Möglichkeiten wahrzunehmen, die die Informalisierung besonders für gemeinschaftlich Arbeitende (etwa im Familienzusammenhang) bietet. Aber diese Möglichkeiten werden nicht unbedingt durch die MigrantInnen selbst erzeugt. So erfordert die Steuerung globaler ökonomischer Aktivitäten durch die Konzerne der World City[2] gerade ein großes Spektrum der Produktion von Dienstleistungen, reproduktiven und »organisatorischen Gebrauchsgütern«. Konzentriert man sich also einmal nicht allein auf die großen multinationalen Konzerne auf der globalen Bühne, dann gerät die Unmenge kleiner Firmen in den Blick, die mit der Produktion jener Dienste beschäftigt sind, ohne die globale Steuerung und Koordination nicht ausgeübt werden kann. Sichtbar wird zum einen, wie die Informalisierung entsteht und zum anderen, wie diese neue Grundlagenindustrie – mit ihren Subunternehmern, Zulieferern, Netzwerken und andereren Schlüsselkomponenten – organisiert ist.

In vielen hochentwickelten Industriesektoren der Global Cities führt der Wettbewerbsdruck direkt zu einer Nachfrage nach billiger informeller Produktion. Damit soll der durch niedrige Arbeitskosten in Dritte-Welt-Ländern bedingten massiven Konkurrenzsituation begegnet werden. Außerdem benötigen die hochdynamischen Sektoren der städtischen Ökonomie Zugang zu lokalen Herstellern, die bestimmte Arten maßgefertigter Produkte für Firmen wie für Haushalte liefern. Die Mode-Industrien in N.Y., London, Paris oder Tokyo sind etwa für die Herstellung vieler Waren auf flexible Produzenten in nächster Nähe angewiesen. Statt also vor Ort aufwendige eigene Produktionsstätten zu errichten, wälzen sie zum Bespiel die hohen Bodenkosten ab und greifen zu Formen informeller Produktion. In solchen Fällen stellt die informelle Arbeit eine krasse Form von Ausbeutung dar.

Die Marginalisierten verwirklichen die Visionen vom »guten Leben« der neuen Mittelklasse

Neben dem Zugang zu billiger Arbeitskraft ist bei vielen Firmen, die sich in der Maßanfertigung engagieren oder mit Subunternehmern operieren, weiterhin der Warenabsatz mitbestimmend für die Standortwahl. Die Nachfrage, die sie decken, ist lokal und typischerweise an spezielle Klientel oder Abnehmer gebunden. Die kurzen Umsetzungsfristen zwischen Planung und Produktion erfordern deren räumliche Nähe. Es entsteht eine Unzahl örtlicher Abhängigkeiten. Für diese Firmen ist die Stadt nicht nur ihr Standort, sondern gleichzeitig ihr Markt. Sie für einen preisgünstigeren Standort zu verlassen, ist keine Option. Hier stellt die Informalisierung eine mögliche Form der Eingliederung in ein ökonomisches System dar, das geprägt ist von sehr unterschiedlicher Zahlungskraft der Firmen und einem steilen Anwachsen der Nachfrage nach Raum.

Es lassen sich weitere informelle Aktivitäten erkennen, die aus der Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen der übergeordneten Ökonomie resultieren: Das gilt für den größten Teil der informellen Arbeit in der Bekleidungs-, Möbel-, Bau-, Verpackungs- und Elektronikindustrie. Eine große Quelle der informellen Ökonomie stellen auch gentrifizierte Gegenden dar.[3] Schließlich lassen sich die Visionen von einem »guten Leben«, wie sie der neuen Mittelklasse vorschweben, die die Stadt zum größten Teil verlassen hat, nicht allein durch ihr hohes Einkommen befriedigen. Es sind zu einem großen Teil die Marginalisierten, die informell die erforderlichen Dienste leisten und die entsprechenden Güter produzieren. In diesen Gegenden werden umfangreiche Tätigkeiten in Renovierungs-, Umbau- und kleineren Neubaumaßnahmen, Holz- und Installationsarbeiten nachgefragt. Der oft geringe Umfang der Arbeit, die Arbeitsintensität und der hohe Anteil der Facharbeit sowie die auf kurze Zeit befristete Natur jedes Projektes fördern deren Informalität.

Zudem besteht vor allem in Gegenden mit einer Bevölkerung niedrigen Einkommens häufig ein ungenügendes Angebot von Dienstleistungen und Gütern durch den formellen Sektor. Solche Lücken füllen informelle Klein- und Keinstunternehmer. So bedienen etwa die »gypsy cabs« Gegenden, die von regulären Taxis nicht angefahren werden. Zu diesen Unternehmen zählen auch informelle Kindertagesstätten, Werkstätten für Billigmöbel, informelle Autoreparaturen und viele andere Anbieter von Gütern und Dienstleistungen.

Die Neueroberung der Stadt

► Diese sich in den Großstädten ausbreitenden kleinen, flexiblen Betriebe sind von einer Form der Arbeitsorganisation geprägt, die sich deutlich vom großen Maßstab der standardisierten Firmen unterscheidet, für die eher die Vereinheitlichung und das lange Festhalten an bestehenden Regelungen charakteristisch sind. Die Verbreitung der kleinen Firmen zeigt an, daß Teile der Produktion in die Stadt zurückkehren und daß an ihr Umfeld gebundene Unternehmen zur gleichen Zeit typisch werden, in der angeblich die Firmen des globalen Marktes die wirtschaftliche Struktur der Stadt allein bestimmen.

Die Strukturen der Einwanderergemeinden fördern die Verbreitung kleiner Betriebe. Sie bieten Netzwerke von Arbeitskräften, die sowohl flexibel als auch verläßlich und billig sind. Zu ihren Qualitäten gehören besondere Fertigkeiten und unternehmerische Erfahrung, da viele in ihren Heimatländern Handwerker waren, sowie Arrangements der gegenseitigen Hilfe, die für die Absicherung des benötigten Kapitals wesentlich sind. Durch diese Merkmale werden die Communities zu Schlüssel-Standorten eines Firmensortiments, das eigentlich für den Mainstream-Markt, für spezielle Boutiquen, für größere Unternehmen oder Endabnehmer produziert.

So konzentriert sich innerhalb der großen Städte ein weites Spektrum ökonomischer Aktivitäten, die zur Produktion und Reproduktion der Konzernmacht beitragen. Und hier haben die Einwanderer ein Billig-Äquivalent

der Gentrifizierung des weitgehend »vervororteten« Mittelstandes hervorgebracht: Stadtteile, in denen sich einst vernagelte Schaufenster und verlassene Gebäude drängten, sind zu auflebenden Geschäfts- und Wohngegenden geworden. Diese Verbesserungen entsprechen nicht den konventionellen Vorstellungen, die in den Erfahrungen der Mittelklasse wurzeln. Ihre Formen, Farben und Geräusche sind neu, und sie sind, ebenso wie die kosmopolitische Arbeitskultur der neuen Professionals, ein Ausdruck der Internationalisierung der Global Cities.

Die Anhäufung informeller Geschäfte sowie die wachsende Größe und Komplexität der Communities erzeugen Angebot und Nachfrage nach einem breiten Spektrum von Gütern, Dienstleistungen und Arbeitnehmern. Es entsteht eine Eigendynamik, die weitere Unternehmer zum Zuzug veranlaßt. Autohändler-Distrikte oder Gruppierungen von regulären und informellen Geschäften entstehen in Gegenden, die nicht für den Gewerbebetrieb ausgewiesen sind, aber für die Unternehmer einen der wenigen überlebensfähigen Standorte darstellen, die der gestiegene Raumbedarf den höher Bietenden übrig gelassen hat. Die Existenz einer ziemlich unterschiedlichen Gruppe informeller Firmen, die verschiedene Quellen der Arbeitskraft nutzen, kann die Einstiegskosten für sich neu ansiedelnde Unternehmen senken und damit als ein Faktor bei der weiteren Expansion der informellen Ökonomie wirken.

All dies zeigt, daß die Informalisierung verschiedenster Tätigkeiten zunehmend zu einem charakteristischen Merkmal der Wirtschaftsstruktur von größeren Städten zu zählen ist. Ein großer Teil der informellen Ökonomie entsteht also nicht aus der Immigration und den Überlebensstrategien der Immigranten, sondern ist das Resultat von ökonomischen Veränderungsprozessen in Städten wie New York. Dabei stellen die Communities der MigrantInnen jedoch eine »günstige« lokale Struktur dar, von der aus spezifische Unternehmenstypen gegründet werden können, die dem Bedürfnis der übergeordneten Ökonomie entsprechen, und von der aus nach den mehr oder weniger attraktiven Jobs gegriffen wird, die durch die Informalisierung der Ökonomie entstehen.

Leere Drohungen mit der Standortwahl

▶ Trotz der Existenz der Vielzahl verschiedener Produktionsformen und Angeboten von Dienstleistungen gelten immer noch die Konzerne und die neue transnationale »corporate culture« als die Repräsentationen der ökonomischen Globalisierung. Dieser dominante Diskurs suggeriert, daß Raum keine Bedeutung mehr besitze, daß Firmen dank der Telematik[4] nicht ortsgebunden seien, sondern sich frei bewegen könnten. Diese Argumentationslinie entwertet die Städte genau in dem Augenblick, in dem sie zum Feld einer neuen Kulturpolitik werden. (Und sie ermöglicht es den Konzernen, die größten Konzessionen bei den Stadtverwaltungen mit der Bemerkung herauszuholen, sie könnten einfach abwandern – obwohl gerade dies für einen großen Komplex von Firmen unmöglich ist.)

Deshalb wurde im vorangegangenen auf der einen Seite die strategische Bedeutung der Städte als Kommandostellen, globale Marktplätze und Produktionsorte der Informationsindustrie dargestellt – auf der anderen Seite jedoch der Abwertung vieler Sektoren der urbanen Ökonomie entgegengetreten und gezeigt, daß diese nach wie vor wichtige Funktionen für das Zentrum erfüllen. Damit soll zunächst die Bedeutung der Städte und des städtischen Raums in einem globalen ökonomischen System gegenüber dem Diskurs der Raumungebundenheit wieder herausgestellt werden. Außerdem gilt es aber, die Bedeutung jener entwerteten Sektoren hervorzuheben, die weitgehend auf der Arbeit von Frauen, Migranten und – im Fall der großen US-Städte – der Afro-Amerikaner und Latinos beruhen. Die dazwischen liegenden Sektoren der Wirtschaft und der mittlere Sektor der städtischen Bevölkerung können die Städte verlassen oder haben dies bereits getan. Die beiden, die geblieben sind, das Zentrum und die »Anderen«, finden in der Stadt das strategische Terrain für ihre Operationen.

Anmerkungen:

1 Sassen, S., Überlegungen zu einer feministischen Analyse der globalen Wirtschaft. In: Prokla 111, S. 199-216, 1998

2 Sassen, S., The Global City: New York, London, Tokyo. Princeton University Press, 1991

3 Gentrification (von gentry = niederer Adel und wohlhabendes Bürgertum) bezeichnet den sozialen Aufstieg von Teilen der ehemaligen Mittelklasse. In der Stadtsoziologie ist damit der Prozeß der »Aufwertung« von Quartieren bei gleichzeitiger Verdrängung niedriger Einkommensschichten gemeint.

4 Telematik steht für die Integration von Informationstechnologie und Telekommunikation.

▶ **Saskia Sassen** ist Professorin für Stadtplanung an der Columbia University, New York. Der Text wurde von Thomas Cernay aus dem Englischen übersetzt, redaktionell gekürzt und bearbeitet.

Gartenstädte

▶ Zwanzig bis dreißig Prozent der Nahrungsmittel Afrikas stammen aus »städtischer Landwirtschaft«. Weltweit, so eine Studie der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO), ernähren sich etwa 800 Millionen Menschen vorwiegend durch den Anbau von Gemüse, Getreide und Obst in der Stadt. »Auf der Suche nach Nahrung haben viele Arme in den Großstädten der Dritten Welt inzwischen selbst die Initiative ergriffen. Ob an Straßenrändern, in Gärten, auf Balkons, auf allen möglichen freien Plätzen und Parzellen bauen sie an, was sie zum Überleben benötigen.« (Welternährung, Zeitung der Deutschen Welthungerhilfe) Darüberhinaus haben sich zahlreiche landwirtschaftliche Intensivbetriebe in Stadtnähe angesiedelt, wo Gemüse, Geflügel, Milch und Eier erzeugt werden. »Ohne die städtische und stadtnahe Landwirtschaft wäre die Versorgung von Städten wie Manila, Kairo und Rio de Janeiro, in die täglich schon mindestens 6000 Tonnen Nahrungsmittel geliefert werden müssen, wohl längst zusammengebrochen«, glaubt der Medienreferent der FAO, Erwin Northoff.

Moderne Trümmer

▶ Die moderne Stadtplanung geht von einem Zentrum aus, von dem aus sich die Metropole zu den Rändern hin ausdehnt, eine Peripherie bildet und schließlich ins Ländliche übergeht. Meist ist der Stadtkern entsprechend »historisch«, sprich: alt, an den Rändern dagegen »wächst« Neues. Auch **Kuala Lumpur**, die Hauptstadt Malaysias, hatte sich bis in die 70er Jahre »fast ausschließlich im Bestand entwickelt und verändert. Dann aber begann der radikale Umbau, dessen Tempo bis heute nur Steigerung erfahren hat. Die Neubauten von heute sind die Ruinen von morgen. Kuala Lumpur ist eine Stadt moderner Trümmer, ein perfektes Baalbek, an einem Tag erbaut, am anderen schon verfallen« (Frankfurter Rundschau). Die Halbwertszeit der Gebäude, Straßen und Brücken, der gesamten Infrastruktur, hat sich unter dem Druck des Marktes erheblich verkürzt. Für neue Investoren werden Pläne geändert, Baugenehmigungen erteilt und ganze Viertel umstrukturiert. Wo vor kurzem noch die Pferderennbahn war, entstehen jetzt Büro-, Einkaufs-, Freizeit- und Hotelbauten. Gerade fertiggestellte Zentren müssen schon wieder dem neuesten Trend der Shopping Malls weichen: »eine Stadt, von der man nie erwartet, daß sie fertig wird«.

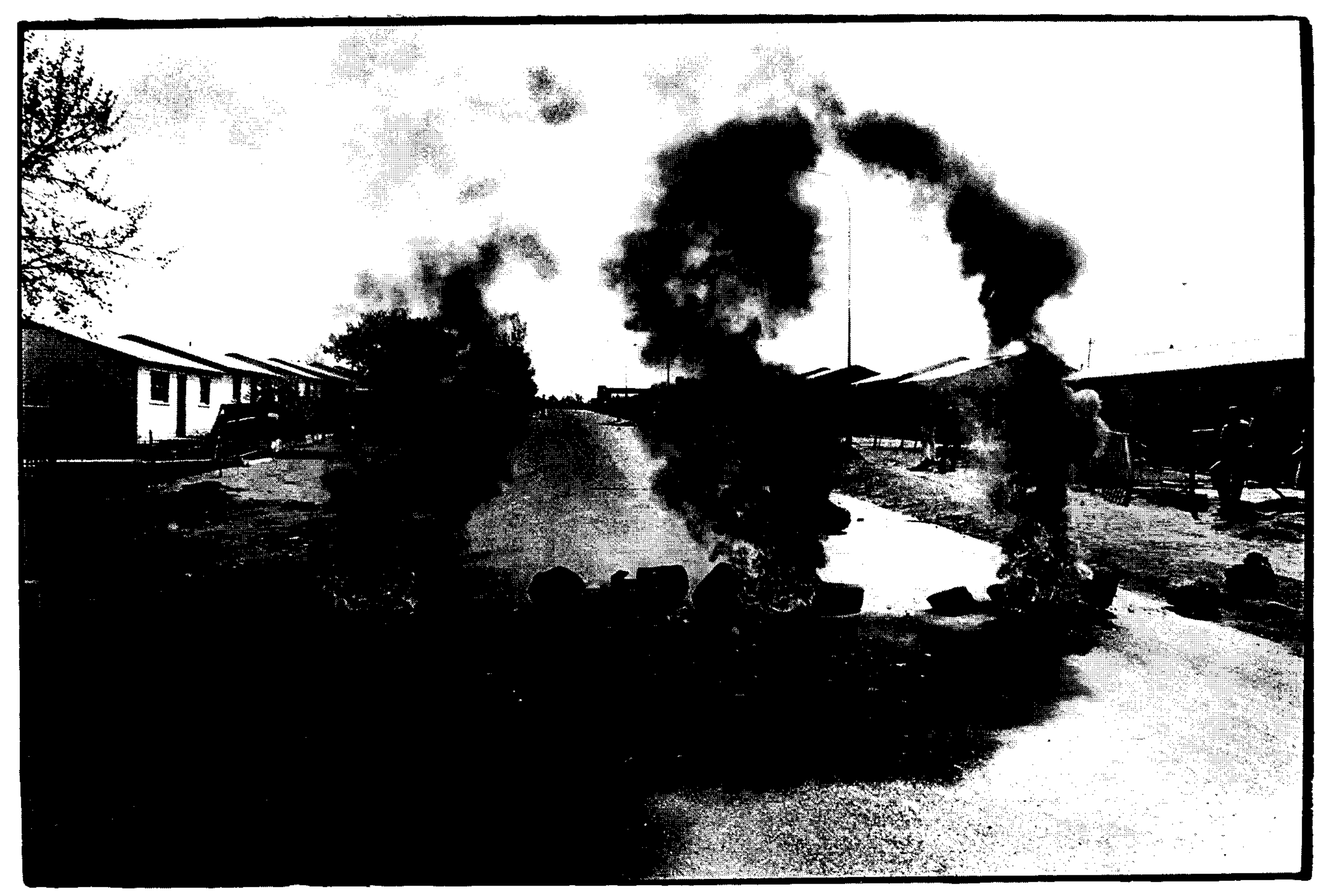


Foto: R. Bosch / EMW-Archiv

Räumliche Befestigung sozialer Ungleichheit
Identitätsbildung durch Segregation

von **Winfried Rust**

Lange galt Segregation als ökonomische und rassistische Ausgrenzung – perfekt organisiert im Apartheid-Staat Südafrika oder eher »zufällig« durch die extreme Armut in den Slums großer Städte. Inzwischen werden der räumlichen Trennung zuweilen auch emanzipatorische Aspekte zugeschrieben. Die Ghettos böten soziale Sicherheiten, informelle Netzwerke und Schutz vor rassistischen Übergriffen. Segregation und Multikultur sind aber in jeweils unterschiedlicher Ausprägung Resultate ethnischer und sozialer Zuschreibung.

► Soziale Ausgrenzung ist räumlich allein nicht zu fassen, Armut kann versteckt und überall vorhanden sein. Alte räumliche Hierarchien werden im Zuge der Globalisierung allenfalls umgestaltet, aber nicht abgeschafft. Während zweifellos »der Süden« vom »Norden« ökonomisch und im Konsumwachstum abgehängt wird,[1] entstehen in Städten des Südens umzäunte Enklaven des Reichtums, die in schärfstem Kontrast zu verarmenden Vororten sogar in den Industrieländern stehen. Die zunehmende Polarisierung der Gesellschaft schlägt sich ebenfalls in einer Süd-Nord-Angleichung der Vertreibungspraktiken in Innenstadtbereichen nieder.[2] Auch Kapital aus dem Süden kann Niedriglohnarbeit im Norden verwerten.[3] So bewirkt die Flexibilisierung der Ökonomie eine vielfältigere Zonierung des städtischen Raums.

Ein Bereich der flexibilisierten Ökonomie ist der informelle Sektor. Der informelle Bereich ist, obwohl Ort der Armen, für sozialen Aufstieg und ökonomische Karriere durchlässig, wenn auch nur für wenige. Das ist eine wichtige Bedingung kapitalistischer Dynamik. Ökonomisch Ausgegrenzte können ihrer Situation theoretisch entkommen und die sozioökonomische Entwicklung im Rahmen der bestehenden Spielregeln mitgestalten. Prototypische Orte des informellen Sektors sind segregierte Zonen außerhalb des Bereichs sozialstaatlicher oder gar tariflicher Absicherungen. Die informelle wirtschaftliche Tätigkeit ist weit verbreitet in den Städten des Südens und zunehmend auch des Nordens. In den Großstädten der Dritten Welt haben sich Netzwerke sozioökonomischen Handelns in einem von staatlichen Regulationen wenig erfaßten Bereich entwickelt, die bis über 50% der Arbeitsplätze stellen. Arme und Zuwanderer finden hier am ehesten einen Verdienst. Zunächst wurden die neuentstehenden Vorstadtsiedlungen in Lateinamerika – sichtbare Orte des informellen Sektors – als Orte »legaler Apartheid« betrachtet.[4] Inzwischen jedoch erfolgte in der Favela-Forschung ein Paradigmenwechsel. Dem informellen Sektor

kann nämlich auch ein Potential für Wachstum, Entwicklung und für (überlebens)-wichtige soziale Netzwerke zugesprochen werden. Staatlich unbehinderte Favelas entwickeln sich zuweilen rascher als traditionelle Quartiere. Sie tun das selbstorganisiert, dereguliert, hochflexibel, innovativ. Manches bekommt »Modellcharakter«, z.B. Abfallrecycling, Bauen aus alten Baustoffen, soziale Netze statt staatlicher Wohlfahrt. Praktisch jedoch sind die meisten Peripherisierten der globalen Slumgebiete den täglich wechselnden Qualen, die Armut mit sich bringt, so umfassend ausgesetzt, daß die Rede von ihren Handelsoptionen zynisch ist. Räumliche Peripherisierung ist als Teil der materiellen Bedingungen zu sehen, die über die Zukunft der Eingeschlossenen mitentscheidet.

Segregation: Apartheid oder Nische?

► Der Niederschlag sozialer Ungleichheit im städtischen Raum, speziell in den Wohnformationen, und deren wiederum soziale Ungleichheit bestärkende Wirkung ist das Thema der Segregationsforschung.[5] Sie untersucht darüber hinaus die Auswirkung ökonomischer Umstrukturierung auf sozialräumliche Strukturen, vor allem bezüglich Ausgrenzung.[6] Die Zuwanderung in die Städte wird zunehmend erschwert, weil sie in Zusammenhang mit der Arbeitsmarktkrise gestellt wird. Diese Abwehr äußert sich sowohl institutionell, indem z.B. der soziale Wohnungsbau reduziert oder gar abgeschafft wird, als auch in der Fremdenfeindlichkeit. Dabei gilt gerade Zuwanderung als Substanz von Urbanität und Fortschritt; die Frage der »richtigen« Ansiedlungspolitik für ausländische Menschen wird folgerichtig in den Mittelpunkt gestellt. Die Kritik der Segregationsforschung richtet sich dabei vor allem auf die Integrationspolitik. Ihre auf Ghettovermeidung zielende Politik verringere nicht generell die tatsächlichen Benachteiligungen und Probleme ausländischer Menschen, sondern nur einzelner. Freiwillige Segregation dagegen führe zu einer vertrauteren Umgebung und der Möglichkeit der Herausbildung informeller Netzwerke und communities für MigrantInnen. »Aus Sicht der MigrantInnen« beziehen Forscher die Position, daß ethnisch homogene Viertel ihnen und ihrer langfristigen Integration dienlich sein können. In solchen communities hätten Neuankömmlinge weniger Schwierigkeiten bei der Umgewöhnung, Armut könnte in »informellen Netzwerken« abgefedert werden, und sie müßten ihre »kulturelle Identität« nicht rasch und einseitig an den herrschenden mainstream anpassen. Erst eine »gesicherte Identität« sei eine Voraussetzung dafür, daß man sich dem Fremden gegenüber öffnen könne, und das gelte für Neueinwanderer wie für Alteingesessene.[7]

Die Ursache der Ausgrenzung, der Rassismus, gerät dabei aus dem Blick. Die Probleme sollen duch eine Siedlungsform gelöst werden. Angesichts rassistischer Übergriffe ist es natürlich sinnvoll, wenn türkische Jugendliche als Gang auftreten und nicht vereinzelt auf die Stadt verteilt sind. Und auch für von Ausgrenzung und Armut bedrohte Menschen ist der Individualismus gefährlich. Allerdings ergibt das keine Notwendigkeit für eine ethnische Assoziation, die den Boden für weitere Ausgrenzung bereitet. Vollends unbeachtet bleibt die destruktive Dynamik, die andere ethnisierende Prozesse in den letzten Jahren hervorgebracht haben. Ethnische communities und Netzwerke schaffen immer auch Abhängigkeiten. Die Vorstellung, in die ethnischen Communities oder Großfamilien eingebunden zu sein, ist auch vielen »ausländischen« Menschen ein Graus. Gerade im urbanen Kontext sollte sich die Diskussion um zukunftsweisende solidarische Modelle daher von der althergebrachten Ethnizität »säkularisieren«. Fortschrittliche Prozesse urbaner Entwicklung finden immer dann statt, wenn in Städten andere Kulturen integriert werden, und vor allem, wenn die hegemonial vorherrschende kulturelle Identität dekonstruktiv fortentwickelt wird. Die Bedeutung »besserer« Raumkonzepte oder »richtiger« Sozialtechnik wird dabei überschätzt. Denn, zugespitzt gesagt, die Segregation us-amerikanischer Siedlungen ist Resultat fehlender Stadtplanung, und die Segregation europäischer Siedlungen Resultat existierender Stadtplanung.

Ein positiver Bezugspunkt der soziologischen Stadtforschung liegt in keynesianischen Phasen der sozialen Marktwirtschaft, in den 20er- und 50er- bis 70er-Jahren. Hier werden wohnungs- und migrationspolitisch günstige Bedingungen gesehen: Wirtschaftswachstum, Arbeitskräftebedarf, sozialpolitisch motivierte Wohnungsbaupolitik, Ausländerintegration. Allerdings war in der BRD die offizielle Meinung gegenüber den »Gastarbeitern« ebenso freundlich wie verlogen, denn als Gäste codiert hatten sie keinen Zugang zu gleicher Anerkennung. Ähnlich ambivalent ist die Geschichte des sozialen Wohnungsbaus. Ursprünglich waren Fabriksiedlungen Orte der Disziplinierung: Die frühe bürgerliche Stadtplanung brachte die Arbeitsbevölkerung zu den neuen Produktionszonen, machte die unruhigen Städte übersichtlich und befriedete sie. Die vorbildlichsten Phasen des sozialen Wohnungsbaus gab es in den 20er und 50er Jahren, als sozialdemokratisch inspirierte Siedlungen mit den Vorgaben guter Wohnversorgung, Durchmischung und Kleinteiligkeit entstanden. Dies geschah jedoch weniger im Rahmen wachsender gesamtgesellschaftlicher Gleichheit, sondern aus den Reserven der betreffenden ökonomischen Wachstumsphasen. Deshalb setzte sich dieses Wohnmodell auch nicht durch, mehr noch, inzwischen haben sich diese Anlagen wieder »entmischt« durch den Wegzug der Mittelschicht, später durch Gentrifizierung und Eigentumsbildung. Diesem Modell gegenüber waren die Großsiedlungen der 60er und 70er Jahre von vorneherein dafür prädestiniert, vorhandene soziale Ausgrenzung auf die Spitze zu treiben. Das geschah spätestens im ersten Krisen- und Polarisierungsschub Ende der 70er Jahre. Der folgende Ausstieg aus dem sozialen Wohnungsbau ist allerdings keiner Einsicht geschuldet, sondern die Fortsetzung der Ausgrenzung mit den Mitteln der Sparpolitik.

Identität des Wohnens

► Anders als die unfreiwillige Segregation in Wohngebieten gilt die freiwillige, z.B. die der Mittelschichten-Vororte, allgemein als unproblematisch. Doch auch freiwillige Segregation in ethnische oder elitäre Einheiten hat bedenkliche Ursachen und Auswirkungen. Denn der Ghettoisierung liegt die (ökonomische) Abwehr der attraktiven Bezirke gegenüber unerwünschten Personen zugrunde. Die (symbolische) Segregation (in der Innenstadt) stiftet unterschiedlichste Identitäten: die des Konsumbürgers in den Einkaufsstraßen, die von DrogenbenutzerInnen durch soziale und institutionelle Stigmatisierung oder die des Ordnungsbürgers durch die Abgrenzung von Armen. Die Abschottung der Mittel- und Oberschicht basiert auf dem Bild einer heilen, sauberen Welt: Idylle – Ordnung – Konsum. Leben in der grünen Idylle der walled city, dann mit dem Auto unter das Bürocenter fahren und arbeiten, in der mega shopping mall in die Konsumwelt eintauchen und wieder zurück nach Hause. (Im Urlaub geschieht nochmal dasselbe im Flughafen und mit der reibungslosen Verbringung in ein Feriendorf). Die feindliche Außenwelt wird zunehmend auf Distanz gehalten. Sie stärkt nur noch als Bedrohungsszenario den eigenen Lebensentwurf. Die universelle Stadt des Bürgertums wird immer mehr eine gleichgemachte Stadt. Es entsteht ein Lebensstil, der soziale Ungleichheit affirmiert und bestärkt. Die »falschen Nachbarn« sind nicht erwünscht, es bildet sich eine agressive Abschottung nebst passenden Ideologien heraus. Nachdem sich eine breite Ellbogengesellschaft gegen verächtliche »andere« Segmente der Gesellschaft zusammenfindet, verschränkt sich auf dieser Grundlage im städtischen Sicherheitsdiskurs eine Selbstzuschreibung als Opfer mit dem Auffinden von Handlungsbedarf. Das materialisiert sich bislang in wachsenden Schikanen, Vertreibung und Kriminalisierung sozial Ausgegrenzter. Der dünnen Oberfläche restziviler Mäßigung steht die schwer berechenbare Dynamik ausgrenzender Formierung gegenüber.



Jenseits des Jägerzauns Foto: E. Miller/EMW-Archiv

In solchem Kampf der Klassen oder Kulturen ist keine Option auf ihre befreiende Überwindung angelegt. Kollektive formieren sich, zusammengehalten durch das verachtete »Andere«, für ihre auf Vorteil und Hegemonie bedachten Ziele. Die weltweit anwachsenden Formationen neuer kollektiver Identität fallen zusammen mit der neoliberalen Besinnung auf das egoistische Interesse einerseits und mit ethnischen Auseinandersetzungen, Vertreibungen und Krieg andererseits. Unter solchen Bedingungen sollte die Stimulierung partikularer Interessen der Frage weichen, welche Ursachen die soziale Aggressivität und ausschließende Formierungen haben, die sich in der derzeitigen sozioökonomischen Polarisierung und steigendem Leistungsdruck und Abstiegsängsten verschärfen. Dabei muß beachtet werden, daß es Individuen sind, die handeln, initiieren, profitieren, wie ja auch das Kapitalverhältnis ein soziales Verhältnis ist. Im »widerständigen Reflex« auf die repressiven gruppenidentitären Zuschreibungen kann solcher Bezug emanzipativ sein: wenn die Überwindung der zugeschriebenen Identität, soweit möglich, mit antizipiert wird.

Bourdieu[8] stellt fest, daß sich Orte nur in der Wechselbeziehung zwischen Sozialraum und physischem Raum erkennen lassen. Die Macht über den Raum, die Kapitalbesitz vermittelt, äußert sich in verschieden angeeignetem Raum, sei es begrenzt (z.B. Ehrenplätze), situativ (Bewegungsfreiheit) oder dauerhaft (Wohnung). Ist der eigene Vorteil Leitbild der vorherrschenden Gesellschaftsformation, so ist er es auch in der Zurichtung der Umwelt. Die Nähe zu erstrebenswerten Gütern (Bildungs-, u.ä. Einrichtungen), prestigträchtige Anschrift, angenehme Nachbarn, Ruhe, Ästhetik, Sicherheit und Komfort werden zu »räumlichen Profiten«. Soziale Ungleichheit zeigt sich vielfältig im gesellschaftlich geformten Raum. Dies reicht von der Konstituierung homogener Gruppen auf räumlicher Basis, etwa in ghettoisierten Stadtteilen, bis zur dezenten Segregation der Kundenströme durch die architektonisch-symbolischen Codes in den Innenstädten.

Integration gelingt nie ganz, der Vorsprung des »eigenen« ist uneinholbar

Als Gegenstrategien zu Peripherisierung und Segregation werden häufig Integration oder Multikultur hochgehalten. Doch auch Integrationspolitik ist Identitätspolitik, weil die Integration das Ziel der Angleichung an die vorherrschende Kultur hat. Integrationspolitik ist in der Regel einseitig. Die Integration gelingt nie vollständig, der Vorsprung des »eigenen« ist erstmal uneinholbar. Das Ziel dieser Integration, z.B. die deutsche Identität, zementiert auch den Fortgang der Logik vom Ausschluß. Multikulturalität hebt diesen Kulturbegriff allerdings nicht auf. Sie versucht, solche Identitäten positiv zu besetzen, Koexistenz und gegenseitige Beeinflussungen zuzulassen. Neue Niedriglohnsektoren können mit der Zuordnung dieser Sektoren zu spezifischen Ethnien korrelieren. So scheinen dann die ItalienerInnen zum Pizzabacken prädestiniert zu sein, oder die VietnamesInnen zum Zigarettenhandeln und Nähen. Zunehmende Konkurrenz auch um informelle und Niedriglohnjobs verstärkt schichtenspezifisches Wohnen, und ethnische Zuordnungen verschärfen die schon vorhandenen sozialräumlichen Polarisierungen. Multikultur steht dem legitimierend und nicht problematisierend gegenüber. Ethnische Unterschiede werden differenziert festgeschrieben und soziale Unterschiede ethnisch erklärt. In den wohlmeinenden Diskursen um Integration versus Multikultur wird ersichtlich, wie sich in der Segregationsdebatte die fortschrittlichen Kräfte von den »Sachzwängen« der Marktwirtschaft und des Rassismus vor sich hertreiben lassen. Kulturelle Entwicklung findet hierbei zuallererst in den großen Städten statt. Denn dort verschanzen sich die handelnden Subjekte weniger hinter ihrem identitätssichernden Jägerzaun, als das auf dem Land geschieht.

Anmerkungen:

1 UNPD, Bericht über die menschliche Entwicklung, 1998
2 vgl. Jan Werlheim, Global City – Zero Tolerance, iz3w 228
3 Frank Sträter, Last Exit Los Angeles, 17°C, 9/1995
4 Hernando de Sato, Marktwirtschaft von unten, 1992.
5 Jens S.Dangschat, Sag´ mir, wo du wohnst, PROKLA 109/1997
6 Im folgenden beziehe ich mich auf: H. Häußermann, Zuwanderung und die Zukunft der Stadt, in W. Heitmeyer, Die Krise der Städte, 1998
7 H. Häußermann und W. Siebel, Die Stadt und die Fremden, taz-Dossier, 26.11.1997
8 Pierre Bourdieu, Das Elend der Welt, 1997

▶ **Winni Rust** ist Mitarbeiter des **iz3w**.

Stadt-Nomaden

▶ Die Stadt war perfekt geplant worden: Vor 40 Jahren entstand mitten in der Steppe eine Modellstadt, die zur zweitgrößten Metropole der Mongolischen Volksrepublik wurde: **Dharkan**. Mit sowjetischer Unterstützung waren Zement-, Leder- und Dosenfleischfabriken gebaut worden. Die Produkte waren vor allem für den sowjetischen Markt bestimmt. Die nomadische Lebensweise der Hirten paßte genausowenig in das sozialistische Modell wie ihre Subsistenzwirtschaft. Also wurden Wohnblöcke neben den Fabriken errichtet. »Das Wohngebiet liegt von diesen Industrieanlagen aus gegen die Windrichtung, damit es vor der Luftverschmutzung geschützt ist. Busse karrten die Arbeiter auf einer speziell dafür errichteten Hauptstraße im Morgengrauen zu den Fabriken und setzten sie jeden Abend vor einer der zwei Kaufhallen ab, die den 60.000 Bewohnern zur Verfügung standen« (der überblick 3/98). Inzwischen ist der Handel mit Rußland so gut wie zusammengebrochen, die Fabriken haben geschlossen, und die Bewohner müssen sich neue Einnahmequellen erschließen. Daher wird jetzt wieder re-umgeschult: Die Regierung unterstützt Familien, die bereit sind, wieder Nomaden zu werden. Nun treiben die ehemaligen Stadtbewohner wieder Viehherden durch die Steppen, bauen Getreide an und wohnen wieder in Jurten, den traditionellen Wohnzelten. Und zumindest dieser Trend führt sogar zu einer Wiederbelebung der Wirtschaft: Mehrere Firmen haben sich gegründet, die Jurten an Leute verkaufen, die ihre Apartements verlassen.

Zentrale Ränder

► Einkaufszentren entstehen auf der grünen Wiese, Industrie- und Gewerbeparks am Stadtrand, Villenviertel in der Vorstadt, Ghettos und Schlafstädte werden umrahmt von Freizeit- und Vergnügungsparks – die größten Veränderungen der Städte geschehen an ihren Rändern. Der Wandel der Stadt vom regionalen oder nationalen Zentrum zu einer unüberschaubaren Fläche, die scheinbar endlos in das übergeht, was einmal kontrastiv »Land« geheißen hat, wird dabei als »Amerikanisierung« der Städte bezeichnet. Die »städtische Siedlungsform ohne Stadt« läßt einen Umkehrschluß zu: **Peripherie ist überall**.

Die Bauhaus-Akademie in Dessau hat zu diesem Thema mehrere Konferenzen veranstaltet, deren Beiträge nun in einem ausgesprochen vielschichtigen und reich illustrierten Sammelband zusammengefaßt wurden. Die Auflösung der Zentren, mit der sich im ersten Teil neun Artikel auseinandersetzen, geht einher mit einer Aufwertung der Ränder, der sich zehn weitere Autoren widmen. Die Mobilität durch Autos und öffentliche Verkehrsmittel läßt dabei den Gegensatz von Stadt und Land oder von Zentrum und Peripherie mehr und mehr verschwinden, gleichzeitig prägen gerade die Verkehrswege das Bild der Stadt und ihrer Umgebung. Lange Bilderserien von Straßen begleiten denn auch die Artikel des Bandes. Aus leicht versetzter Perspektive vermitteln sie – wie ein »Daumenkino« – beim Durchblättern die Illusion einer Bewegung. Die Tristesse der Industriegebiete wird so mit einer »Peripheren Ästhetik« belegt, der im letzten und umfangreichsten Abschnitt nachgespürt wird. Der Blick auf Industriehallen und Reihenhaussiedlungen verläßt hier die Beschreibungsebene und lenkt die Perspektive durch Grundrißzeichnungen und Fotoausschnitte auf die Eigentümlichkeiten der Peripherie. Denn diese ist in erster Linie eine Kunstlandschaft. Doch »wenn sie (bislang) überhaupt qualifiziert wurde, dann als Wucherung, Wildwuchs oder Wildnis. Trotz ihrer evidenten Künstlichkeit, ihrer weitgehend von Menschenhand geschaffenen Materialität, wird die Peripherie mit Metaphern der Natürlichkeit belegt, die offensichtlich Fremdartigkeit, Unbeherrschbarkeit und Unkontrollierbarkeit suggerieren soll.« (Kai Vöckler)

Die Stadtentwicklungen führten zu »Tendenzen der Musealisierung von Innenstädten«, die »zu privilegierten Erlebnisräumen für Konsum, Freizeit und Tourismus formiert« werden. Das Leben findet zunehmend in der Peripherie statt. Diese Stadtränder sind bereits heute Zentren ökonomischen Wachstums und von Freizeit und Erholung. Es gehe nun darum, so Walter Prigge, der Herausgeber des Sammelbandes, »konkrete Visionen vom Stadtumbau« zu entwickeln, die »weder den Leitbildern von Investoren noch denen von Umweltschützern« folgen. »Ein Denken also, das die Gegensätze von Wachstum und Schrumpfung, Ökologie und Ästhetik an ihrer räumlichen Achse Stadtrand dezentriert und zu einer neuen Stadtentwicklungspolitik aufbricht.«

Die Essays und Analysen der Wirtschaftswissenschaftler, Künstlerinnen, Architektinnen und Historiker gehen das Thema Peripherie aus eben dieser Gegensätzlichkeit an. Es entsteht ein vielschichtiges Bild dessen, was unter Peripherie zusammengefaßt wird. Die Notwendigkeit einer solchen Differenzierung ergibt sich schlicht aus den Veränderungen des Städtischen: »Wenn man die Zukunft in Urbanisierungsgebilden sieht, in denen die alten Zentren keine Rolle mehr spielen, ist Peripherie ein unbrauchbares Wort« (Dieter Hoffmann-Axthelm). Mehr noch als in den Städten des Nordens, auf die sich die weitaus meisten der Beiträge beziehen, gilt dies für die Metropolen des Südens, denn »innerhalb dieser Megastädte bilden die Zentren nur Inseln in einem Meer ungeplanter traditioneller Verstädterung«.

Stephan Günther

► *Walter Prigge (Hg.): Peripherie ist überall. Campus Verlag, Frankfurt 1999. 383 S.*

Mega-Cities

► Während die Ökonomien der Länder des Südens angesichts von IWF-Strukturanpassungsprogrammen, ihrer Abhängigkeit von Exporten und der zunehmenden Öffnung ihrer Grenzen für ausländische Investitionen und Importe längst im globalen Kontext analysiert werden, werden die »Megastädte der Dritten Welt bislang auf interne Probleme bzw. auf die Position innerhalb eines Nationalstaates« untersucht. Der Sammelband **Mega-Cities** geht daher auf die »Metropolen des Südens zwischen Globalisierung und Fragmentierung« ein, indem die AutorInnen eine Weltreise durch die Großstädte des Südens unternehmen: Vor allem die asiatiaschen Metropolen – Bombay, Delhi, Bangalore in Indien, Bangkok, Jakarta und Shanhai – aber auch Nairobi, Teheran, São Paulo und Mexiko stellen sowohl nationale Zentren, als auch Orte globalen Handels und globaler Kommunikation dar. »Trotz der eindrucksvollen Vielfalt der Lebensformen in den behandelten Städten finden sich ja eindeutig Hinweise darauf, daß sich über die Welt ein immer umfassenderes Netz international standardisierter Kulturformen legt, deren elektrizistische Mischung möglicherweise, trotz der gleichzeitigen Fragmentierung und Lokalisierung, die Ausformung einer Weltkultur bzw. von Globalkulturen zumindest erahnen läßt.« Die einzelnen Beiträge gehen das Thema dabei weniger politisch-analytisch als vielmehr empirisch an. Sie sind mit zahlreichen Tabellen und Statistiken gefüttert und nicht immer leicht lesbar, dafür jedoch wissenschaftlich fundiert.

step

► *Peter Feldbauer, Karl Husa, Erich Pilz, Irene Stacher (Hrsg.): Mega-Cities. Die Metropolen des Südens zwischen Globalisierung und Fragmentierung. Brandes und Apsel, Frankfurt, 1997. 302 S.*

Stadtentwicklung »von unten«

► Die Folgen städtischer Expansionsprozesse und deren Ursachen sind Thema des im Rahmen der ASA-Studien erschienenen Bandes **Andere Städte – Anderes Leben**. Der Band bietet weniger eine umfassende theoretische Analyse städtischer Umstrukturierungen als vielmehr ganz praktische, in der Mehrheit sehr anschauliche Beiträge über Städte oder Stadtviertel des Südens. Die AutorInnen »richten ihren Blick verstärkt auf die Stadtviertel der Armen, wo bereits in Selbsthilfe vielfältige, sozial verträgliche und ökologisch nachhaltige Ansätze zur Verbesserung städtischer Lebensbedingungen entwickelt werden.« Mit Interviews und der Vorstellung von Stadtteilgruppen gelingt ein sehr anschaulicher Einblick in den Alltag der StädterInnen von Izmir (Türkei) bis Dar es Salaam (Tansania) und von Caracas (Venezuela) bis Bamako (Mali). Notwendigerweise beschränken sich die Beiträge dabei auf Einzelaspekte wie Umweltprobleme, Abfallentsorgung oder Stadtsanierung in einzelnen Vierteln. Der einleitende Beitrag von Dirk Hoffmann versucht dabei einen Brückenschlag zwischen Stadtforschung und praktischer Stadtteilarbeit, indem er empirisches Material auswertet und daraus »Perspektiven der Urbanisierung in der 'Dritten Welt'« entwickelt. Darin kommt er zwar zu dem Schluß, daß es einer »Änderung des gescheiterten westlichen Stadt-Modells« bedürfe, seine Alternativen verweisen dann jedoch nur auf die folgenden praxisorientierten Beiträge des Bandes, denn »bei den Menschen selbst liegt das größte Potential für (positive) Veränderungen.«

step

► *Peter Grohmann, Veit Hannemann, Dirk Hoffmann (Hrsg.): Andere Städte – Anderes Leben. Stadtentwicklung, Umweltkrise und Selbsthilfe in Afrika, Asien und Lateinamerika. Verlag für Entwicklungspolitik, Saarbrücken, 1995. 335 S.*

Drittwelt-Metropolen aus globaler Perspektive

▶ Werden in den Städten des Südens, in Mexiko City, Delhi oder Kuala Lumpur, »globale Dynamiken regional artikuliert, umfochten und durchgesetzt«? Die Frage nach der Bedeutung von Megastädten des Südens, die Christof Parnreiter im Einleitungsartikel der Ausgabe 4/98 des österreichischen Journals für Entwicklungspolitik stellt, wird im Folgenden aus ökonomischer, politischer und sozialer Sicht beantwortet. Die Artikel beschäftigen sich mit der innerstädtischen Polarisierung, mit Primacy-Konzepten und der Stadplanungspolitik.

Unter dem Titel »Globalisierung und Megastädte der Peripherie« führt Parnreiter in die Konzeption des Schwerpunkts ein. Spätestens seit Beginn der 90er Jahre, da mehr als zwei Drittel der Megastädte in Entwicklungsländern liegen, ist das Phänomen der Mega-Urbanisierung eindeutig zu einem Phänomen der Peripherie geworden. Auch periphere Megastädte werden von globalen Dynamiken erfaßt, argumentiert Parnreiter. Sie sind von massiven Veränderungen betroffen und erhalten ihren Platz in der »neuen Geographie« der Weltwirtschaft. Auch ihre Urbanisierungsprozesse werden von internationalen Entwicklungen beeinflußt und können daher nur aus globaler Perspektive verstanden werden. Drittwelt-Metropolen sind strategisch wichtige Orte für die Globalisierung. Da jedoch die Entscheidungsträger der Weltwirtschaft nicht vor Ort sitzen, nehmen sie in der weltweiten urbanen Hierarchie bedeutend niedrigere Ränge ein als Megastädte in den Industrienationen. Die Diskrepanz zwischen ihrer Funktion im Prozeß der Globalisierung und ihrer Machtlosigkeit bezüglich globaler Entscheidungen bildet somit ein wesentliches Merkmal von peripheren Megastädten.

Andreas Novys Beitrag »Raum-Macht – eine vergessene Kategorie der Weltstadtforschung« ergänzt Parnreiters Konzeption um nationale und politische Komponenten. Er untersucht im zweiten Teil des Artikels die Produktion von Machträumen in São Paulo, ausgehend von Altvaters Funktionsraum- und dialektischem Glokalisierungskonzept (Glokalisierung = Prozesse der Unterordnung des Lokalen unter eine globale (Verwertungs-) Logik bei gleichzeitiger Ausnutzung lokaler Spezifika). Auf schlüssige Weise zeigt er, welch entscheidende Auswirkungen die Kommunalpolitik auf die Auf- und Abwertung von Stadträumen haben kann. Parnreiters zweiter Artikel untersucht die Auswirkungen der Globalisierung auf Mexiko-City. Anhand wirtschaftlicher, sozialer und demographischer Faktoren stellt er fest, daß Mexiko-City von Wirtschaftskrise und Umstrukturierung überproportional getroffen wurde und zunehmend eine Scharnier-Funktion zwischen Globalität und Lokalität innehat.

Zu ähnlichen Schlüssen kommt Renate Strobel für die Stadtstruktur Delhis seit der wirtschaftlichen Liberalisierung zu Beginn der 90er Jahre. In der indischen Hauptstadt werden die Interessen des Marktes zwar nach wie vor von der starren Stadtplanungspolitik gebremst. Die Folgen der Liberalisierung zeigen sich aber außerhalb des Einflußbereichs des Verwaltungsapparats, d.h. in bestimmten Business-Vierteln und außerhalb der Stadtgrenzen. Insgesamt gelingt es dem Journal für Entwicklungspolitik unter neuen Blickwinkeln verschiedene Metropolen der Peripherie auf ihr Verhältnis zur Globalisierung hin zu beleuchten. Unterfüttert mit historischen und politischen Hintergrundinformationen zur jeweiligen Stadt und mit aktuellem Zahlenmaterial belegt, zeichnen die verschiedenen Analysen ein komplexes Bild verschiedener Drittwelt-Metropolen der 90er Jahre, das die unterschiedlichen Ansätze der jeweiligen AutorInnen nicht ausblendet, sondern ihnen Rechnung trägt.

Corinna Gerhard

▶ *Journal für Entwicklungspolitik 4/1998, Südwind-Buchwelt, Wien, DM 19,80*

Wachstum der Städte

▶ Wie viele Menschen leben in Städten? Bei Diskussionen auf den UN-Konferenzen sind Statistiken von zentraler Bedeutung für Entwicklungspläne, Dokumentationen, politische Rahmenstellungen und bevölkerungspolitische Planungen. Wie sehr die Zahlen dabei von den Definitionen und Zielsetzungen abhängig sind, zeigt ein Blick nach **China**. Dort ist die Städtehierarchie seit Jahrhunderten durch einen hohen Anteil von Städten »niederer Rangordnung« geprägt. Die Kategorien, nach denen Orte in Dörfer oder Kleinstädte unterteilt werden, wurden in den letzten Jahrzehnten mehrfach geändert. 1963 wurden die Voraussetzungen für die Ernennung von Zhenorten (Landstädten) durch den Staatsrat angehoben, weil generell die Meinung vorherrschte, daß »in den letzten Jahren die städtische Bevölkerung zu schnell gewachsen sei und entsprechend zu viele Shi- und Zhenstädte errichtet worden seien.« (Anweisungen des ZK, zitiert in: Heberer und Taubmann: Chinas ländliche Gesellschaft im Umbruch. Wiesbaden 1998) Mehrfach wurde die städtische Einwohnerzahl korrigiert. So hatte sich die Einwohnerzahl der Zhenstädte von 1953 bis 1983, in dreißig Jahren, von 33,7 Millionen auf 62,3 Millionen etwa verdoppelt. Innerhalb eines einzigen Jahres, von 1983 auf 1984, verdoppelte sie sich ein weiteres Mal (auf 134,47 Millionen). Bis 1994 stieg sie um das 2,4-fache auf über 300 Millionen Einwohner. Nicht das Bevölkerungswachstum oder die Migration in die Städte war verantwortlich für dieses Wachstum der Städte, sondern, so Heberer und Taubmann, »entscheidend war die veränderte Definition der Zhenorte.«

Wohnungslos – kinderlos

▶ In **Kairo** stürzen beinahe täglich mehrstockige Häuser ein. Das liegt zum einen daran, daß beim Hausbau oft an den falschen Stellen, d.h. am Zement, gespart wurde. Zum anderen daran, daß ihre Besitzer sich die notwendigen Reparaturen nicht leisten können. Das gilt auch für die Prachtbauten aus den 30er und 40er Jahren im Zentrum der Stadt. Eine der sozialsten Errungenschaften aus der Nasserzeit, die Mietpreisbindung, legte in den 50er und 60er Jahren Mieten von 10-20 ägyptischen Pfund pro Wohnung fest, damals eine nennenswerte Einnahme. Heute kann ein Hausbesitzer davon kaum die Glühbirnen im Hausflur auswechseln lassen, geschweige denn Fassaden oder Bausubstanz erhalten. Das führt unter anderem dazu, daß Wohnungen nicht an Ägypter vermietet werden, sondern am liebsten nur an Ausländer, für die die Preisbindung nicht gilt. Vielfach werden auch alte Häuser eingerissen, um an deren Stelle neue Eigentumswohnungen zu errichten. Für den durchschnittlichen Kairener sind diese Wohnungen allerdings unerschwinglich, was zu einer immensen Wohnungsnot geführt hat. Dennoch sind die Tage der Mietpreisbindung gezählt – schließlich liberalisierte die Regierung mit dem Landpacht- und dem Arbeitsgesetz in den vergangenen Jahren bereits zwei soziale Pfeiler des Nasserismus. Vielleicht steigt dann die Geburtenrate auch wieder. Die war nicht zuletzt wegen des Mangels an bezahlbarem Wohnraum leicht gefallen. Denn in Ägypten gilt: Ohne Wohnung keine Hochzeit, ohne Hochzeit keinen Sex und ohne Sex kein Nachwuchs. Findige Forscher haben daraus einen interessanten Schluß gezogen, der mittlerweile zum wissenschaftlichen Stereotyp geworden ist: Die sexuelle Frustration vieler ägyptischer junger Männer im Heiratsalter – von den Frauen ist da nicht die Rede – gilt ihnen als eine Quelle des Islamismus. *jm*



(1) Narayandas V. Parekh, Studioporträt um 1955

Snap me one!

Studiofotografie in Afrika – Ein Gespräch mit Heike Behrend

Der auf Fotografien von Missionaren, Kolonialisten, Ethnologen, Abenteurern fixierte Blick versperrte lange Zeit die Erkenntnis, daß es in Afrika seit über hundert Jahren eine florierende einheimische Berufsfotografie gibt. Der Fotoband 'Snap me one!' gibt erstmals im deutschsprachigen Raum einen breitgefächerten Überblick über die Studiofotografie in Afrika seit der Jahrhundertwende. Neun Fotografen, überwiegend aus Westafrika und Kenia, präsentieren mit ihren Werken ihre Sicht auf Afrika, seine Menschen, deren Alltag, Träume, Wünsche und Begehrlichkeiten. Die iz3w sprach mit der Mitherausgeberin des Bandes, Heike Behrend, über diese Fotografien als Dokumente und Reflexionen der afrikanischen Moderne.

► **Sigrid Weber:** *Ihre Arbeit erweckt den Eindruck, als ob sich die Fotografie in besonderer Weise dafür eignet, soziale und kulturelle Transformationsprozesse in Afrika zu begreifen. Warum räumen Sie gerade dem Medium Fotografie diese wichtige dokumentarische Rolle ein?*

► **Heike Behrend:** Die Fotografie wurde in Afrika vor allem im modernen Kontext, also in den Städten aufgenommen, und von da aus gelangte sie spätestens in den späten fünfziger und sechziger Jahren auch aufs Land. Man hat die Fotografie in Afrika auch immer als modernes Medium oder als Medium der Moderne angesehen. Deshalb hat man sie auch vor allem dazu benutzt, eine afrikanische Moderne zu erzeugen, was nicht ausschließt, sich auch als traditionelles Wesen im Foto darzustellen. Wir wissen ja, daß Traditionen Erfindungen der Moderne sind. Um es überspitzt zu sagen: Es gibt nichts Moderneres als die Tradition, da sie sozusagen als Gegenbegriff zur Moderne im Kontext der Moderne erfunden wurde. Um auf die Fotografie zurückzukommen: Sie dient als Zeichen für die eigene Modernität. Man läßt sich fotografieren, verschenkt das Foto, behält es, sammelt es, stellt sich aus um zu zeigen: Ich bin modern und kann mit diesem Medium umgehen. Man könnte die Fotos





(3) Philip Kwame Apagaya,
Wann wird es kommen?
1996

(2) Philip Kwame Apagaya,
Akwaba – Welcome
Selbstporträt um 1996

auch als Chroniken der Wünsche und Imaginationen von modernen Menschen über eine bestimmte Zeit hinweg sehen und daraus erschließen, woran sie teilhaben, woran sie denken, was sie sich wünschen.

Kann man denn von »der« afrikanischen Studiofotografie sprechen?

► Nein, das kann man sicherlich nicht. Uns ging es ja vor allem darum, die Vielfalt der afrikanischen Fotografie zu zeigen. Und ich glaube, daß uns das auch gelungen ist. Wir wollten zeigen, daß Afrikaner seit über hundert Jahren Afrikaner fotografieren. Das ist etwas, was im Blick des Westens auf Afrika so gut wie gar nicht wahrgenommen wird. Ganz im Gegensatz zur kolonialen Fotografie der westlichen Fotografen; dazu gibt es Unmengen von Literatur. Wir haben hingegen versucht, nicht den westlichen Blick, sondern das Resultat der Blicke afrikanischer Fotografen ins Zentrum zu stellen und diese sozusagen zum Objekt der Forschung zu machen. Herausgekommen sind dabei komplexe Bilder und Interpretationen einer afrikanischen Moderne oder besser gesagt verschiedener afrikanischer Modernen in all ihren globalen Bezügen.

Bleibt man nicht auch mit diesem Ansatz einem ethnografischen Diskurs verhaftet, der letztendlich nur auf der Suche nach dem »Anderen« ist?

► Wir haben zunächst einmal versucht, den ganzen primitivistischen Ballast, der dem ethnografischen Diskurs immer noch eignet, abzulegen. Ein wesentliches Moment dieses Diskurses ist die Dimension der Zeit. Der ethnografische Diskurs findet immer noch in einer *anderen* Zeit statt, einem Vorher und einem Noch-Nicht, und verortet Afrika als zurückgeblieben. Uns war es hingegen wichtig zu zeigen, daß Europäer und Afrikaner in der gleichen Zeit leben, daß wir alle Teil einer Moderne sind, in der Informationen, Waren und Menschen immer schneller ausgetauscht werden. Wir müssen diese Gleichzeitigkeit denken. Es geht also zum einen um den Versuch, Afrika im Kontext der Moderne zu sehen und zum anderen darum, auf welche Weise Afrikaner ein im kolonialen Kontext eingeführtes modernes Medium in ihre Kulturen integrierten und dieses mit eigenen kulturellen Praktiken verbunden haben. Und dabei ist tatsächlich ein Anderssein der afrikanischen Fotografie festzustellen, eine eigenständige Aneignung und Transformation, allerdings vor dem Hintergrund vieler Gemeinsamkeiten. Womit ich allerdings nicht sagen möchte, daß der Unterschied zwischen der afrikanischen und der westlichen Fotografie wesentlich ist. Man sollte die Differenzen eher als Tendenzen in einem Kontinuum begreifen.



(4) Likoni-Ferry-Fotografen, Sammy Big Seven Studio, 1996

Sie sprechen davon, daß sich die Fotografie afrikanisierte. Wie sah dieser Prozeß aus?

► Zunächst lehnte man sich stark an die Traditionen der europäischen Fotografie an. Die Kulissen stammten vorwiegend aus Europa, man sieht das insbesondere an den viktorianischen Hintergründen, den Gärten, Balkons, Treppen, Interieurs. Und die Leute posieren z.B. mit übereinandergeschlagenen Beinen, was in Afrika gar nicht üblich war, tragen europäische Kleidung, Frisuren, Assecoires. Immer sind westliche Statussymbole abgebildet. Es wurde versucht, Bilder von Afrikanern zu entwerfen, die europäisch geworden, verwestlicht worden sind. Sehr schön wird das in den Photos von Parekh dokumentiert (Abb. 1). Mit der Zeit setzte dann ein Prozeß der Loslösung von z.B. den viktorianischen Hintergründen ein, immer häufiger wurden lokale Maler aufgefordert, Kulissen zu malen. Und die malten dann wilde Stadtlandschaften, Wolkenkratzer, Flugzeuge und auch Interieurs: wunderbare Wohnzimmereinrichtungen mit TV, Stereoanlage, und Büchern in der Schrankwand, den bis zum Bersten mit Leckereien gefüllten Kühlschrank. Die Leute posieren davor und zeigen, das könnte mir gehören bzw. auf dem Foto gehört es mir. (Abb.2)

Aber entstammen diese Kulissen nicht immer noch einer westlichen Lebenswelt, an der nur ganz wenige teilhaben können?

► Entscheidend ist die Perspektive, in der die Lebenswelt dargestellt wird. Obwohl weiterhin Bezug auf den Westen genommen wird, setzt doch eine Form der Interpretation ein, die ein afrikanisiertes Bild des Westens darstellt. Dazu kommt, daß sich die Leute eigene Posen ausdenken. Und das ist ebenfalls wichtig, weil hier nämlich an bereits existierende lokale kulturelle und künstlerische Praktiken angeknüpft wird: die Vermittlung von Sprichworten durch Körpergesten. Wurden also noch während der Kolonialzeit europäische Posen imitiert, werden jetzt in die Fotografie eigene kulturelle Subtexte eingebaut, die nur von den Leuten gelesen werden können, die diese Gestensprache verstehen.

Können Sie dafür ein Beispiel geben?

► Nehmen wir ein Foto von Philip Apagya (Abb.3). Da steht eine Frau mit drei kleinen Kindern, die Hände in einer ganz bestimmten Art hinter dem Rücken verschränkt und schaut nach oben. Aus westlicher Perspektive denkt man zunächst an eine Mutter mit drei Kindern. Das kann jedoch nicht sein, weil alle Kinder im gleichen Alter sind. Tatsächlich ist der Blick nach oben und der nach rechts gerichtete Kopf eine Körpergeste, mit der sinngemäß Hoffnung und Erwartung zum Ausdruck gebracht werden. Und das Bild will sagen: Ich wünsche mir Kinder.

Ähnlich verhält es sich mit Textilien, deren Stoffmuster ebenfalls Sprichworte oder Botschaften vermitteln. So zum Beispiel eine Botschaft an eine Rivalin in einem polygamen Haushalt: »Ich laufe schneller als meine Rivalin« oder um den Reichtum einer Familie zu zeigen ein Muster, das »Butterbrot« heißt.

Das heißt, die Fotos stellen eine besondere kommunikative Beziehung mit den Betrachtern her?

► Ja und interessant ist hierbei, daß damit die Reduktion der Fotografie auf das Visuelle als wesentlicher Bestandteil des westlichen fotografischen Diskurses aufgebrochen wird, indem sie durch die Gesten- und Textilsprache zum Sprechen gebracht wird. Auf einer Fotografie der Likoni-Fotografen sieht man z.B. eine Gruppe von Leuten mit einem Mikrofon. Da keine Elektrizität vorhanden ist, ist das Mikrofon reine Staffage. Nichtsdestotrotz versuchten die Leute in dem Augenblick, als der Fotograf knipste, Grüße an ihre Verwandten zu sprechen. (Abb.4) Dies ist jedoch nicht etwa auf ein Mißverstehen des technischen Prozesses seitens der Leute zurückzuführen, sondern kann vielmehr als eine Kritik an der Fotografie gelesen werden, als ein Versuch, den Menschen auf den Bildern eine Stimme zu geben.

In einem Artikel verweisen Sie auch darauf, daß die Sicht auf das Individuum in der afrikanischen Studiofotografie eine andere sei.

► In der Tradition der europäischen Fotografie ist es ja so, daß insbesondere bei der Porträtfotografie versucht wird, das Individuum in seiner unbedingten Einmaligkeit darzustellen; man will das vom Leben gezeich-



(5) Francis K. Honny, Nach der Totenfeier, um 1975

nete Gesicht sehen, in das der ganz individuelle Erfahrungsweg, die Leidensgeschichte sich eingeschrieben haben. Das ist in der Tradition afrikanischer Fotografie, die an die lange Geschichte der Porträtkunst in Afrika anknüpft, anders. Dort will man sich weniger in seiner Individualität, sondern vielmehr als soziale Person darstellen. Es interessieren die Fassade und die Embleme des Status und der Macht. Man will soziale Masken aufsetzen, hinter denen das Idiosynkratische beinahe verschwindet.

Aus diesem Grund hat sich in Afrika auch nie der Schnappschuß als Genre durchsetzen können. Bei uns ist damit ja die Ideologie verknüpft, daß sich der wirkliche Mensch in dem Augenblick zeigt, in dem ihm gar nicht bewußt ist, daß er fotografiert wird und folglich sein eigentliches Wesen nicht hinter Posen verbergen kann. Dies ist genau das Gegenstück zur afrikanischen Ideologie, die meint, gerade in der Pose, in der Inszenierung die Wahrheit zu entdecken.

Heißt das, daß das Individuelle bzw. Individualität eine andere Rolle spielt?

► Die Leute sind genauso individualistisch wie wir, vielleicht in manchen Zusammenhängen sogar mehr. Aber genauso wichtig sind eben auch die sozialen Beziehungen. Man ist nichts allein, sondern man ist vor allen Dingen etwas mit anderen zusammen. Auch hier sind wieder die Kleidungsstile interessant. Auf einem Foto sieht man beispielsweise eine Gruppe von trauernden Frauen, die mit dem gleichen Stoff gekleidet sind, um zu demonstrieren: Der Tod hat uns zwar jetzt jemanden genommen, aber trotzdem sind wir eine soziale Einheit und wir sind solidarisch. Und das wird durch den Stoff und durch die Fotografie noch einmal verstärkt zum Ausdruck gebracht. (Abb.5)

Sie schreiben, daß die Fotografie als kulturelle Praktik auch eine Art des Lobens sei. Was meinen Sie damit?

► Es geht wie gesagt darum, ein Idealbild der eigenen Person darzustellen. Man versucht so schön wie möglich zu erscheinen, reich und glatt und übrigens auch fett auszusehen. 'You have to be shiny' sagen die Fotografen. Man muß würdevoll aussehen, die entsprechenden Posen einnehmen, und man muß sich mit allen Emblemen der Macht und des sozialen Status umgeben. Fotos werden gemacht, um sich selbst zu preisen.

Aber ist das denn immer ernst gemeint? Manche Fotos wirkten auf mich eher als ironisch anmutende Selbstinszenierungen.

► Sicherlich wird die Fotografie genutzt, um mit verschiedenen Identitäten zu spielen. Man spielt mit möglichen Selbstbildern, die den alltäglichen Normen widersprechen. Der Konsum, die westlichen Waren, auch die östlichen – all das wird in der Fotografie gefeiert. In der Fotografie findet man kaum eine Kritik an der Moderne. Kritik wird eher im Medium Video zum Ausdruck gebracht, wie wir in bezug auf lokale Videoproduktionen in Ghana herausgefunden haben, in denen z.B. direkt die Geldwirtschaft angeprangert wurde.

Welchen sozialen Klassen ist das Medium Fotografie überhaupt zugänglich, wer kann sich das leisten?

► Zu Beginn war das natürlich auf die Elite beschränkt. Aber dann hat sich die Fotografie verbreitet und zwar auf eine rasante Art und Weise. Heute ist sie Medium für alle sozialen Klassen und Schichten. Und Sie sehen ja, selbst die Ärmsten der Armen, Wanderarbeiter, lassen sich fotografieren, um die Fotos nach Hause zu schicken, z.B. von den Likoni-Fotografen, die selbst Wanderarbeiter sind. Da aufgrund der materiellen Verhältnisse nur wenige Menschen im Besitz eine Kamera sind, geht man eben zum Studio- oder Straßenfotografen, um Fotos von sich machen zu lassen. Frauen lassen sich mit einem neuen Kleid, einer neuen Frisur, einem neuen Liebhaber fotografieren. Männer, die Bodybuilding betreiben, gehen einmal in der Woche zum Fotografen und versuchen, das Wachstum der Muskeln und ihre Schönheit im Foto festzuhalten. Wenn man verliebt ist, läßt man sich fotografieren, wenn man Feste feiert, auch um den eigenen Status darzustellen – je mehr Fotografen bei einer Feierlichkeit anwesend sind, desto höher der Status des Gastgebers. Fotografie ist wirklich, das haben wir zu unserem großen Erstaunen in West- und Ostafrika festgestellt, zutiefst in das Alltagsleben der Menschen integriert. Selbst an der Ostküste, wo der islamische Fundamentalismus starken Zulauf hat und das Bilderverbot debattiert wird, ist es kaum gelungen, die Fotografie zurückzudrängen. Das Bilderverbot, das insbesondere für Frauen gilt, versucht man z.B. mit Montagen zu umgehen, wie die Fotos vom Bakor-Studio in Kenia zeigen. (Abb.6, nächste Seite)

Übrigens hat sich aus der zunehmenden Trennung der Geschlechter in islamischen Kreisen in gewisser Weise auch eine Berufschance für Frauen ergeben. Da es Männern verboten ist, in den Frauenbereich einzudringen, können dort nun Frauen als Fotografinnen und auch Videomacherinnen agieren, während ansonsten das Fotogeschäft in der Regel ganz von Männern dominiert ist.

Tobias Wendl und Heike Behrend (Hrsg.): Snap me one! Studiofotografen in Afrika. Prestel-Verlag, München London New York 1998, DM 98.-

---

► **Heike Behrend** ist Ethnologin und Professorin am Institut für Afrikanistik der Universität Köln. **Sigrid Weber** ist Mitarbeiterin im **iz3w**.



(6) Omar Said Bakor, Fotomontage um 1996

Magische Diskurse in der Fotografie

► Bereits im 19. Jahrhundert war die Fotografie in eine Vielzahl von Diskursen und Praktiken eingebunden, die das neue Medium in verschiedenen Bereichen der Wissenschaft, Kunst und populären Kultur ansiedelten. Während die neue Technik einerseits der Produktion von Dokumenten und Beweismitteln, also Zwecken der Objektivierung und Wahrheitsfindung diente, wurde sie aber auch, auf Jahrmärkten sowie in wissenschaftlichen Kreisen, zur Erzeugung von Illusionen, Wundern und 'Materialisierungen' des Unsichtbaren benutzt. Die Fotografie trug also einerseits wesentlich zur Entstehung einer modernen positivistischen 'Kultur des Realismus' bei, andererseits jedoch transzendierte sie gerade diesen Realismus, indem sie Geister, Phantome, Feen, Gedankenströme und die Aura von Personen abbildete und deren Existenz zu beweisen suchte. Sie machte das Unsichtbare sichtbar, vor allem unheimliche Phänomene, die eigentlich aus den dominanten Diskursen ausgeschlossen worden waren. Die Fotografie als moderne Technik der Reproduktion stärkte also nicht nur die »Kultur des Realismus«, sondern auch ihre Nachtseite, die Phantastik.

Drei Monate, nachdem Daguerre 1839 der Akademie der Wissenschaften in Paris seine neue Erfindung vorgestellt hatte, reisten die ersten Daguerreotypisten nach Afrika, nach Ägypten, insbesondere Kairo, und daguerreotypisierten »wie Löwen«. Bei der Kolonisierung Afrikas wurde die Fotografie extensiv eingesetzt, um Afrikaner zu imaginisieren, zu klassifizieren, typisieren und zu beherrschen. Doch läßt sich aus zahlreichen Reiseberichten entnehmen, daß Europäer – Missionare, Kolonialbeamte, Forscher und Reisende – die Instrumente, vor allem die Kameras, die eigentlich der wissenschaftlichen Erforschung und Dokumentation dienen sollten, auch nutzten, um 'Wunder' zu erzeugen und um damit Afrikaner in Erstaunen zu versetzen und zu erschrecken. Sie gebrauchten Feuerwerk, Spiegel, Laterna Magica, Fernglas und Kamera als magische Instrumente, um die Einheimischen zu überwältigen und um sich mit einer Aura übermenschlicher Macht auszustatten.

Zu betonen ist hier, daß es Europäer waren, die anfänglich die Fotografie in Afrika in einen Zusammenhang mit Macht, Heilen, Töten, Zauberei und Hexerei brachten. Sie liefern das schöne Bild einer Gegenübertragung, bildeten sie sich doch ein, daß Afrikaner ihre Instrumente und Gerätschaften magisch interpretierten, und spielten deshalb 'Magier' und 'Medizinmann'. In den frühen Reiseberichten ist gleichfalls häufig von Schrecken, von Terror und Panik die Rede, die das Fotografieren bei den Einheimischen auslöste. Ihre Furcht wird dabei oft als eine Reaktion auf den Verlust oder Diebstahl ihrer Seele, ihres Schattens oder ihres Doppels gedeutet. Zur selben Zeit waren jedoch auch in Europa zahlreiche Erzählungen über den Verlust des Schattens oder der Seele populär. Und der französische Fotograf Nadar berichtete, Balzac sei der Überzeugung, daß bei jeder fotografischen Aufnahme eine Hautschicht der fotografierten Person sich ablöse, sie also einen Verlust an Substanz erleide. Während mit der Verbreitung der Amateurfotografie um 1890 das »zutiefst Wahnhafte« (Barthes) der Fotografie in Europa zunehmend verdrängt oder veralltäglicht wurde, setzten Europäer das neue Medium in Afrika – Europas Anderem – ein, um Afrikaner zu beeindrucken und zu erschrecken, damit diese noch einmal mehr die Furcht und den Terror erlebten, den der aufgeklärte viktorianische Gentleman meinte hinter sich gelassen zu haben.

Im Film 'Crodcodile Dundee' versucht eine Touristin mit Kamera durch freundliche Blicke und Gesten die Zustimmung eines Aborigines für eine Aufnahme zu bekommen. Aber der weise Herr sagt: »Sie werden so kein Bild von mir machen können!« Sagt die Touristin aus New York: »Ach, ich verstehe, Sie glauben, ich will Ihre Seele stehlen, oder so.« »Nein, nein, überhaupt nicht, aber Sie müssen erstmal die Verschlußkappe von der Linse nehmen!«

Gekürzter Auszug aus einem Text von Heike Behrend in dem Band Snap me one! S.24-25

So wahr es ist, daß man den Antisemitismus nur aus unserer Gesellschaft heraus erklären kann, so wahr scheint mir zu werden, daß heute die Gesellschaft selbst nur durch den Antisemitismus richtig verstanden werden kann.

Max Horkheimer

Fetischistischer Antikapitalismus

Der strukturelle Zusammenhang von verkürzter Kapitalismuskritik und Antisemitismus

von **Alex Gruber** und **Tobias Ofenbauer**

Antisemitismus in der Linken ist so alt wie diese selbst. Die traditionelle Arbeiterbewegung rechtfertigte den Antisemitismus kleinbürgerlicher und kleinbäuerlicher Schichten als »Sozialismus der dummen Kerls«, um in revolutionärer Absicht daran anzuknüpfen. Auch heute tauchen in den Debatten über Neoliberalismus, MAI, den Weltwirtschaftsgipfel und über ökonomische Krisen immer wieder strukturell antisemitische Argumentationsmuster auf. So wurde zum Beispiel die Asienkrise auch in linken Erklärungsansätzen auf – moralisch verwerfliche – Machenschaften von Finanzspekulanten zurückgeführt. Der Umstand, daß gut gemeinte Kritik am Kapitalismus mit notorischer Regelmäßigkeit in die Falle des Antisemitismus tappt, macht eine grundsätzliche Reflexion darüber erforderlich, in welchem Verhältnis Kapitalismus, Kapitalismuskritik und Antisemitismus zueinander stehen.

► Im Transformationsprozeß der feudal-absolutistischen hin zur modernen warenproduzierenden Gesellschaft unterlag auch der traditionelle, religiöse Antijudaismus fundamentalen Veränderungen. Der moderne Antisemitismus ist nicht mehr vom Verhältnis der betreffenden Gesellschaft zu den Jüdinnen und Juden unmittelbar bestimmt, wie es noch im christlichen Mittelalter der Fall war, wo die Jüdinnen und Juden aufgrund der Nichtzugehörigkeit zu der die Gesellschaft bestimmenden Religion als Randgruppe ausgemacht wurden. Er hat vielmehr politisch-ökonomische Gründe und ist »als objektive Ideologie nichts, ohne die Gesellschaft, die sich in ihm reflektiert.«[1]

Traditioneller und moderner Antisemitismus

► Der Transformationsprozeß war begleitet vom Übergang konkreter, persönlicher Abhängigkeitsverhältnisse in die abstrakte, warenförmige Herrschaft des Kapitals und schaffte damit Konflikte, die in der spezifischen Entwicklung neuer ökonomischer Machtverhältnisse gründeten. Begleitet wurde dieser Prozeß von der Herausbildung des bürgerlichen Staates, mit seiner Garantie der de jure freien und gleichen Staatsbürger, die die notwendige Grundlage für die freie Konkurrenz der Warenbesitzer (auch jener der Ware Arbeitskraft) auf dem Markt darstellt. Der freie und gleiche Tausch hat aber ungleiche Voraussetzungen und Folgen. Dem einzelnen Individuum steht somit permanent die Drohung vor Augen, zum Kreislauf des Warenverkehrs nicht mehr dazuzugehören, weswegen es sich in quasi-natürliche, überindividuelle Zugehörigkeit zum Kollektiv flüchtet, um der ständig drohenden Vernichtung seiner Existenz im Falle der Nichtverwertbarkeit zu entgehen. Aufgrund des Doppelcharakters der Arbeit, die einerseits als unmittelbar private Arbeit, andrerseits als gesellschaftliche Arbeit existiert, die ihren Nutzen auf dem Markt beweisen muß und erst über diesen erfährt, stellt sich die Verwertung, die jede stoffliche Arbeitsanstrengung zur Nichtigkeit verurteilen kann, als Entwertung »ehrlicher Arbeit« dar. Aus diesem Grund identifiziert sich das Subjekt mit dem Staat: »Er ist es, an den im Namen des Konkreten – der tatsächlich geleisteten Arbeit – appelliert wird, um das Abstrakte – die Gefahr der Offenbarwerdung der Wertlosigkeit des Arbeitsproduktes im Tausch – zu eskamotieren. Er ist es, vor dem die unschuldig sich wähnende *Kultur* der *Produktion* die verderbte *Zivilisation* der *Zirkulation* anklagt.«[2] Alles was dem bürgerlichen Subjekt bedrohlich erscheint und es in die Existenzkrise stürzen könnte, wird aus dem Subjekt ausgeschlossen und zum absoluten Feind fingiert, der bekämpft wird, um Identität zu gewinnen. Durch die solcherart verfolgte abstrakte Seite der warenproduzierenden Gesellschaft, auf die der Kapitalismus reduziert wird, spaltet das Individuum seine Teilhabe an den destruktiven Tendenzen der irrationalen Vergesellschaftung ab, die auf das »Anti-Subjekt« projiziert und in ihm geächtet werden. Also müssen die Stigmatisierten zur Rationalisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse herhalten. In dieser manichäischen Wahrnehmung werden die Juden, die fast nie vorbehaltlos akzeptierter Teil der Gesellschaften waren, in denen sie lebten, mit allen konkreten Erscheinungsformen der abstrakten Herrschaftsformen des Kapitals identifiziert.

Die traditionelle Linke, die nie eine radikale Kritik der bürgerlichen Subjektivität, der Arbeit, des Staates, der Nation, usw. und somit der kapitalistischen Totalität formulierte und zumeist in oberflächlichen, soziologischen Kategorien (z.B.: Klassen, triple oppression) verblieb, konnte sich so aus der politischen Ökonomie des Antisemitismus nicht befreien. Auch sie versuchte, die Produktion gegen die Zirkulation auszuspielen. Dagegen ist auf die Totalität der warenproduzierenden Gesellschaft zu verweisen: »Kapital ist die *unmittelbare Einheit* von Produkt und Geld oder besser von Produktion und Zirkulation.«[3]

Der Unmittelbarkeitskult der traditionellen Linken

► Die traditionelle Linke ist nie über eine dichotome Betrachtungsweise der kapitalistischen Realität hinausgekommen. Sie ist auf die Erscheinungsebene des Kapitalismus fixiert und hat die erkenntniskritische Unterscheidung von Wesen und Erscheinung niemals nachvollzogen. Ihr Bedürfnis nach Unmittelbarkeit äußert sich in der Reduzierung des Kapitalismus auf oberflächliche Erscheinungen. Es wird nicht versucht, die kapitalistische Gesellschaft in ihrer Totalität zu bestimmen und abzuschaffen, sondern lediglich ein Moment innerhalb dieser Konstellation vertreten, das in antagonistischem Widerspruch zur Gesellschaft stehen und dem zu »seinem Recht« verholfen werden soll. Die Kategorie Wert, die das Kapitalverhältnis konstituiert, bleibt außerhalb jeder kritischen Betrachtung und erscheint lediglich in der

Figur des Mehrwerts, der vom Kapitalisten bzw. der Kapitalistin einbehalten wird, also als grundsätzlich positive Kategorie, deren konkrete Erscheinung – die Geldform des Mehrprodukts – es zugunsten der Arbeiterinnen und Arbeiter umzuverteilen gilt.

Der Wert, und damit auch die wertschaffende Arbeit, wird als etwas ontologisches, überhistorisches gefaßt, das durch die Kapitalisten und Kapitalistinnen nur mißbraucht werde. Indem der Mehrwert lediglich als »unbezahlte Arbeit« begriffen wird, die vergütet werden müßte, bleibt diese Form der Kritik in der Vorstellung von Verteilungsgerechtigkeit befangen und »läßt die basalen Fetischformen des modernen warenproduzierenden Systems ganz unangetastet, die eigentlich die Bedingung der Möglichkeit sind, daß die Reproduktion überhaupt die Form von Geldeinkommen annimmt.«[4] Statt dessen wird verlangt, die gesellschaftliche Produktion von der kapitalistischen Aneignung zu befreien, womit die Ebene der Zirkulation – entgegen aller Beteuerung eine Theorie der kapitalistischen Produktionsweise formulieren zu wollen – nicht verlassen wird. »Die Besonderheit der von Marx analysierten historisch bestimmten Form der Arbeit, die als Medium gesellschaftlicher Beziehungen dient, wird zugunsten eines überhistorischen Begriffs von 'Arbeit' verwischt, welcher zur Basis der Kritik an der Distributionsweise wird.«[5] Marx hingegen formuliert in seinen ökonomiekritischen Schriften eine Kritik an Arbeit und Produktion im Kapitalismus. Er begreift Arbeit nicht als überhistorisch, sondern untersucht die historische Bestimmtheit der warenproduzierenden Arbeit: nämlich Medium gesellschaftlicher Beziehungen zu sein, die in anderen Gesellschaftsformationen offen als solche existieren. Arbeit tritt im Kapitalismus an die Stelle traditioneller, vormoderner Normen und Bindungen bzw. offener Gewalt- und Herrschaftsverhältnisse und wird zum quasiobjektiven Mittel, durch das die Produkte gesellschaftlich vermittelt werden, d. h die Verhältnisse, die die Gesellschaft in ihrem Wesen charakterisieren, existieren nur im Medium der Arbeit, die dadurch einen einzigartigen Charakter erhält. Um den Kapitalismus zu überwinden, muß also die warenproduzierende Arbeit und »ihr eigener gesellschaftlich-synthetischer Charakter« aufgehoben werden und nicht diese durch die Befreiung von der privaten Aneignung zu sich selbst kommen.

Wertschaffende Arbeit, die realiter der letzte Grund für die Geldform und alle ihre Erscheinungen bis hin zum Aktienkapital ist, wird im traditionellen Marxismus als Prinzip interpretiert, auf dem Gesellschaftlichkeit fußt, und das vom Imperialismus der Ausbeutung zu befreien wäre. Diese Wertschätzung der konkreten Arbeit teilt er mit dem Antisemitismus, mit dem Unterschied, daß dieser das »schaffende« (industrielle) Kapital zu einer Unterabteilung der Arbeit macht und zur Jagd auf das »raffende« Kapital des Finanzüberbaus bläst, während jener das Argument des »raffenden Zinsnehmers« lediglich um die Stufe des industriellen Unternehmers erweitert und damit in der politischen Ökonomie des Antisemitismus verhaftet bleibt. Damit ist nicht gemeint, daß alle traditionellen Marxisten und Marxistinnen antisemitisch wären, sondern, daß es einen strukturellen Zusammenhang zwischen der verkürzten Kritik des Kapitals und dem Antisemitismus gibt. Der Arbeiterbewegungsmarxismus war durch diese Verkürzung immer anfällig für antisemitische Motive.

Statt den Kapitalismus als komplexes gesellschaftliches Verhältnis zu kritisieren, werden also »die Herrschenden« persönlich für die Friktionen verantwortlich gemacht und als die schuldigen Akteure dämonisiert. Eng damit zusammenhängend sind Verschwörungstheorien, die suggerieren, jene »Herrschenden« seien eine homogene Interessensgruppe, die zielgerichtet und klandestin die Unterdrückung der restlichen Menschheit plant. Diese Thesen, die in letzter Zeit häufig in Zusammenhang mit Diskussionen über Globalisierung und Neoliberalismus auftauchen, hängen eng mit Lenins theoretischer Schrift »Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus« zusammen und werden auch von Linken vorgebracht, die sich nicht explizit auf Lenin berufen bzw. ihn sogar ablehnen.

Die Imperialismustheorie als höchstes Stadium....

► Lenin interpretiert den historischen Übergang zum Aktienkapital als eine qualitative Veränderung des Kapitalismus: als Ablösung des freien Konkurrenz- durch den Monopolkapitalismus, der durch einige wenige »Finanzoligarchen« kontrolliert werde und in dem das »blinde Wüten des Wertgesetzes« partiell aufgehoben sei.[6] Dies sei durch das bürgerliche Kreditwesen verursacht, welches sich die ganze Produktion unterwerfe und seinen verwerflichen Zielen zunutze mache. Lenins Analyse beruht auf einer Fehleinschätzung der Rolle des Zinses in der kapitalistischen Gesellschaft. Dieser ist nichts anderes als die in der bürgerlichen Gesellschaft alltäglich vorzufindende Spekulation auf zukünftigen Gewinn. Der Kreditgeber bzw. die Kreditgeberin erhält für das vorgeschossene Kapital einen Teil des produzierten Mehrwerts als Vergütung, unterscheidet sich also darin in nichts von seiner industriellen Kollegin oder ihrem industriellen Kollegen. Dem fetischistischen Bewußtsein wird das Kapital jedoch immer suspekter, je weiter es sich von der Produktion wegbewegt. Dem sogenannten gesunden Menschenverstand bleiben die Verhältnisse unbegriffen: er will Untrennbares gegeneinander ausspielen, weil er nicht erkennt, daß das fiktive Kapital lediglich die fetischisierteste Form des Kapitals ist, in der die Verwertung in ihrer abstraktesten Form auftritt. Im Zinsertrag, also in der Bewegung Geld zu mehr Geld (G-G') erscheint das produktive Kapital nicht mehr, Geld scheint sich selbst zu vermehren. Diese verdinglichte Wahrnehmung sozialer Verhältnisse ist allerdings nicht auf den Kapitalismus beschränkt: die Geschichte der Bedrohlichkeit und »Naturwidrigkeit« des Zinses, ist so alt wie die Geschichte des Geldes selbst. Allerdings nimmt der Kredit erst in der Moderne eine derart zentrale Rolle ein, daß der den Zins fetischisierende Wahn allgemein gesellschaftlichen Charakter erhält.

Die moralische Unterscheidung in »gute«, die Produktion besorgende (»schaffende«) und »schlechte«, die Spekulation besorgende (»raffende«) Kapitalistinnen und Kapitalisten darf kritische Theorie also nicht nachmachen. Zinstragendes Kapital ist nicht isoliert zu betrachten und aus dem gesamtgesellschaftlichen Kontext zu entlassen, sondern es ist immer die Rückbezüglichkeit zur kapitalistischen Totalität herzustellen. Antikapitalismus, der sich an bloßen Aspekten abarbeitet, wird dadurch unrichtig. Dennoch erscheinen solche strukturell antisemitischen Vorwürfe in der Linken immer wieder, etwa in Überlegungen zur Asienkrise. Die Krisenerscheinungen der Finanzmärkte und Nationalökonomien werden auf Finanzspekulationen und den »Casino-Kapitalismus« zurückgeführt. »Die besonders verabscheuungswürdigen spekulativen Finanztransfers werden von ihr (der Soli-Bewegung; d. V.) argumentativ konterkariert mit den Direktinvestitionen in sogenannte produktive Sektoren, die Arbeitsplätze schaffen und positive Entwicklungen hervorbrächten (...)«[7] Es geht dieser Form von Kritik nicht um die Analyse der ökonomischen Rolle des Kredits für die kapitalistische Produktionsweise, sondern um die Überführung der moralischen Niedertracht der »Finanzkapitalisten und -kapitalistinnen«. Damit kommt die »linke« Suche nach dem Subjekt, das alles beherrscht, an ihr Ende.

Diese Interpretation folgt nicht aus einer immanenten Kritik der Gesellschaft, sondern einer von außen herangetragenen Moral: Willkür und Allmacht sind schließlich die recht unökonomischen Charakteristika, die den multinationalen Konzernen nachgesagt werden. Die »Finanzoligarchen« seien unproduktive Kapitalisten, die jene Allmacht und Willkür einsetzen und so der ganzen Gesellschaft schaden und die mögliche Emanzipation hintertreiben würden. Dabei würden sie von der bürgerlichen Regierung unterstützt, die der »verlängerte Arm der Kapitalistenklasse« sei, und deswegen durch eine zu ersetzen wäre, die auf Seiten der »Unterdrückten« steht. Solch theoretische Verirrungen findet man heute vor allem in linken Diskussionen über Neoliberalismus, Weltwirt-

schaftsgipfel oder MAI, wo behauptet wird, den »Staat vor seiner ReGIERung (sic!) schützen«[8], also den (Wohlfahrts-)Staat gegen den Markt und seine (politischen) Agenten mobilisieren zu müssen.

Die verkürzte Kritik der politischen Ökonomie, die Identifizierung der Erscheinungsformen des Kapitalverhältnisses mit seinem Wesen, geht meist einher mit einer mangelhaften Theorie des Staates. Der moderne Staat wird weder in seiner Genese noch in seiner Funktion als Organisator der Reproduktion des Kapitalverhältnisses erkannt. Durch eine Überstrapazierung der Autonomie des Politischen verschwindet jeder strukturelle Zusammenhang zwischen Warenproduktion und staatlicher Ordnung. Der Staat wird nur als inhaltlose Form begriffen, die im Moment von den Interessen der herrschenden Klasse dominiert wird. Ergo: Eroberung des Staatsapparates und Transformation dessen in den proletarischen Staat, statt Kritik moderner Staatlichkeit. »Die Sozialisten vertraten gegen das Bürgertum dessen eigene fortgeschrittene Phase und strebten schließlich eine bessere Regierung an.«[9] In den Phantasien vom Sozialstaat oder den Vorstellungen der antimonopolistischen Demokratie leben diese etatistischen Illusionen in den aktuellen Debatten weiter. Es ist kein Wunder, daß der Großteil der linken »Kritik« als empörter Gestus über den »Sozialabbau« daherkommt. Die traditionelle Linke denunziert bürgerlich-liberale Politik als gegen das Allgemeinwohl gerichtete und damit ihren eigenen, idealistischen Ansprüchen zuwiderhandelnde. Die Forderungen, diesen angeblich nicht realisierten Maßstäben doch endlich gerecht zu werden, lassen sich also auf die etwas widersprüchliche Formel zusammenfassen: Emanzipation durch »bessere« Herrschaft, also »Befreiung« durch den Zwangscharakter des Politischen.

... der Kapitulation vor dem Kapitalverhältnis

► Das Kapital verwandelt sich für Lenin, der das Zinskapital nicht als »fetischartigste Form« (Marx) erkennt, in ein unmittelbar personalistisch verstandenes Herrschaftsverhältnis, also in »bewußte Verfügung über die Zusammenhänge der kapitalistischen Reproduktion.«[10] Demgegenüber wäre Herrschaft unter den Bedingungen warenförmiger Vergesellschaftung als Verfügungsgewalt über den wertförmigen Reichtum zu fassen, dessen Form den bürgerlichen Subjekten allerdings selbst bereits bewußtlos vorausgesetzt ist. Das bedeutet, daß das Kapital das »automatische Subjekt«[11] der bürgerlichen Gesellschaft ist und nicht die von personalisierender Theorie ausgemachten »Herrschenden«. In der traditionellen Linken wird Herrschaft zu einer bloßen Willenskategorie, und alle gesellschaftlichen Friktionen werden als Folge dieses (bösen) Willens der Kapitalisten und Kapitalistinnen begriffen. »So entsteht zwangsläufig ein binäres und verdinglichendes, ein personalisierendes und moralisierendes Denken, das eine Clique von bösen Herrschenden annehmen muß, die mittels direkter Repression, Korruption durch Sozialpolitik und gemeiner Propaganda in den Medien die Guten, die Beherrschten niederhalten.«[12] Ein Teil dieser Propaganda zur »Niederhaltung und Spaltung der Unterdrückten« soll der Antisemitismus sein. Er wird als Mittel zur Durchsetzung außerhalb seiner selbst liegender Ziele interpretiert, das beliebig einsetzbar wäre und von den wahren Herrschaftsverhältnissen ablenke. Im Anschluß daran wird der Nationalsozialismus als eine besonders abscheuliche Form der Klassenherrschaft gesehen, die den Antisemitismus zur Ablenkung von inneren Widersprüchen und zur Spaltung der Arbeiterklasse benutzte. »Der Faschismus an der Macht ist die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals«[13] oder kurz: »Hinter dem Faschismus steht das Kapital!« ist die gebetsmühlenartig vorgebrachte Definition, die der traditionellen Linken zum Faschismus einfällt. Diese Theorie ist nicht zu Unrecht als Definition kritisiert worden, »die sich den Faschismus in ihrer Gegenüberstellung von aggressivem, unproduktivem Finanzkapital und dem um die Früchte seiner Arbeit betrogenen Volk nahezu so vorstellt, wie der Faschist sich die jüdische Weltverschwörung«.[14] Vom Nationalsozialismus oder der Vernichtung des europäischen Judentums spricht jene Linke nur, wenn auch noch diese des ökonomischen Nutzens für die »Herrschenden« überführt werden soll.

Diese Linke interpretiert den Antisemitismus nicht als der kapitalistischen Produktion entsprechende Basisideologie, sondern als historisch spezifische Form des Diskurses. Er sei nichts anderes als eine spezifische Weise, über Juden und Jüdinnen zu sprechen. Es gelte also diesem Gespräch entgegenzuarbeiten und es zu unterbrechen, indem der Antisemitismus seiner Funktion für »die Herrschenden« überführt und letztendlich dekonstruiert werde. Dagegen wäre festzuhalten, daß Antisemitismus nicht das gesellschaftliche Gespräch über das Judentum, sondern eine objektive Ideologie der warenproduzierenden Gesellschaft ist, die ihren Grund in der realen Produktion von Wert, der basalen Vergesellschaftungskategorie, hat. Eine Kritik des Antisemitismus, die sich über den Zusammenhang von Warenform und Denkform keine Gedanken machen will, kann diesen nicht begreifen, weil sie ihn als Irrtum ohne gesellschaftliche Notwendigkeit, als bloßen Zufall behandelt.[15] Ideologie ist aber mehr und anderes als diskursiv erzeugte Propaganda, die bewußt eingesetzt wird, und die ebenso bewußt durch Aufklärung aus der Welt zu schaffen sei. Sie ist Verdinglichung der gesellschaftlichen Verhältnisse, Rationalisierung des Irrationalen, und entspringt den basalen Vergesellschaftungsformen und ist deswegen nur gemeinsam mit der sie erzeugenden Gesellschaft abzuschaffen.

► *Das Referat von **Alex Gruber** und **Tobias Ofenbauer**, gehalten beim Seminar »Zur Kritik des modernen Antisemitismus« der Basisgruppe Politikwissenschaft der Universität Wien, wurde zuerst veröffentlicht in **Streifzüge** – Die Vierteljahresschrift des Kritischen Kreises 1/1999.*

Anmerkungen:

1 Bruhn, Joachim, 1997: Nazismus als Erkenntnisfalle. Warum die Geschichtswissenschaft die denkbar ungeeignetste Methode ist, Auschwitz zu verstehen; in: Bahamas, Nr. 22, S. 42

2 Krug, Uli 1995: Der Fall Deutschland. Sonderweg oder Exempel; in: Bahamas, Nr. 18, S. 38

3 Marx, Karl 1983: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie; in: MEW 42, Berlin S. 251

4 Kurz, Robert 1995: Politische Ökonomie des Antisemitismus. Die Verkleinbürgerung der Postmoderne und die Wiederkehr der Geldutopie von Silvio Gesell; in: Krisis. Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft, Nr. 16/17, S. 204

5 Brick, Barbara/Postone, Moishe 1982: Kritischer Pessimismus und die Grenzen des traditionellen Marxismus; in: Bonß/Honneth: Sozialforschung als Kritik, Frankfurt/Main, S. 200

6 vgl. Bösch, Robert 1995: Unheimliche Verwandtschaft. Anmerkungen zum Verhältnis von Marxismus-Leninismus und Antisemitismus; in: Krisis Nr. 16/17, S. 163 f.; Zur Kritik an Lenins Annahmen über die Monopole und das damit verbundene Verschwinden der Konkurrenz vgl. Held, Karl/Ebel, Theo 1983: Krieg und Frieden. Politische Ökonomie des Weltfriedens, Frankfurt/Main, S.48-65

7 Stock, Christian 1998: Furchtbar gut gemeint. 30 Jahre Ideologieproduktion in der Solidaritätsbewegung; in: Jungle World, Nr. 45/1998, S.16

8 rapidité, 3/98, S. 2

9 Horkheimer, Max 1981: Autoritärer Staat; in: Dubiel, Helmut/Söllner, Alfons: Wirtschaft, Recht und Staat im Nationalsozialismus. Analysen des Instituts für Sozialforschung 1939-1942, Frankfurt/Main, S. 60

10 Bösch, Robert 1995: a. a. O., S. 164

11 Marx, Karl 1993: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. Der Produktionsprozeß des Kapitals, Berlin; S. 169

12 Haury, Thomas 1992: Zur Logik des bundesdeutschen Antizionismus; in: Poliakov, Leon: Vom Antizionismus zum Antisemitismus, Freiburg i. Br., S. 139

13 Dimitroff am 2.8.1935 auf dem VII Kongreß der Kommunistischen Internationale; zit. in: Hecker, Konrad 1996: Der Faschismus und seine demokratische Bewältigung, München, S. 305 f.

14 Krug, Uli 1998: Ewiges Rätsel Auschwitz. Über die Unfähigkeit den säkularen Zivilisationsschwund auf den Begriff zu bringen; in: Bahamas, Nr. 25, S. 31

15 vgl. ISF 1998: Heideggerisierung der Linken. Die Ideologie vom Diskurs. Über die Nutzlosigkeit Foucaults für die antinationale Linke; in: Jungle World, Nr.7/1998, S. 18

Feministische Internationale

▸ Ein Jahrzehnt ist es her, daß Cynthia Enloe in »Bananas, Beaches, and Bases« der Internationalen Politik durch einen unkonventionellen Blick »feminist sense« verlieh. Wie die Arbeiten Enloes sind auch andere feministische Standardwerke der Internationalen Beziehungen bis heute nicht ins Deutsche übersetzt worden. Um so zentraler ist die Bedeutung des von Uta Ruppert herausgegebenen Sammelbandes **Lokal bewegen – Global verhandeln**: er macht sichtbar, daß Feministinnen auch hierzulande über die Rezeptionssperre des Main-Stream hinweg Geschlechterverhältnisse und Internationale Politik zusammendenken. Rupperts Blickwinkel auf die Internationale Politik hat mit den klassischen Ansätzen, die sich im wesentlichen mit der »Summe der Vorgänge zwischen Staaten« auseinandersetzen, wenig gemein. Sie versteht das Internationale als »ein Geflecht aus staatlich vermittelten Gesellschaftspolitiken« (13).

Im eher knapp gehaltenen theoretischen Teil des Buches steckt Uta Ruppert den Rahmen der relevanten Theorierichtungen der Internationalen Beziehungen ab. Ausgehend von der vorherrschenden Geschlechtsblindheit formuliert sie eine feministische Perspektive. Diese soll ein »offenes, vielstimmiges und (...) tendenziell fragmentarisches Projekt« sein, das sich an frauenpolitischer Praxis orientiert und internationale Politik nicht als zwischenstaatlichen, sondern als globalen Bereich konzipiert, in dem eine Umdeutung von (geschlechter-) hierarchischen Beziehungen stattfinden kann. Die Friedensforscherin Ulrike C. Wasmuht nimmt ihre eigene Disziplin in den Blick und kritisiert, daß patriarchale Herrschaftsverhältnisse ausgeblendet bleiben, obwohl Feministinnen schon seit langem auf den Zusammenhang zwischen kriegerischer Gewalt und alltäglicher Gewalt gegen Frauen hinweisen.

Im zweiten Teil des Buches widmen sich sechs Beiträge internationalen Politikfeldern, wobei der Schwerpunkt auf die Forderungen und Errungenschaften von beteiligten Akteurinnen der Frauenbewegung gelegt wird. Julia Schmidt-Häuer befaßt sich mit der »mangelnden Berücksichtigung spezifischer Problem- und Gefährdungslagen von Frauen« (136) in der internationalen Menschenrechtspolitik, die schon in ihren rechtlichen Grundlegungen – z.B. der für Frauen nachteiligen Trennung zwischen »öffentlicher« und »privater« Sphäre – angelegt sei. Die wenigen – nach Meinung der Autorin unzureichenden – Mechanismen der UNO, die Menschenrechtsverletzungen gegen Frauen verhindern sollen, sind nur unter dem Druck starker internationaler Frauenbewegungen eingerichtet worden. Heide Mertens faßt die Ambivalenz von Feministinnen in Nord und Süd gegenüber bevölkerungspolitischen Maßnahmen zusammen: einerseits kann die Verbreitung von Verhütungsmitteln zur reproduktiven Selbstbestimmung von Frauen beitragen, andererseits zielen staatliche und internationale Familienplanungsprogramme immer auf die Kontrolle von Reproduktionsverhalten ab und führen zu einer »Normierung aller Lebensverhältnisse«. Christa Wichterich resümiert feministische Standpunkte zu internationaler Wirtschaftspolitik, die von der gesellschaftlichen Aufwertung unbezahlter Arbeit über die Forderung nach besserem Marktzugang für Frauen bis hin zu einer subsistenzorientierten Loslösung von der kapitalistischen Marktlogik reichen. Gemeinsames Anliegen ist »eine andere Weltökonomie, in der Frauen mehr ökonomische (...) Entscheidungs- und Gestaltungsmacht haben«.

Der Band setzt einen Markstein innerhalb der Disziplin der Internationalen Beziehungen, indem Blindstellen herkömmlicher »geschlechtsneutraler« Sichtweisen aufgedeckt und feministische Debatten nachgezeichnet werden. Darüber hinaus bezieht Ruppert durch die Orientierung an der feministischen Praxis auch einen klaren politischen Standpunkt. Diese wissenschaftlich-politische Haltung wird im abschließenden Beitrag der Herausgeberin noch einmal deutlich, wenn sie mit Hilfe des »Global Governance«-Ansatzes die Frage diskutiert, wie internationale Frauenpolitik zukünftig gestaltet werden kann. Kritisch anzumerken wäre einzig, daß der Bereich Europapolitik mit dem Argument der Basisferne explizit als »Leerstelle« der Publikation benannt wird. Die Grenze zwischen Lobbyistinnen in der EU und bei UN-Konferenzen scheint etwas willkürlich gezogen. Die Lektüre dieses Sammelbandes sei nicht nur allen Studierenden und Lehrenden der Internationalen Beziehungen wärmstens empfohlen, sondern auch all jenen, die sich für weltweite frauenpolitische Diskurse interessieren oder sich bereits aktiv daran beteiligen.

Susanne Zwingel

▸ *Uta Ruppert: Lokal bewegen – Global verhandeln. Internationale Politik und Geschlecht, Frankfurt a.M./New York, 1998, Campus, Reihe »Politik der Geschlechterverhältnisse«, Band 11*

Kamele als Entwicklungshelfer

▸ »Globales Lernen« – dieser Begriff avanciert in der Schulpädagogik zu einem Modewort. In teilweise dialektischer Verbundenheit mit dem »interkulturellen Lernen« umschreibt Globales Lernen das Ziel einer entwicklungs- und kulturpolitischen Bildungsarbeit. Es gilt, die Fähigkeit zur Wahrnehmung und das Bewußtsein für die globale Vernetztheit der Probleme ökologischer, ökonomischer, sozialer und kultureller Art zu stärken, insbesondere vor dem Hintergrund der strukturellen Unterschiede zwischen reichen und armen Ländern und den daraus resultierenden Nord-Süd- sowie Ost-West-Konflikten.

Während die Notwendigkeit einer differenzierten Wahrnehmung globalpolitischer Strukturen mit dem Ziel der Bewußtseinsbildung der Schüler zumindest theoretisch in der Pädagogik hinreichend erörtert wurde, sind praktisch-didaktische Anleitungen für den Schulunterricht, insbesondere anhand konkreter inhaltlicher Fallbeispiele, eher eine Rarität. Eine didaktische Aufbereitung eines konkreten Fallbeispiels mit fächerübergreifender Perspektive – und damit einen doppelt lobenswerten Ansatz – versucht Lars Holzäpfel in seinem Buch **Kamele als Entwicklungshelfer**. Exemplarisch will der Autor anhand einer Beschreibung der Lebensverhältnisse einer Nomadengesellschaft in Kenia – der Samburu – einen Einblick in entwicklungspolitische Zusammenhänge geben. In einem zweiten Schritt wird ein didaktisches Modell mit einer Vielzahl an Einzelmethoden vorgestellt.

Im Gegensatz zu den geläufigen theoretischen Planungsanleitungen für einen kritischen »Eine-Welt«-Unterricht ist das Buch in einer verständlichen Sprache geschrieben. Allerdings verliert insbesondere die Darstellung über die geschichtlichen und politischen Zusammenhänge von »Entwicklung und Unterentwicklung« an Tiefenschärfe. Der Autor reproduziert eine Reihe klischeehafter Vorstellungen hinsichtlich der »Armut in Afrika«, indem er mit einer Aufzählung der typischen »Merkmale der Unterentwicklung« die gängigen Entwicklungsindikatoren weitgehend unkritisch übernimmt. Auch aufgrund der

Flucht vor grausamen Riten

▸ Zwei im Exil lebende afrikanische Frauen mit ganz ähnlicher Geschichte trugen wesentlich zum Entstehen einer Kampagne gegen Genitalverstümmelung bei, die inzwischen UNO-Gremien und Regierungsebenen erreicht hat. Während die eine jedoch, Fauziya Kassindja, eine junge Togoerin, in den USA um Asyl ersuchen und die langwierige und erniedrigende Prozedur des Anerkennungsverfahrens durchlaufen muß, weil ihr die »Beschneidung« droht, tritt die andere als Berühmtheit an die Öffentlichkeit. Die Somalierin Waris Dirie hat sich als Topmodel der Modewelt einen Namen gemacht. Inzwischen ist sie Sonderbotschafterin der UNO im Kampf gegen die Genitalverstümmelung. Beide haben kürzlich ihre Lebensgeschichte veröffentlicht.

Waris Dirie wird schon als Fünfjährige »beschnitten«. Noch begreift sie nicht, was ihr damit angetan wird, nur die Erinnerung an die Tortur der Prozedur und die langjährigen Schmerzen, von denen sie erst sehr viel später durch einen medizinischen Eingriff befreit wird, bleiben zurück. Als der Vater die Minderjährige gegen ihren Willen mit einem alten Mann verheiraten will, ergreift die 14jährige die Flucht. Sie lernt als Migrantin zu überleben, zuerst im Londoner Haus des Repräsentanten ihres Landes, wo sie wie eine Sklavin behandelt wird, dann allein am Rande der Legalität in dieser europäischen Weltstadt. Erst die Heirat jedoch verhilft ihr zu einer sicheren Aufenthaltsgenehmigung. Trotz dieses steinigen Wegs gelingt ihr die Karriere als Topmodel.

Auch Fauziya Kassindja flieht vor einer Zwangsheirat. Zuvor jedoch erlebt sie in ihrem von liberalen Gedanken geprägten Elternhaus eine friedvolle Kindheit, in der ihr Vater sie fördert, weil er bei seinen Töchtern ebenso auf Bildung Wert legt wie bei seinen Söhnen. Dies findet ein jähes Ende, als sie nach dem Tod ihres Vaters von seinen konservativen Verwandten noch minderjährig zu der Heirat eines älteren Mannes gezwungen werden soll, der voraussetzt, daß sie beschnitten wird. Deshalb flieht sie mit Unterstützung von Mutter und Schwester heimlich über Deutschland in die USA. Dort hat ihre auf dem Flughafen vorgebrachte Bitte um Asyl wegen der Furcht vor Genitalverstümmelung zur Folge, daß sie sich im Gefängnis wiederfindet. Fast zwei Jahre lang ist sie unmenschlichen, demütigenden Haftbedingungen ausgesetzt, die sie ihrer Rechte und ihrer Würde berauben. Sie, ebenso wie andere Asylbewerberinnen, wird zeitweise sogar im Hochsicherheitstrakt untergebracht.

In Folge ihres nach über einem Jahr Wartezeit negativ beschiedenen Asylverfahrens ist Fauziya Kassindja so mit ihrer Kraft am Ende, daß sie die Rückführung nach Togo beantragt. In diesem Moment nimmt Layli Miller Bashir, die Co-Autorin der Biographie, mit ihr Kontakt auf, erweist sich als tatkräftige Freundin. Die angehende Juristin setzt sich sehr für ihre Rechte ein, schafft es, andere RechtsexpertInnen zu gewinnen, die schließlich die Wiederaufnahme des Verfahrens erreichen. Auch die Frauenrechtsorganisation »Equality Now« sowie prominente Journalistinnen und Politikerinnen werden darauf aufmerksam, unterstützen sie in ihrem Kampf. Dieser öffentliche Druck führt dazu, daß die Togoerin letztendlich in den USA Asyl erhält. Erstmals erkennt eine amerikanische Gerichtsinstanz Furcht vor nichtstaatlicher frauenspezifischer Verfolgung als Fluchtgrund für die Gewährung von Asyl an.

Fauziya Kassindja geht denn auch mehr als Waris Dirie auf ihre Zeit im Exil ein. Sie beschreibt eindrucksvoll die Widersprüche westlicher Gesellschaften, die sich auf der einen Seite mit der Achtung von Menschenrechten schmücken, auf der anderen Seite aber Asyl für Verfolgte verwehren. Die westlich orientierte Tochter aus reicher städtischer Oberschichtsfamilie hat mit ihren Erfahrungen in den USA eine Illusion verloren. Die Nomadin Waris Dirie steht der westlich-modernen Welt dagegen von Anfang an sehr kritisch gegenüber. Beide Autorinnen sehen im Westen nicht das Bild einer besseren Welt, ihr Blick auf die jeweilige afrikanische Heimat ist im Gegenteil eher romantisierend. Und noch etwas ist beiden gemeinsam: Sie haben dazu beigetragen, daß das zuvor außerhalb feministischer Kreise kaum wahrgenommene Thema nun auch in vielen afrikanischen Staaten diskutiert wird, in denen die »Beschneidung« von Frauen nach wie vor übliches Ritual ist.

Susanne Reichinger

▸ *Fauziya Kassindja mit Layli Miller Bashir: Niemand sieht dich, wenn du weinst. Karl Blessing Verlag, München, 1998, 507 S., 44,90 DM*

▸ *Waris Dirie, in Zusammenarbeit mit Cathleen Miller: Wüstenblume. Schneekluth, München, 1998, 347 S., 39,80 DM*

wenig reflektierten Verwendung von Begriffen werden unvollständige und teilweise falsche Bilder reproduziert. Dazu zählt auch das vom Autor vorgestellte Konzept der »Hilfe zur Selbsthilfe«, das als angemessene Methode entwicklungspolitischer Arbeit beschrieben wird und sich wie ein roter Faden durch das gesamte Buch zieht. Die Praxis der Entwicklungszusammenarbeit ist über diesen Anfang der 80er Jahre proklamierten Ansatz, der auf die objektive Planbarkeit von Grundbedürfnissen setzt, wesentlich hinausgewachsen.

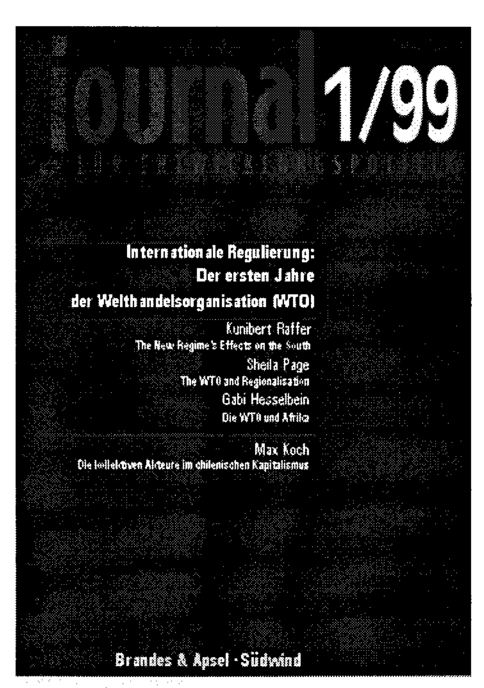
Eine Stärke des Buches liegt in der Betonung des aktiven Lernens und in den konkreten Anleitungen für ein praktisches Handeln mit den Schülern: entwicklungspolitische Bildung als selbsttätige Wissenserschließung und Wissensaneignung. Vorschläge für einen fächerübergreifenden Unterricht und die weitgehend selbständige Projektplanung und Durchführung seitens der Schüler werden zu einem wesentlichen Bestandteil des Lernens überhaupt. Insofern ist das Buch eine aufmunternde Anleitung zu einem anderen Schulalltag und hin zu einem kreativen Unterricht, der die Fähigkeit zur Wahrnehmung von Problemen und die Motivation für Lösungen auch in der praktischen Umsetzung schult.

Martina Backes

▸ *Lars Holzäpfel: Kamele als Entwicklungshelfer. Dritte Welt in der Schule: Projektorientierter Unterricht am Beispiel Kenia. Centaurus Verlagsgesellschaft, Pfaffenweiler, 1998, 106 S., DM 19,80.*

iz3w-Archiv

► Im Archiv des **iz3w** finden sich über 200 aktuelle Zeitschriften und zahllose Materialien zu Nord-Süd-Beziehungen, Entwicklungshilfe, Flucht und Migration, Weltwirtschaft, einzelnen Ländern des Trikonts, Internationalismus, Tourismus, UNO u.v.a.m. aus den letzten 30 Jahren. *Rechercheanfragen unter: Archiv des iz3w, Postfach 5328, 79020 Freiburg. Tel.: 0761-74003. Das Archiv ist öffentlich zugänglich.*



ZAG – antirassistische Zeitschrift Nr. 30

► Im Schwerpunkt »Ende der Tabus« werden Verschiebungen in den politischen und kulturellen Diskursen der Berliner Republik analysiert. Anfang der 90er Jahre wurde die US-amerikanische Diskussion um »pc« in den Feullitons von taz bis FAZ aufgegriffen und den deutschen Bedürfnissen angepaßt. Die imaginierte Herrschaft der political correctness paßte sich in den Diskurs der Vergangenheitsbewältigung ein und wurde zum Mantra nationaler Erweckung. Mit Martin Walsers Friedenspreisrede brach der (sekundäre) Antisemitismus an die Oberfläche: Eine »liberale Wochenzeitung«, »linke Inellektuelle« und andere ominöse Mächte »instrumentalisieren unsere Schande« (Walser) – Augstein präzisiert: »Das Weltjudentum is eene jroße Macht.« Detlev Claussen verweist in einem Interview auf die kontinuierliche Latenz des Antisemitismus schon seit Gründung der Bundesrepublik, neu sei der offene Beifall und das Ausbleiben der öffentlichen Kritik. Gar nicht neu sei, eigene Aggression und Gewalt als unterdrückte Meinung zu präsentieren. Weitere Themen: Rechter Pop, die Fallstricke staatlicher Gleichstellungspolitik in den USA, ein ambivalentes Plädoyer für die doppelte Staatsbürgerschaft.

► *Die ZAG kostet 6 DM. Abos (24 DM/Jahr) bei: Antirassistische Initiative Berlin, Yorckstr. 59, HH, 10965 Berlin*

Ästhetik & Kommunikation Nr. 104

► Nur scheinbar wendet sich der Schwerpunkt »Science Fiction und andere Zeitmaschinen« unbekannten und vielleicht angenehmeren Welten zu. Kaum je läßt sich der Geist der Utopie in den längst kolonisierten Galaxien des Alpha-Quadranten aufspüren. Aber gerade auch in den noch unerforschten Weiten des Weltraums begegnet das männliche, bürgerliche Subjekt immer wieder bloß sich selbst. Die beständige und explizite Inszenierung von Menschlichkeit, Individualität, Moral und Handlungsfähigkeit in jeder Star Trek-Folge verweisen auf die Infragestellungen in der Gegenwart: Die hyperrealen Simulationen auf dem Holodeck künden vom Verlust der geschichtlichen Erfahrung. Als vollendete Verkörperung des Barbie-Diskurses -keimfrei und abwaschbar – tritt die Star Trek Crew der Auflösung des Körpers als natürliche Heimat des Subjekts entgegen. Die Reste von Unbehagen an der eigenen Cyborg-Existenz werden im Kampf gegen das »ganz andere« – das eigene Spiegelbild – eliminiert. Weitere Themen: dekonstruktive Wahrheitswirkungen von Zeitmaschinen, die biographische Bedeutung von Star Trek, hybride Cyborgs und Feminismus, Drogen, Zukunftsstädte, Schuld und Sterblichkeit.

► *Die Ä & K kostet 20 DM, Abos (76 DM/Jahr): Wallstr. 60, 10179 Berlin*

Bücher

► François Jean und Jean-Christophe Rufin (Hg.): **Ökonomie der Bürgerkriege.** *Hamburger Edition, Hamburg 1999, 478 S., DM 68.*

► Dario Azzellini, Boris Kanzleiter (Hg.): **Nach Norden. Mexikanische ArbeitsmigrantInnen zwischen neoliberaler Umstrukturierung, Militarisierung der US-Grenze und amerikanischem Traum.** *Verlag der Buchläden Schwarze Risse – Rote Straße, Berlin , Göttingen 1999, 267 S., DM 20.*

► Heike Wieschiolek: **Afrika im Spannungsfeld kultureller Einflüsse.** Eine Auswahlbiographie zu afrikanischen Sichtweisen, Deutsches Übersee-Institut, Übersee-Dokumentation, Hamburg 1999, 75 S.

► Roland Bernecker (Hg.): **Kultur und Entwicklung. Zur Umsetzung des Stockholmer Aktionsplans.** *Deutsche UNESCO-Kommission, Bonn 1998, 238 S.*

► Espérance-François Ngayibata Bulayumi: **Kongo – Endzeit oder Wende?** *Verlag Plöchl, Freistadt (Österreich) 1999, 112 S.*

► Fahimeh Farsaie: **Hüte dich vor den Männern mein Sohn.** *Roman, Dittrich Verlag, Köln 1998, 338 S.*

► Joachim Gartz: **Lateinamerika Online. Theorie und Praxis effizienter Internet-Recherchen im virtuellen Eldorado.** *Verlag Alexander Mönch, Köln 1999, 160 S., DM 24,90.*

► jour-fixe-initiative berlin (Hg.): **Kritische Theorie und Poststrukturalismus – Theoretische Lockerungsübungen.** *Argument-Verlag, Berlin, Hamburg, 1999, 144 S., DM 24,80.*

► Ursula Kreft u.a.: **Kassensturz.** Politische Hypotheken der Berliner Republik, *Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung, Duisburg 1999, 232 S., DM 28*

Putschisten in Niger

▸ Die tödlichen Salven auf den Präsidenten des Niger kamen aus den Gewehrmündungen der eigenen Sicherheitstruppe. Mit dem Attentat eines ehemaligen Mitstreiters Baré Mainassara endete am 9. April 1999 dessen 4-jährige autoritäre Herrschaft. Der Chef der Präsidentengarde, Major Malam Wanké, erklärte den kaltblütigen Mord zum »bedauerlichen Unfall« und ließ sich wenige Tage später von seinen Gefolgsleuten zum neuen Staatsoberhaupt erklären.

Der Staatsstreich im Niger zeigt exemplarisch, wie instabil die seit 1989 eingeleiteten demokratischen Prozesse in den meisten Ländern Afrikas südlich der Sahara verlaufen, wenn die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Grundlagen fehlen. Wohl beendeten die ersten freien Wahlen im Jahre 1993 die fast 20jährige Periode der Militärdiktaturen, nicht aber den wirtschaftlichen Niedergang des bitterarmen Landes. Der größte westafrikanische Staat, dessen Fläche zu drei Vierteln von (Halb-)Wüste bedeckt ist, gehört zur Gruppe der Least Developed Countries (LLDC). Seit den 80er Jahren hatten Dürrekatastrophen, der Verfall der Weltmarktpreise für das Hauptexportgut Uran und die steigenden Staatsausgaben zu einer chronischen Finanzkrise geführt. Eine 50%ige Abwertung der Landeswährung (FCFA) verschärfte ab 1994 die Misere. Die existentiellen Nöte der agrarischen Bevölkerung, soziale Unruhen in den Städten und die Kämpfe gegen die rebellierenden Tuareg destabilisierten den Staat zunehmend.

Der Generalstabschef Baré Mainassara putschte sich 1996 an die Macht und ließ sich anschließend mit den Stimmen eines manipulierten Urnenganges zum zivilen Präsidenten küren. Er folgte mit dieser scheindemokratischen Finte dem Beispiel seines Freundes in Nigeria, General Sani Abacha. Bald tolerierte er auch wieder ein formales Mehrparteiensystem. Mit diesem Trick gewann er an internationaler Reputation, so daß die Entwicklungszusammenarbeit wieder aufgenommen wurde. Tatsächlich griff er aber brutal gegen alle innenpolitischen Widersacher durch und machte sich nicht nur bei den Militärs, sondern auch bei der Bevölkerung unbeliebt. Im Februar 1999 spitzte sich in den Kommunalwahlen die Lage im Niger zu. Als sich ein Sieg der Opposition abzeichnete, ließen die Behörden die Urnen einfach beschlagnahmen. Schwere Unruhen waren die Folge. Kurz vor dem Militärcoup ließ das Oberste Gericht noch die Ergebnisse annullieren, woraufhin Baré von Oppositionspolitikern und Militärs aufgefordert wurde, zurückzutreten. Baré weigerte sich und besiegelte damit wahrscheinlich sein Schicksal.

Der neue Machthaber Wanké hat nun nach bekanntem Muster einen »Nationalen Versöhnungsrat« einberufen. Ganz im Stil vieler afrikanischer Putschisten ist dieses Gremium eingesetzt, um in den nächsten neun Monaten Presse-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit sowie die Arbeit der Parteien zuzulassen. Vorerst sind alle wichtigen demokratischen Institutionen (Verfassung, Nationalversammlung, Oberster Gerichtshof, Kommunikationsrat) außer Kraft gesetzt. Bezweifelt werden kann, ob die Militärs die formal-demokratischen Verhältnisse, wie sie im Niger vor 1996 bestanden, wieder einführen. Andere Beispiele aus Schwarzafrika stimmen pessimistisch. Wanké hat sofort höhere Militärs und Polizeioffiziere pensionieren lassen und den Oberbefehlshaber der Armee, Djaermakoye, abgesetzt. Dieser hatte zuvor die ihm angetragene Präsidentschaft abgelehnt. Alles läßt darauf schließen, daß die Armee gespalten und über den zukünftigen Weg zerstritten ist.

Selbst wenn die neue Militärkaste gewillt wäre, demokratische Entwicklungen einzuleiten, bleibt es fraglich, ob solche Prozesse in einem Land, dem die notwendigen wirtschaftlichen und sozialen Ressourcen fehlen, konsolidiert werden könnten. Nach dem UN-Bericht über die menschliche Armut (HDI-Index: mißt Lebenserwartung, Bildungsniveau, Einkommen) liegt der Niger 1995 an letzter Stelle aller Entwicklungsländer. Die Bevölkerung lebt unter prekärsten Bedingungen. Zuallererst braucht aber Demokratie nicht Bürgerrechte, sondern wirtschaftliche und gesellschaftliche Unabhängigkeit der Menschen. Auf der anderen Seite verstehen die politischen Eliten und Militärs den Staat als Mittel zur Selbstbereicherung. Doch auch zu einem nachhaltigen Klientelismus reichen die Ressourcen nicht aus. Dieses »Dilemma« führt zu Putschen und pseudo-demokratischen Regimewechseln. In dem Politikspektakel mit permanenter Staatskrise und rotierenden Eliten spielen auch die westlichen Geldgeber eine bedeutende Rolle, weil das Sahelland – und d.h. seine korrupte Elite – schon seit langem an ihrem Tropf hängt.

Holger P. Schaich

Wahlen in Südafrika

▸ Am 2. Juni finden die zweiten demokratischen Wahlen in Südafrika statt. Dieses Ereignis ist bisher durch zwei Besonderheiten gekennzeichnet: erstens durch den schwierigen bis verwirrenden Vorgang der Wählerregistrierung und zweitens durch die geringe internationale Aufmerksamkeit. Offenbar wird Südafrika bereits als völlig demokratisiertes Land angesehen, in dem nun einmal alle fünf Jahre Wahlen stattfinden. Niemand zweifelt an einem sicheren Sieg des African National Congress (ANC), und somit scheint die politische Stabilität gesichert. Doch wird der anstehende Wahlgang wohl wieder für einige unerwartete Ergebnisse sorgen.

Es sind vor allem zwei Bevölkerungsgruppen, die in den Provinzen dem ANC den sicheren Sieg auf nationaler Ebene vermiesen könnten. Da sind zuerst einmal die Zulus, von denen ein Großteil die Inkatha Freedom Party (IFP) und ihren Vorsitzenden Mangosuthu (Gatsha) Buthelezi unterstützt. Jedoch wird inzwischen damit gerechnet, daß sich diese Opposition nach den Wahlen zu einer Koalition mit dem ANC zusammenschließt. Den zweiten Unsicherheitsfaktor, zumindest in den gleichzeitig stattfindenden Provinzwahlen, stellen die sogenannten »Coloureds« dar. Diese Bevölkerungsgruppe wurde als Kategorie vom Apartheidsregime aus der Kolonialzeit übernommen und hat sich in den letzten Jahrzehnten in den Köpfen der Südafrikaner festgesetzt. Sie ist äußerst heterogen und besteht zum einen aus Nachkommen der Khoi und San, zum anderen aus ehemaligen Haussklaven meist moslemischen Glaubens mit indonesischer und malaiischer Abstammung sowie aus den Nach-

kommen von Beziehungen zwischen Europäern und Afrikanern oder den beiden vorher genannten Gruppen.

Bei den Wahlen '94 überraschte das Wahlverhalten dieser Bevölkerungsgruppe. In den zwei Provinzen, in denen die sogenannten »Coloureds« die Mehrheit stellen, gewann die ehemalige Apartheidspartei National Party (NP) einen großen Anteil der Stimmen. Während es in der Provinz des Nordkaps eine Pattsituation gab, gewann die NP in der Provinz Westkap sogar die absolute Mehrheit. Für die Wahlen am 2. Juni sagen die Wahlforscher etwas Ähnliches voraus. Hier könnte es zu einer Koalition gegen den ANC aus der New NP (NNP) und der liberalen Democratic Party (DP) kommen. Hinweise dafür sind die gemeinsame Anti-ANC-Wahlwerbung und ihre Zusammenarbeit auf wahllogistischer Ebene. Diese außergewöhnliche Situation der »anderen Mehrheit« – im Rest des Landes kommt der ANC laut Umfragen auf mindestens 60 Prozent der Stimmen – beruht auf dem Wahlverhalten der sogenannten »Coloureds«, die 55 Prozent der Bevölkerung des Westkaps ausmachen.

Auch wenn die Kategorisierung als »Coloureds« sich keiner großen Beliebtheit erfreut (im Census '96 nannten 120.000 Menschen im Westkap die Kategorie »Unspecified/Other« und nicht »Coloured«, als sie nach ihrer Bevölkerungsgruppe gefragt wurden), ist doch ein Zusammengehörigkeitsgefühl entstanden, das zu einer Abgrenzung zu den »Schwarzen«, aber auch zu den »Weißen« geführt hat. Zwar sind die Vorsitzenden der NNP wie des ANC im Westkap sogenannte »Coloureds«, doch haftet dem ANC das Image des »Schwarzen Chaos« an. Dies wird, wie schon bei den Wahlen ´94, durch die NNP geschürt. Allerdings hat diese Partei in fünf Jahren Regierung selbst viele Sympathien verspielt. Aus diesem Grunde ist die Suche nach einer politischen Alternative bei den sogenannten »Coloureds« zu spüren. Einige wenden sich der liberalen DP zu, die vor allem wirtschaftlich kompetent aufzutreten versucht. Ein Großteil hat sich dagegen schon von der Politik abgewandt und für die Wahlen erst gar nicht registrieren lassen. Der Prozentsatz der WählerInnenregistrierung (ca. 67%) in Westkap zählt zu den niedrigsten des Landes.

Welche Partei oder Koalition nach dem 2. Juni das Westkap regieren wird, ist aufgrund der starken Wirtschaftskraft der Provinz von einiger Bedeutung. Nicht zuletzt deshalb kam es bereits zu Gewalttätigkeiten gegen Politiker verschiedener Parteien. Die südafrikanische Parteienlandschaft ist nicht besonders entwickelt, und es besteht die Gefahr, daß sich ganze Teile der Bevölkerung von der jungen Demokratie abwenden.

Scarlett Cornelissen/Steffen Horstmeier (FU Berlin)

Landverteilung in Zimbabwe

▸ In Zimbabwe werden im nächsten Jahr das Parlament und im Jahr 2002 der Präsident gewählt. Es ist wahrscheinlich, daß die abgewirtschaftete Regierung Mugabe die längst überfällige Landreform als Instrument des Machterhalts einsetzt. Auch eine neue Regierung dürfte sich jedoch mit der Umsetzung der Landreform schwer tun – so vielfältig sind potentielle Nutznießer und Interessen.

Nach wie vor ist in Zimbabwe das Land zwischen der weißen Siedlergemeinschaft und den Schwarzafrikanern höchst ungleich verteilt. Daran hat der erste Versuch einer umfassenden Landreform nach der Unabhängigkeit (1980) wenig geändert, in dessen Verlauf lediglich 70.000 Familien ein Stück Land zugeteilt bekamen. Die verbleibenden 4.500 Großfarmer beanspruchen immer noch elf Millionen Hektar des besten Agrarlandes; hingegen müssen sich mehr als eine Million Kleinbauern mit 16 Millionen Hektar meist kargen Bodens zufrieden geben.

Kurz vor dem Wahlkampf reagieren die Parteikader hektisch mit Landenteignungen. Sie verfügen aber über keine sinnvollen Konzepte der Ansiedlung. Im übrigen ist fraglich, wie gerecht eine Landreform sein kann, wenn die Enteignungslisten von Kadern der Regierungspartei ZANU-PF (Zimbabwische Afrikanische Nationalunion) zusammengestellt werden, die in den zuständigen National Land Acquisition Committees sitzen. Kaum jemand wird die abdankende Regierung davon abhalten können, durch Landvergabe an Freunde der ZANU-PF das gesamte Vorhaben weiter zu diskreditieren und letztendlich zum Scheitern zu bringen. Damit stehen die um die Erarbeitung praktikabler Umsiedlungs- und Landeigentumsmodelle bemühten Technokraten in Konflikt mit den auf Macht- und Privilegienerhalt ausgerichteten Parteipolitikern. So werden die von ersteren ursprünglich relativ objektiv gewählten Kriterien der zu enteignenden Farmen (Mehrfarmbesitz, abwesende Eigentümer, ungenutztes Land, angrenzend an überbevölkerte Gebiete, betriebliche Übergrößen) in Regierungsankündigungen willkürlich interpretiert. Außerdem betrug die Mittelzuweisung für die Landreform im Staatshaushalt 1999 magere 4,3 Mio. US-Dollar. Nach Schätzungen werden aber ca. 2 Mrd. US-Dollar benötigt. Bei gleichbleibenden Haushaltsansätzen würde demnach die Landreform ungefähr 450 Jahre beanspruchen. Die »Gebergruppe«, hier vornehmlich die Briten und der Internationale Weltwährungsfond, steht verbal hinter den Zielen der Landreform. Jedoch sprengt das Gesamtbudget des Programmes ihren finanziellen Leistungswillen. Außerdem vermis-

sen sie eine klare und vertrauenswürdige Position der Regierung.

Uneins sind Geber und Regierung bei der Frage, wer für die Kosten des Landkaufs der zu enteignenden Farmen aufkommen soll. Nach zimbabwischer Vorstellung haben sich beide Seiten die Gesamtkosten von 2 Mrd. US-Dollars im Verhältnis 2/3 zu 1/3 aufzuteilen. Hiervon macht der eigentliche Landerwerb nur 350 Mio. US-Dollar aus. Doch Mugabe hat sich rhetorisch, mit Blick auf die frühere Kolonialmacht durchgesetzt, die Landerwerbskosten demonstrativ den Gebern zuzuordnen. Er lehnt inzwischen Entschädigung für Grund und Boden kategorisch ab.

Weit schwieriger noch ist aber die Frage, wer von der Landreform profitieren soll. Die Geber fordern die armutsbekämpfende Ausrichtung der Umverteilung, sorgen sich aber gleichzeitig um die Erhaltung der landwirtschaftlichen Produktivität der Flächen. Alle drei Bauernverbände, ZFU, CFU und ICFU, fordern hingegen eine leistungsorientierte Auswahl: Nur der Qualitätsbauer soll Land zugeteilt bekommen und im Regelfall auch dafür bezahlen. Frauen, Farmarbeiter und Kriegsveteranen fallen bei diesem Kriterium durch das Raster.

So notwendig die Landumverteilung im Interesse des sozialen Friedens ist, so wenig stimmen dazu derzeit die politischen Rahmenbedingungen. Auch eine neue Regierung dürfte einsehen, daß eine ausschließlich an »neutralen« Kriterien orientierte Landneuverteilung aufgrund der komplexen Interessen in weiten Teilen unmöglich ist. Eine Schlußfolgerung wäre es dann, die Nutznießer der Landumverteilung nach Losverfahren zu bestimmen. Jeder (schwarzhäutige) Einwohner Zimbabwes könnte sich in eine der verschiedenen Listen für anspruchsberechtigte Gruppen (Farmarbeiter, Landfrauen, überbevölkerte ländliche Gebiete, Kriegsveteranen, qualifizierte Bauern etc.) eintragen. Aus diesen würden dann per Losverfahren die Begünstigten öffentlich ermittelt.

Roland Schwartz (FES Harare)

Newroz in Adana

▶ Auch zum diesjährigen Newroz-Festes Ende März demonstrierten in der ganzen Türkei Kurden gegen die Regierung. Und wie in jedem Jahr waren aus diesem Anlaß ausländische Delegationen in der Türkei unterwegs. Eine Delegation aus Schleswig-Holstein war nach Adana in der Südtürkei gereist, um dort das Fest zu beobachten und sich über die Lage der Flüchtlinge in den Lagern zu informieren. Überprüft werden sollte, ob es eine sichere »inländische Fluchtmöglichkeit« für KurdInnen innerhalb der Türkei gibt, wie es deutsche PolitikerInnen und Gerichte in Asylverfahren behaupten.

In Adana führte die Gruppe Gespräche mit dem örtlichen Vorsitzenden der letzten (noch) legalen pro-kurdischen Partei HADEP (Demokratische Partei des Volkes) und dem Vorsitzenden des Menschenrechtsvereins IHD. Beide betonten, daß sich die Lage der kurdischen Bevölkerung seit vergangenem November, als der PKK-Vorsitzende Abdullah Öcalan in Rom um politisches Asyl nachgesucht hatte, weiter verschlechtert hat. Daraufhin waren zahlreiche HADEP-Büros von Polizeieinheiten gestürmt, Funktionäre verhaftet und viele Menschen verletzt oder getötet worden. In Diyarbakir gab es zwei Tote, als Polizisten ein HADEP-Büro stürmten. Während des Newroz saßen die HADEP-Vorsitzenden von Mersin, Van und Bingöl im Gefängnis. Auch der HADEP-Vorsitzende von Adana fürchtete seine Gefangennahme, weil er eine Presseerklärung zu dieser Repressionswelle abgegeben hatte. Momentan wird jegliche Berichterstattung über die politische Situation der KurdInnen unterdrückt. Die Zeitung ÜLKEDE GÜNDEM ist nach eineinhalb Jahren von der türkischen Justiz verboten worden. Die MacherInnen der geplanten Nachfolgezeitung ÖZGÜR BAKIS wollen aber trotz aller Bedrohungen weiterarbeiten.

Kurz vor einem Besuch der Delegation waren auch der Mesopotamische Kulturverein von Adana von der Polizei gestürmt und alle Anwesenden verhaftet worden. Die Mitglieder der Gruppe aus Schleswig-Holstein wurden dann im Hotel unter dem Vorwand, ein Paß sei gefälscht, von Zivilpolizisten arretiert. Im Polizeipräsidium beschuldigte man sie zusätzlich des Drogenhandels. Sie wurden durchsucht, Gesprächsnotizen wurden beschlagnahmt, und den Newroz-Sonntag verbrachten sie in Räumen der Anti-Terror-Polizei. Nach zwei Tagen bekamen die Inhaftierten ihre Pässe zurück, und ein Polizeibus brachte die Delegation zuerst zum Justizgebäude, wo sie der Presse vorgeführt wurden, und anschließend zum Staatssicherheitsgericht (DGM). Hier warf ihnen ein angeblicher Staatsanwalt vor, Propaganda für die PKK betrieben zu haben. Sie wurden ohne Urteil ausgewiesen, zum Flughafen transportiert und am nächsten Morgen ausgeflogen.

Später wurde der Hintergrund der Festnahmen deutlich: In Adana waren an den Newroz-Feiertagen insgesamt 60.000 Menschen auf Plätzen und Straßen versammelt, gegen die das Militär bereits morgens mit Panzern und Schußwaffen vorging. Über 1.000 Menschen wurden allein in dieser Stadt verhaftet. Es gab zahlreiche Schwerverletzte mit Schußwunden. Ausländische Zeugen waren dabei unerwünscht.

Schleswig-Holsteiner Newroz-Delegation

EU- und Weltwirtschaftsgipfel Köln: Alternativkongresse, Aktionen, Demonstrationen

▸ Am 3. und 4. Juni 1999 findet in Köln der EU-Gipfel statt, zwischen dem 18. und 20. Juni 1999 folgt der G8-Gipfel (Weltwirtschaftsgipfel). Diese Veranstaltungen sind Anlaß zu vielfältigen Aktionen *(vgl. iz3w 235 und 236)*. Die verschiedenen Bündnisse gegen die Gipfel planen zur Zeit folgende Aktionen:

Bündnis Köln 99

▸ Das Bündnis Köln 99, ein bundesweiter Zusammenschluß unterschiedlicher Organisationen vom BUKO bis zum BUND, ruft zum »Gipfel stürmen« vom 28. Mai – 2. Juni 1999 in der Alten Feuerwache in Köln auf. Nach der Auftaktveranstaltung am Freitag findet am 29. Mai in Kooperation mit den »Euromärschen« eine 'Europäische Demonstration gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung, Rassismus und Ausgrenzung' statt. Vom 30. Mai – 1. Juni bildet sich ein EU-Alternativgipfel mit fünf Foren: Wirtschaft/ Soziales, Umwelt, Bildung, Frauen sowie Kampagnen/ Öffentlichkeitsarbeit.

▸ Zum G8-Gipfel findet vom 16. – 18. Juni in der VHS Köln ein weiterer Alternativkongress statt. Geplante Themenschwerpunkte sind u.a.: »Weltwirtschaft« (verantwortlich dafür ist WEED), »Migration und Rassismus« (Kampagne kein mensch ist illegal) und »Zukunft der Arbeit« (medico). Am 19.6. organisiert das B'99 eine Großdemonstration zum G8-Gipfel. Erwartet werden 40.000 TeilnehmerInnen sowie RednerInnen von der EZLN, den sans papiers, der Anwalt Mumia Abu Jamals etc. Das B'99 versendet auf Anfrage eine detaillierte Aktionsliste. Infos: *Bündnis Köln 99, Körnerstr. 69, 50823 Köln, Tel.: 0221/ 95200-08; Fax -77, e-mail: koeln99@gmx.net*

Linksradikales Anti-EU-/ WWG-Plenum

▸ Dieses Bündnis autonomer, antifaschistischer und internationalistischer Gruppen möchte bei der Mobilisierung gegen die Gipfel radikal systemkritische Inhalte stärken. Es hat für den 3. Juni eine Demonstration gegen den EU-Gipfel geplant; Route und Zeitplan standen bei Redaktionsschluß noch nicht fest. Am 3. und 4. Juni findet ein »internationaler/ europäischer Diskussions- und Widerstandskongreß« statt. Folgende Foren sind geplant: Ökonomie, Repression/ Konterrevolution, EU-Imperialismus/ Kolonialismus, Bevölkerungspolitik/ Bioethik/ Patriarchat sowie Ökologie und neue Technologien. Bei der Euromarsch-Demonstration am 29.5. und der Anti-Weltwirtschaftsgipfel-Demonstration am 19.6 sollen linksradikale Blöcke gebildet werden. Infos: *Linksradikales Anti-EU-/WWG-Plenum Köln, c/o Antifaschismusreferat im ASTA der PH Köln, Gronewaldstr. 2, 50931 Köln, Tel.: 0177/2006344 oder 0221/404231, Fax: 470-5071*

Erlaßjahr 2000-Kampagne

▸ Diese internationale Kampagne (»Jubilee 2000«) wird am 19. Juni eine Menschenkette in Köln durchführen. Sie fordert einen weitreichenden Schuldenerlaß für die armen Länder im Jahr 2000. In Deutschland wird die Kampagne vor allem vom kirchlichen Spektrum getragen. Die weltweit gesammelten Unterschriften für einen Schuldenerlaß werden am 19. Juni 1999 anläßlich des G8-Gipfels in Köln an die Staatschefs übergeben. Vom 18. bis 20. Juni bietet die Erlaßjahrkampagne zahlreiche Veranstaltungen an. Infos über Hotline Tel. 0221-3382-106 oder www.erlassjahr2000.de/koeln

▸ Die Schweizer Organisationen Arbeitsgemeinschaft Swissaid, Fastenopfer, Brot für Alle, Helvetas Caritas rufen zur Teilnahme an den Kölner Aktivitäten der Erlaßjahrkampagne auf. Ihre Arbeitsgemeinschaft bietet in Köln zwei Workshops an: Prof. K. Raffer (Universität Wien) und die Entschuldungsstellen der AG stellen alternative Entschuldungsstrategien vor, Prof. B. Spahn (Universität Freiburg) die Tobin-Steuer. Infos: *M.Glatz, Brot für Alle, Schweiz, Tel. 0041/031/ 3806572, oder e-mail: glatz@bfa-ppp.ch*

Europäische Märsche

▸ Die Europäischen Märsche gegen Erwerbslosigkeit, Ausgrenzung und Rassismus marschieren ab dem 21.5. von Mannheim und ab dem 24.5. von Brüssel nach Köln und demonstrieren am 29.5. in Köln gegen die herrschende Politik der EU. *Kontakt: Euro-Marsch, c/o Bündnis Köln 99*

Fahrradkaravane

▸ Die Fahrradkaravane »Geld oder Leben« startet am 23. Mai 1999 in Berlin/Dresden und führt über Hannover (Expo 2000) nach Köln. Eine andere Route führt von Genf über Basel nach Köln. *Kontakt: WIWA Wendland c/o Jobst Quis, Molden 3A, 29465 Schnega; e-mail: wiwawend@mail.nadir.org*

Intercontinental Caravan

▸ Ebenfalls auf Reisen befindet sich vom 22. Mai – 22. Juni die InterContinental Caravan (ICC) – Worldwide Battle against Opression. Die Karawane zieht im Rahmen von Peoples Global Action mit 200 bis 500 Leuten aus Indien und anderen Staaten durch's Land. *Kontakt: EuroDusnie, P.O. box 2228, NL-2301 CE Leiden, Tel./Fax: 0031-71-5173094; caravan@stad.dsl.nl oder icc99@gmx.de; www.stad.dsl.nl/-caravan/*

Frauen-Lesben-Camp

▸ Das Internationale FrauenLesben-Camp gegen die Gipfel findet vom 3. bis zum 6. Juni statt. *Info: Frauen/ Lesben/ Anti-EU/ WWG-Plenum, c/o Infoladen Köln, Ludolf-Kamphausen-Str. 36, Tel. 0221/ 522907, Fax 5102765*

Internationaler Aktionstag/ Global Street Parties

▸ Ein Bündnis sozialer und ökologischer Bewegungen will am 18.6. in verschiedenen Ländern kreative Aktionen in Finanzzentren durchführen. *Kontakt: Reclaim the Streets, London: Tel. 0044/171/281 4621; e-mail: rts@gn.arp.org; www.gn.apc.org/rts/*

Entschädigung und Landverteilung

▸ Der Weltfriedensdienst veranstaltet unter dem Motto »Keine Versöhnung ohne soziale Gerechtigkeit« vom 6. – 27. Juni 1999 eine Rundreise zum Projekt »Wahrheit, Versöhnung, Gerechtigkeit – der schwierige Umgang mit der Vergangenheit«. Am Beispiel von Entschädigungs- und Landfragen soll mit Gästen aus Südafrika, Zimbabwe und Deutschland über die Erfahrungen von Betroffenen informiert und diskutiert werden. Eingeladen sind VertreterInnen eines zimbabweischen Netzwerkes, das sich mit dem Problem »Frauen und Landrechte« beschäftigt; eines Kirchenlandprojektes, das sich für die Rückgabe von geraubtem Kirchenland an die kleinbäuerliche Bevölkerung in KwaZulu/ Natal einsetzt; einer Organisation aus KwaZulu/Natal, die Überlebende von Gewalt bei der Durchsetzung von Entschädigungsansprüchen unterstützt. Aus Deutschland werden unterschiedliche ReferentInnen über die Entschädigung von NS-Opfern vortragen.
Weltfriedensdienst e.V., Hedemannstr. 14, Kontakt: 10969 Berlin, 030/253990-19.

Streitschrift gegen NATO

▶ Das Komitee für Grundrechte und Demokratie hat aus Anlaß des 50. Gründungstages der NATO (4.4.99) eine Streitschrift mit dem Titel »Die neue NATO. Instrument zur Durchsetzung westlicher Interessen« herausgegeben. Der Untertitel der 32seitigen Broschüre lautet »Modernisiertes Faustrecht – oder: Wie die reichen Länder den Rest der Welt militärisch unter Kontrolle halten wollen«. Neben Hintergrundinformationen werden auch die neuesten Entwicklungen in der NATO aufgezeigt. Der Schlußteil zeigt Alternativen und Handlungsmöglichkeiten auf. Die Broschüre kann gegen Vorauskasse (Einzelpreis DM 2.- /Staffelpreise: 10 Ex. – DM 10.-/25 Ex. DM 20.- / 50 Ex. – DM 30.-) bestellt werden bei: *Komitee für Grundrechte und Demokratie, Aquinostr. 7-11, 50670 Köln, Tel.: 0221/97269-30*

Tagungen:

▶ Studentische Gruppen der Gesamthochschule Kassel veranstalten am 15. Mai 1999 einen **Kongreß zu EU- und Weltwirtschaftsgipfel** (ab 11 Uhr, Hopla/GHK im Hörsaal 1). Die theoretische Auseinandersetzung soll zu Gegenaktivitäten im Juni in Köln mobilisieren. Geplant sind zahlreiche Arbeitsgruppen (Analyse der ökonomischen Krise, Weltwirtschaft, Globalisierung und Gender, Gentechnologie, Festung Europa und Innere Sicherheit, EU-Außenpolitik, Erwerbsloseninitiativen u.v.a.m.). *AstA der GHK – Internationalismusreferat –, Nora-Platiel-Str. 2, 34127 Kassel; Tel 0561/ 8042886, Fax 8042885; e-mail: asta-ghk@hrz.uni-kassel.de*

▶ Die Internationale Liga für Menschenrechte organisiert am 29. und 20. Mai 1999 in Berlin ein **Wochenendseminar**. Themen: Frauenrechte, Situation junger Flüchtlinge in Deutschland, islamischer Fundamentalismus in Berlin usw. *Internationale Liga für Menschenrechte e.V., Oldenburger Straße 33, 10551 Berlin; Tel.: 030/3962122; Fax: 3962147*

▶ Die Initiative Pro-Afrika e. V. lädt zur **Jahrestagung** vom 28. – 30. Mai 1999 ein, die unter dem Titel »Afrika -Partner 2000, Lobby-Arbeit für eine faire Afrika-Politik« in der Akademie Frankenwarte – Würzburg stattfindet. Themenkomplexe sind **Lobbyarbeit aus der Sicht der NROs: Methoden und Erfahrungen** und »Wirtschaft: Kooperationspartner und Verantwortungsträger«. Die ReferentInnen sind aus der Politik (BMZ), Wirtschaft (Afrika-Verein) und großen NGOs (Germanwatch, VENRO, AI, Dritte Welt Journalisten Netz u.a.) gewählt. Anschließend werden Arbeitsgruppen zum Thema »Strategien für eine effektivere Afrika-Lobbyarbeit« gebildet. *Initiative Pro-Afrika e.V., Königswinterer Str. 116, 53227 Bonn, Tel.: 0228/479444; Fax 479393.*

▶ In einem Wochenendseminar vom 3. – 6. Juni 1999 in Königswinter wird der Problemstellung **Umweltmanagement in der Dritten Welt – Wie die Multis aus Müll Geld gewinnen** nachgegangen. *Infos: AZK, Arbeitsbereich Entwicklungspolitik, Johannes-Albers-Allee 3, 53639 Königswinter; Tel 02223/73161; e-mail: AZK.Punam@t-online.de*

▶ Brot für die Welt, Misereor u.a. veranstalten vom 11. – 13. Juni 1999 ein Symposium **Gentechnologie und Welternährung – Auswirkungen der Gentechnologie auf Landwirtschaft und Armutsbekämpfung im Süden** in der Akademie Klausenhof in Hamminkeln. *Infos: Tel./Fax 07934/990522*

▶ Anläßlich des Weltwirtschaftsgipfels und der Erlaßjahrkampagne veranstaltet vom 18. – 20. Juni 1999 die Evangelische StudentInnen Gemeinde in Deutschland ein internationales Seminar **Breaking the chains of unjustice.** Die internationalen Gäste werden über die Ursachen und Folgen der Verschuldung ihrer Länder berichten. *ESG-Geschäftsstelle, Tunisstr. 3, 50667 Köln, Tel.: 0221/2577455, Fax: 256674, e-mail: esggs@aol.com*

▶ Die Arbeit des **iz3w** wird vom Kirchlichen Entwicklungsdienst der Evangelischen Kirche in Deutschland durch den ABP gefördert.

▶ Die Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur unterstützt die Reihe »kein mensch ist illegal«.

Vorschau: iz3w Nr. 238
Schwerpunkt: »Krieg«

▶ Angesichts des Krieges gegen Jugoslawien, der neuen NATO-Strategien, deutscher Beteiligung und weitgehender gesellschaftlicher Akzeptanz gewalttätiger »Lösungen« von Konflikten werden wir den nächsten Themenschwerpunkt der **iz3w** kurzfristig dem Thema »Krieg« widmen. Es wird dabei nicht allein um den Krieg auf dem »Balkan« gehen, denn auch in der Türkei, im Irak, zwischen Eritrea und Äthiopien und in Indonesien finden derzeit kriegerische Auseinandersetzungen statt. Die Beiträge sollen vornehmlich eine Ursachenforschung der Konflikte leisten, wie sie in den »Kriegs-Erklärungen« der aktuellen Ausgabe begonnen wurde.

Impressum

Herausgeberin:
▶ Aktion Dritte Welt e.V. – informationszentrum 3. welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16a (Hinterhaus), D-79020 Freiburg i. Br. Telefon: 0761/74003, Fax: 0761/709866, E-Mail: iz3wfreiburg@t-online.de
Bürozeiten: Montag bis Freitag 10 bis 16 Uhr.
Online: http://www.rolf.de/iz3w

Redaktion:
▶ Dominik Bloedner, Monika Bierwirth, Thomas Cernay, Irene Dause, Corinna Gerhard, Stephan Günther, Monika Hoffmann, Martin Janz, Georg Lutz, Bernhard Merk, Jochen Müller, Christian Neven-du Mont, Robert Niedworok, Christine Parsdorfer, Winfried Rust, Christian Stock, Jörg Später, Sigrid Weber, Jörg Zinn.

Vertrieb für den Buchhandel:
▶ Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstr. 16, Postfach 9, 35463 Fernwald (Annerod), Tel.: 0641/94393-0

Satz und Gestaltung:
▶ Büro MAGENTA. Freiburg.

Herstellung:
▶ Druckerei schwarz auf weiß. Freiburg.

Jahresabonnement (8 Ausgaben):
▶ Inland: DM 60,– (für SchülerInnen, StudentInnen, Wehr- und Zivildienstleistende DM 50,–), Förderabonnement: ab DM 100,–
▶ Ausland: Europa plus DM 10,– und Übersee plus DM 30,– Porto/Jahr
▶ Kündigungen bis zum Erhalt des letzten Heftes. Sonst automatische Verlängerung.

Konten (Aktion Dritte Welt e.V):
▶ Postscheckkonto Karlsruhe
Konto-Nr. 148 239 - 755, BLZ 660 100 75
▶ Postscheckkonto Basel
Konto-Nr. 40-35 899-4
▶ Hypo-Bank Bregenz
Konto-Nr. 10 157 108 110

Eigentumsvorbehalt:
▶ Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Spenden:
▶ Steuerlich abzugsfähige Spenden bitte auf das Konto 124 96 06 bei der Volksbank Freiburg (BLZ 680 900 00), Kontoinhaberin Stadtkasse Freiburg, Verwendungszweck: Durchlaufspende zugunsten der Aktion Dritte Welt e.V. Diese Spenden beinhalten kein Abo!

Anzeigenschluß für Ausgabe Nr. 238:
▶ (Druckfertige Vorlagen) 25.5.1999

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

E 3477

▶ iz3w
Postfach 5328
D-79020 Freiburg
ISSN 0933-7733